Überwindung der Unterentwicklung im Irak unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des staatlichen Sektors

INAUGURAL - DISSERTATION

zur

Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschaftswissenschaften beim
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Diplom - Wirtschaftler
Nasar Al - Nakasch

Bagdad - Irak

1978

Überwindung der Unterentwicklung im Irak unter besondrer Berücksichtigung der Entwicklung des staatlichen Sektors

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Dokters
der Wirtschaftswissenschaften beim
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Diplom-Wirtschaftler
Nasar Al-Nakasch
Bagdad-Irak

Berlin 1977

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Vorsitzender: Prof. Dr. Klaus Jaeger

Referent: Prof. Dr. Klaus-Peter Kisker

Korreferent: Prof. Dr. Hajo Riese

Tag der mündlichen Prüfung: 21.2.1978

D 188

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	4
1. Kapitel - Zur Problematik der Unterentwicklung	7
1. Vorbemerkung	7
1.1. Zu grundlegenden Problemen der Unterentwicklung	11
2. Zu Funktionen und Formen des Staates	15
3. Die Bedeutung des staatlichen Sektors der Wirtschaft und seine Entwicklungstendenzen	23
2. Kapitel - Probleme der Unterentwicklung im Irak	31
1. Historische Betrachtung der Entstehung von Staatsformen und Unterentwicklung im Irak	31
2. Überblick über die Strukturen der Hauptsektoren der Wirtschaft	38
2.1. Struktur und Entwicklungsstand des industriellen Staatssektors	38
2.2. Struktur und Entwicklungsstand des Agrarsektors	52
2.3. Struktur und Entwicklungsstand des privaten Industriesektors	59
3. Die Entwicklung des staatlichen Sektors im Rahmen der Entwicklungspläne (1965-1974)	65
3.1. Die Notwendigkeit der Planung für die Entwicklung	65
3.2. Leitungsstruktur der Planung im Irak	67
3.3. Der Fünfjahrplan (1965-1969)	7o
3.4. Phasen der Anwendung des Planungssystems	7o
3.5. Ziele des Fünfjahrplanes 1965-1969	72

Seite

3.6. Die sektorale Aufteilung des Planes und die Wahl der Projekte 74

3.7. Ergebnisse des Entwicklungsplans 1965-1969 8o

3.8. Kritische Betrachtung des Entwicklungsplanes 1965-1969 87

4. Der Entwicklungsplan (197o-1974) 97

4.1. Ziele des Planes 97

4.2. Die sektorale Aufteilung des Planes und die Wahl der Projekte 1o6

4.3. Ergebnisse des Entwicklungsplans 197o-1974 112

4.4. Kritische Betrachtung des Entwicklungsplanes 197o-1974 121

5. Die Rolle des staatlichen Sektors im Prozeß des ökonomischen Wachstums 127

5.1. Die Rolle des staatlichen Industriesektors im Prozeß der Kapitalbildung 127

5.2. Zum Problem der ökonomischen Effektivität des staatlichen Industriesektors 136

6. Die Wirtschaftspolitik des Staates in der Landwirtschaft 151

6.1. Durchführung der Agrarreform 151

6.2. Entstehung des Genossenschaftswesens 165

7. Die Handelspolitik des Staates und die Absicherung des äußeren Akkumulationsprozesses 173

3. Kapitel - Zukunft des staatlichen Sektors 184

1. Die Bedeutung des Erdöls für die Entwicklung des staatlichen Sektors 184

2. Neue Tendenzen in der Entwicklung des staatlichen Sektors 187

3. Einige Vorschläge zur Erweiterung und Festigung des staatlichen Sektors 193

Seite

3.1. Die Möglichkeit der Entwicklung des staatlichen Sektors durch regionale Zusammenarbeit 193

3.2. Die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer Bildungskonzeption im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung 198

Schlußbemerkungen 2o4

Literaturhinweise 210

Einleitung

Die Überwindung der Unterentwicklung peripherer Ökonomien bildet heute eines der wichtigsten Themen in der ökonomischen und politischen Diskussion. Aufgrund der spezifischen Entwicklungsschwierigkeiten bzw. Entwicklungsmöglichkeiten jedes unterentwickelten Landes sind bei dem heutigen Stand der Diskussion auf einzelne Länder gerichtete Spezialuntersuchungen erforderlich, um Ursachen der ungleichen Entwicklung von Metropolen und peripheren Ökonomien so aufzudecken, daß sich daraus wirtschafts- und gesellschaftspolitische Maßnahmen zur Überwindung der Unterentwicklung ableiten lassen.

Für den Irak, einem der unterentwickelten Länder, sind die Probleme des Aufbaus einer unabhängigen nationalen Volkswirtschaft und der Akzeleration des Industrialisierungsprozesses von aktueller Bedeutung. Die Erfüllung dieser Aufgaben stößt auf viele sozialökonomische Widersprüche und Schwierigkeiten spezifischer Art. Große Bedeutung kommt dabei der Lösung der Akkumulationsfrage zu. Diese Frage könnte als der Kampf zwischen den objektiven Notwendigkeiten und dem gegenwärtig Möglichen formuliert werden.

In diesem sehr komplizierten, mannigfaltigen und kontinuierlichen Prozeß kann der Staat durch eine geeignete Wirtschaftspolitik und im Prozeß der Erweiterung und Festigung des staatlichen Sektors eine entscheidende Rolle spielen.

Seit der Revolution von 1958, die das Land zur politischen Unabhängigkeit führte, vollzogen sich im Irak ständig politische Veränderungen, die den immer härter werdenden Klassenkampf über die Art und Weise der Lösung der Hauptaufgaben der Revolution und damit über ihre weitere perspektivische Entwicklung kennzeichneten.

Unter diesen politisch ungünstigen Bedingungen wurden zahlreiche ökonomische Veränderungen durchgeführt, die den Entwicklungsstand sowohl des staatlichen Wirtschaftssektors als auch und darüber hinaus der nationalen Volkswirtschaft be-

einflußt haben.
Eine wichtige Stellung nehmen dabei die Mitte 1964 durchgeführten Verstaatlichungsmaßnahmen und die sie regulierenden verschiedenen Gesetze ein. Diese Veränderungen führten - wenn auch spontan - zu einer gewissen qualitativen Entwicklung im Rahmen des herrschenden ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vollzog sich jedoch nicht reibungslos.

Ausgehend davon besteht damit das Hauptziel dieser Arbeit darin, den allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß und die besondere Rolle des staatlichen Wirtschafts- bzw. Industriesektors bei diesem Prozeß zu analysieren.

Das erste Kapitel befaßt sich mit den allgemeinen Fragen der Unterentwicklung peripherer Ökonomien. Dabei wird insbesondere auf das soziale Wesen und die ökonomische Funktion des Staates eingegangen. Die Analyse des staatlichen Sektors in der Wirtschaft der unterentwickelten Länder wird ebenso in diesem Kapitel behandelt.

Im Mittelpunkt des zweiten Kapitels steht eine gründliche empirische Analyse der staatlichen Entwicklungspläne von 1965 bis 1974. Es werden die Ziele, die Mittel und die Erfolge dieser Pläne untersucht und aus der Divergenz zwischen Zielen und Erfolgen Schlußfolgerungen für eine Revision der Wirtschaftspolitik gezogen.
Eben deshalb beschäftigt sich das zweite Kapitel mit der Entstehung und der Struktur des während des Verlaufes der Gesamtentwicklung der Wirtschaft entstandenen verstaatlichten Industriesektors, der gegenwärtig die entscheidende Kraft des gesamten staatlichen Industrie- und damit Wirtschaftssektors darstellt.
Darüber hinaus werden die Hauptprobleme der Weiterentwicklung des staatlichen Industriesektors und sein Verhältnis zum privaten Industriesektor behandelt. Dabei werden solche

allgemeinen Probleme, die sowohl die gesamte nationale Volkswirtschaft, als auch den gesamten Wirtschaftssektor betreffen, und solche besonderen Probleme dargelegt, die die innere Entwicklung des staatlichen Industriesektors, seine wirtschaftliche Effektivität und seine Rolle im Prozeß der Kapitalakkumulation angehen.

Das letzte Kapitel befaßt sich u.a. mit der Einschätzung des sozialen Charakters des staatlichen Sektors und der Tendenzen seiner Entwicklung. Dabei werden Vorschläge unterbreitet, die für die Entwicklungsperspektive dieses Sektors von besonderer Bedeutung sind.

Es sei hier erwähnt, daß das Thema der vorliegenden Arbeit bis jetzt von keinem irakischen Ökonomen, wenn auch nur einseitig, behandelt wurde, so daß diese Arbeit den ersten Versuch überhaupt darstellt, die Problematik des staatlichen Sektors und seine Rolle im Entwicklungsprozeß kritisch zu analysieren.

1. Kapitel

Zur Problematik der Unterentwicklung

1. Vorbemerkung

Die gegenwärtige Heterogenität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in den unterentwickelten Ländern ist in der Tat nicht anders als das Ergebnis des vielseitigen komplizierten widerspruchsvollen historischen Prozesses.
Mit der Analyse der Unterentwicklung aus historischer Sicht wird es uns gelingen, den Mechanismus der Unterentwicklung und die davon abgeleiteten Wachstumsprobleme genauer darzustellen. Bei der großen Zahl von Entwicklungsländern existieren zweifellos divergierende Ursachen für die ökonomische Rückständigkeit. Letztlich lassen sich aber die wesentlichen Hemmnisse auf die koloniale Vergangenheit zurückführen; darauf, daß die Entwicklungsländer entweder direkt oder indirekt in Agrar- und Rohstoffenhängsel und Absatzmärkten der ehemaligen Metropole verwandelt wurden. Hier liegen die Ursachen der ökonomischen und sozialen Unterentwicklung und der untergeordneten Stellung, die diese Länder in der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung einnehmen. Unter den Bedingungen der kolonialen Ausbeutung konnte sich ein nationaler Reproduktionsprozeß in den Entwicklungsländern nicht oder nur in Ansätzen herausbilden. Es bildete sich einerseits die gegenwärtige Wirtschaftsstruktur der unterentwickelten Länder heraus, die die Merkmale der Unterentwicklung trägt und andererseits entwickelten sich eine Reihe neuer und bis dahin unbekannter Wirtschaftszweige in den Kolonien, die eng mit der Erschließung der Rohstoffe und neuer Märkte verbunden waren.
Diese Wirtschaftszweige unterwarf sich das Auslandskapital und bildete und bildet noch -heute- keinen integrierten

Bestandteil des nationalen Reproduktionsprozesses, sondern sie befand sich in voller Übereinstimmung mit der industriellen Entwicklung der kapitalistischen Staaten, die ein Bestandteil ihres Reproduktionsprozesses war. Die Entstehung einer deformierten, nicht reproduktionsfähigen Volkswirtschaft führte in den Entwicklungsländern zu zahlreichen Abhängigkeiten vom kapitalistischen Weltwirtschaftssystem, so unter anderem zur Abhängigkeit vom Import von Nahrungsgütern und von Mitteln zur Entwicklung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft.
Die koloniale Deformation bildete so letztlich die Basis für die Verschärfung zahlreicher innerer Widersprüche und die Herausbildung erschwerender Hemmnisse des wirtschaftlichen Wachstums. Dazu zählen vor allem auch die rückständigen Produktionsverhältnisse, die in vielen afrikanischen Ländern zu finden sind.
Baran hat die Ausbeutung in den unterentwickelten Gebieten während des Kolonialismus folgendermaßen charakterisiert: "Die Früchte dieser Ausbeutung kamen jedoch nicht ihren Produktionsvermögen zugute, sondern gingen ins Ausland oder dienten dazu, eine parasitäre Bourgeoisie im eigenen Land zu unterhalten. Diese Völker lebten in tiefem Elend und hatten keine Aussicht auf eine bessere Zukunft. Sie existierten unterm Kapitalismus und doch gab es keine Kapitalsakkumulation. Sie waren mit der modernen Wissenschaft des Westens in Berührung gekommen und verblieben doch in einem Stadium finsterer Rückständigkeit."[1)]

Aus den obigen Betrachtungen kann man folgende Schlußfolgerungen ziehen: Die Geschichte der politischen und sozialen Formationen der Dritten Welt ist vor allem auf der von außen erfolgenden Penetration zurückzuführen. Diese Durchdrängung erfolgte in allen wesentlichen gesellschaftlichen Sektoren:

---

1) Paul A. Baran, "Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums", Berlin 1966, S. 240

Die Beherrschung des Soziationsbereichs, die Beherrschung der Kommunikationsmedien sowie des politischen, militärischen und Rechtssystems und insbesondere die Ausrichtung der ökonomischen Reproduktion der Peripherien auf die Bedürfnisse der Metropole.[1)]

Heute steht vor den Entwicklungsländern die Aufgabe, aus einer oft Jahrhunderte kolonialen Vergangenheit kommend, die unterentwickelte Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur zu verändern. Diese allgemeine Aufgabenstellung tritt in den grundlegenden ökonomischen Erfordernissen und in der Suche nach geeigneten Lösungsmöglichkeiten auf. Unter Berücksichtigung der spezifischen Verhältnisse der Entwicklungsländer ist das Anwachsen der ökonomischen Rolle des Staates objektiv bedingt. Besonders der qualitative Übergang zu modernen Produktivkräften muß - im Unterschied zu den entwickelten kapitalistischen Ländern - in relativ kurzer Zeit erfolgen. Das ist nur mit einer aktiven Hilfe des Staates möglich.

Es muß noch erwähnt werden, daß der geringe Umfang der Akkumulationsmittel der einheimischen Kapitalisten (dieses Spezifikum trifft auf die Mehrzahl der Entwicklungsländer zu) eine rasche Entfaltung der Wirtschaft und eine schnelle Überwindung ihrer kolonialen Deformation nicht zuläßt.

Im Sinne radikaler sozialökonomischer Umgestaltungen wird daher die Zentralisation von Mitteln in den Händen des Staates, die Erweiterung des staatlichen Sektors in Zweigen, die das private Kapital nicht nur subjektiv nicht erreichen will, sondern objektiv aus dem genannten Grund nicht erreichen kann, eine objektive Notwendigkeit. Das heißt, die Verdrängung bzw. Beseitigung des Auslandskapitals - des kolonialen Sektors - vom eigenen Territorium und Markt, die Veränderung des bislang niedrigen Standes der Produktivkräfte und des noch kolonial deformierten Reproduktionsprozesses sowie Maßnahmen zur Beseitigung der ökonomischen

---

1) Vgl. "Peripherer Kapitalismus", Frankfurt/M., S. 17

untergeordneten Stellung in der internationalen Arbeitsteilung ist nur mit Hilfe des Staates und im Prozeß der Erweiterung und Festigung des staatlichen Sektors möglich.

1.1. Zu grundlegenden Problemen der Unterentwicklung

Die unterentwickelten Länder stellen eine selbständige Kategorie von Ländergruppen dar, die ihre eigenen Merkmale und Probleme aufweisen. Es bestehen in diesen Ländern aber trotz der gemeinsamen Merkmale verschiedene Abstufungen und Besonderheiten sowie unterschiedliche Varianten von Produktionsweisen, die sich aus den historischen Bedingungen ihrer Entstehung und aus ihrer bisherigen Entwicklung ergeben. Um die grundlegenden Probleme der Unterentwicklung konkreter darzustellen, ist es erforderlich, von den Besonderheiten einzelner Fälle abzusehen und sich auf die wesentlichen Merkmale der Unterentwicklung zu konzentrieren.

Die Beschleunigung des ökonomischen Wachstums und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung der unterentwickelten Länder hängt vor allem von dem Problem der Akkumulation bzw. dem Problem der Finanzierung der ökonomischen Entwicklung ab. Die Erhöhung der Akkumulationsrate spielt in diesen Ländern eine wesentliche Rolle bei der Überwindung der sozialökonomischen Rückständigkeit. Von ihr hängen weitgehend die Steigerung der Arbeitsproduktivität, das Wachstumstempo des Nationaleinkommens und die Erhöhung des Beschäftigungsgrades ab.
Die Besonderheit des Akkumulationsproblems in den unterentwickelten Ländern besteht darin, "daß die meisten von ihnen im größeren oder geringeren Maße vor dem Problem der ursprünglichen Akkumulation stehen, für dessen Lösung die klassischen Methoden, die seinerseits in den westeuropäischen Ländern angewendet wurden, natürlich nicht vertretbar sind."[1)]
Die Berücksichtigung der sozialökonomischen Bedingungen, und vor allen Dingen die Produktionsverhältnisse, gilt als eines der entscheidenden Elemente bei der theoretischen Behandlung der Akkumulationsfrage in diesen Ländern. In

---

1) Vgl. Paul Baran, "Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums", a.a.O., S. 288-289

diesem Zusammenhang spielt die ökonomische Kategorie "ökonomischer Überschuß", im Zusammenhang mit den nebeneinander bestehenden unterschiedlichen Formationen, die in allen diesen Ländern vorhanden sind, eine wesentliche Rolle.

Die Größe des ökonomischen Überschusses ist also ein Maßstab für Reichtum und Produktivität der Gesellschaft. In diesem Sinne ist der ökonomische Überschuß in allen sozialökonomischen Formationen erzeugt worden, und obgleich er in Größe und Struktur von einer Entwicklungsstufe zur anderen sich merklich unterscheidet, kennzeichnet sein Vorhandensein beinahe den gesamten Verlauf der Geschichte der Menschheit.[1)]

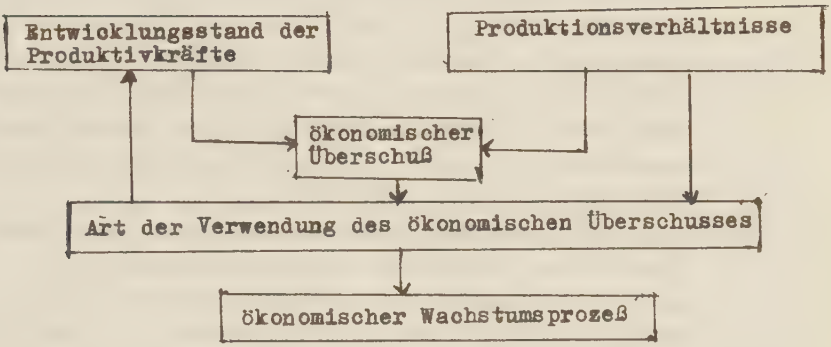
Im allgemeinen kann der ökonomische Überschuß in einer Gesellschaft wie folgt verwendet werden: Er kann konsumiert, investiert oder verschwendet werden. Das sind die Hauptformen der Nutzbarmachung bzw. der Verwendung des ökonomischen Überschusses. Davon ausgehend kann die Akkumulation bzw. die Nettoinvestition in einem bestimmten Zeitraum nur dann vorgenommen werden, wenn das gesellschaftliche Gesamtprodukt das übersteigt, was für ihre Konsumtion und die Zustandhaltung der Produktionsmittel gebraucht wird. Die Akkumulation ist also ein Teil und eine der Hauptformen der Verwendung des ökonomischen Überschusses. Die Größe und die Art der Akkumulation in der Gesellschaft hängen deshalb von dem Volumen und der Art der Nutzbarmachung des erzeugten ökonomischen Überschusses ab. Beide werden hauptsächlich von dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und von den Produktionsverhältnissen bestimmt.

Die folgende Grafik stellt die Korrelation zwischen diesen Faktoren und dem ökonomischen Wachstum dar.

---

1) Ebenda, S. 82

Schema Nr. 1



Das größte Hindernis für schnelles ökonomisches Wachstum in den unterentwickelten Ländern ist die Art und Weise der Verwendung des potentiellen ökonomischen Überschusses und deren Einsatzmethoden.[1] Entgegen der Ansicht, die oft über die Entwicklungsländer mit Nachdruck vertreten wird, ist das Haupthindernis des ökonomischen Wachstums für diese Länder nicht der Mangel an Kapital.
In all diesen Ländern herrscht dagegen Mangel an dem, was man den tatsächlichen volkswirtschaftlichen Überschuß nennt, der zur Expansion der Produktionseinrichtungen investiert wird.[2]
Es wird zum Beispiel der vorhandene Überschuß zum großen Teil durch verschiedene Formen des übermäßigen Verbrauches der Oberschicht absorbiert, durch die Zunahme gehorteten Kapitals im eigenen Land und im Ausland, durch den Unterhalt ausgedehnter, unproduktiver Verwaltungsapparate, durch Verschwendung eines Teils des ökonomischen Überschusses in

---

1) Der potentielle ökonomische Überschuß stellt den Unterschied zwischen der Größe der gesellschaftlichen Produktion, die in gegebenen natürlichen und technologischen Bedingungen mit Hilfe der zur Verfügung stehenden produktiven Ressourcen erreicht werden könnte und dem, was als lebenswichtiger und rationeller Verbrauch angesehen werden kann, dar. Vgl. Paul A. Baran: Politische Ökonomie ..., S. 82/83.
2) Ebenda, S. 398

Form von unproduktiven Investitionen insbesondere in der Sphäre der Dienstleistungen und noch den Unterhalt kostenspieliger militärischer Streitkräfte. In den meisten unterentwickelten Ländern sind die Rüstungsausgaben genau so hoch wie die gesamten produktiven Investitionen oder sie übersteigen diese noch. Diese übermäßigen Rüstungsausgaben sind nichts anderes als großangelegte Vernichtung der Ressourcen, die als Grundlage für massives Wachstum der Arbeitsmittel dienen könnten.

Die oben genannten Verschwendungsformen des ökonomischen Überschusses zeigen uns ganz deutlich, wie hoch die Akkumulationsmöglichkeiten in diesen Ländern sind.

Der potentielle ökonomische Überschuß, der produktiven Akkumulationszwecken zur Verfügung stehen könnte, ist in diesen Ländern - relativ gesehen - sehr hoch. Er ist auch im Verhältnis zum Nationaleinkommen hoch, und ermöglicht in diesen Ländern eine hohe Wachstumsrate zu erreichen.

Die Mobilisierung dieser Akkumulationsmöglichkeiten setzt in erster Linie eine Menge von sozialökonomischen Veränderungen in der Gesellschaft und vor allem Veränderungen in den Produktionsverhältnissen voraus.

Davon ausgehend kommt man zur Schlußfolgerung, daß in den meisten der unterentwickelten Gesellschaften weder materielle Ressourcen noch Arbeitskraft fehlen. Das wesentliche Problem bei der Entwicklung dieser Gesellschaften besteht darin, daß eine rationale Organisation der gesellschaftlichen Arbeit fehlt, was sich in der mangelhaften Ausbeutung des tatsächlichen volkswirtschaftlichen Überschusses ausdrückt. Die Voraussetzung eines langfristigen Wirtschaftswachstums besteht in der umfassenden Erschließung der materiellen Ressourcen zur effektiveren Kombination der Produktionsfaktoren und zur Errichtung technologisch moderner Produktionsstätten.

2. Zu Funktionen und Formen des Staates

Aus der ökonomischen Basis einer Gesellschaft ergibt sich mit Notwendigkeit eine bestimmte Klassenstruktur, und aus dieser folgen politische Interessen und Beziehungen zwischen den Klassen. Das System der politischen Beziehungen bildet eine Grundlage für die Politik der Klassen, d.h. für den bewußten politischen Kampf, der die Eroberung der Staatsmacht und ihre Festigung zum Ziel hat, um mit ihrer Hilfe die Klasseninteressen durchzusetzen und zu sichern. Ziel und Inhalt der Politik bestimmen die Methoden und Mittel zur Durchsetzung der Lebensinteressen einer Klasse auf allen entscheidenden Gebieten. In den Wechselbeziehungen von Basis und Überbau spielen die ökonomischen Bedingungen die in letzter Instanz entscheidende Rolle und Politik ist der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomie.
Die Wechselwirkung zwischen der Basis und den verschiedenen Seiten und Momenten des Überbaus ist unterschiedlich eng. Am engsten ist sie bei der politischen Organisation der Gesellschaft und innerhalb dieser wieder bei den ökonomischen Funktionen des Staates. Die politische Organisation der Gesellschaft ist daher ein vermittelndes Glied zwischen den Überbauelementen und der Basis.[1)]
Die Rückwirkung der Staatsmacht auf die ökonomische Entwicklung kann nach Engels von dreierlei Art sein: Sie kann in derselben Richtung vorgehen, dann geht es rascher; sie kann dagegen angehen, dann geht sie heutzutage auf die Dauer in jedem großen Volk kaputt; oder sie kann der ökonomischen Entwicklung bestimmte Richtungen abschneiden und andere vorschreiben - dieser Fall reduziert sich schließlich auf einen der beiden vorhergehenden. Es ist aber klar, daß in den Fällen II und III die politische Macht der ökonomischen Entwicklung großen Schaden tun und Kraft- und Stoffvergeudung in Massen erzeugen kann.[2)]

---

1) Siehe Autorenkollektiv, "Basis und Überbau der Gesellschaft", Dietz Verlag Berlin 1974, S. 94
2) MEW., Band 37, S. 490/491

Diese Feststellungen, über die Engels hier am Beispiel des Verhältnisses von ökonomischer und politischer Bewegung, von Staatsmacht und Wirtschaftsleben trifft, sind verallgemeinerungsfähig. Sie gelten im Prinzip für die gesamte aktive Einwirkung des Überbaus auf die Basis. Das trifft auch für die Erkenntnis zu, daß es sich hier um "Wechselwirkung zweier ungleicher Kräfte"[1] handelt, von denen die ökonomische Bewegung sich im großen ganzen durchsetzt, aber auch Rückwirkung erleiden muß von der durch sie selbst eingesetzten und mit relativer Selbständigkeit begabten politischen Bewegung.[2] Wenn, wie Engels zeigte, die Rückwirkung der Überbauaktivitäten auf die Basis hemmend oder fördernd sein kann, so darf das nicht gering veranschlagt werden. Das "Hemmen" oder "Fördern" besitzt einen sehr hohen geschichtlichen Stellenwert. Daß Engels die aktive Rückwirkung des Überbaus als eine Notwendigkeit ansieht, weist darauf hin, daß der Überbau eine für das gesellschaftliche Ganze und auch für die Basis selbst objektiv unumgängliche Funktion ausübt, ohne die der gesamtgesellschaftliche Prozeß sich nicht vollziehen kann. Die Gesellschaft kann nicht nur in Gestalt ihrer materiellen Grundlagen existieren.
Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der Staat grundsätzlich nicht als "außerökonomische Potenz" neben oder über die Ökonomie gestellt werden kann, sondern er muß in seiner Form und Funktionsweise aus der Analyse des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und Gesetzmäßigkeiten abgeleitet werden. Seine Besonderheit ergibt sich notwendig aus dem Charakter dieses Reproduktionsprozesses und erhält daraus seine widersprüchliche Gestalt.

Das ökonomische Niveau der unterentwickelten Gesellschaften ist in seiner Autonomie kastriert, wie es der weltweiten Kapitalakkumulation unterworfen und von ihr bestimmt wird. Die Fremdbestimmtheit des Ökonomischen ist

---

1) Ebenda, S. 490
2) Ebenda.

innerhalb der Wirklichkeit der unterentwickelten Gesellschaften historisch und strukturell angelegt.

Durch die Abhängigkeit und die strukturelle Schwäche des Ökonomischen wird das Politische und das Ideologische verstärkt. Das heißt, daß das Ökonomische dem Politischen auf Dauer die wesentliche Rolle zuschreibt. Infolge der Fremdbestimmtheit des Ökonomischen ist die Form des Zusammenspiels der drei Instanzen auf Dauer festgelegt, dem Politischen die führende Rolle zugeschnitten.[1] Auch die politische und die ideologische Instanz ist der Beeinflussung von außen, d.h. der Abhängigkeit unterworfen. Die politischen Strukturen einer Produktionsweise oder Gesellschaftsformation bestehen in der institutionalisierten Macht des Staates. Die globale Funktion des Staates besteht also darin, den Instanzen einer Gesellschaftsformation oder einer Produktionsweise die innere Kohäsion zu verleihen.
Als Ausgangspunkt der Untersuchung zur ökonomischen Rolle des Staates unter den Bedingungen der Entwicklungsländer sei erforderlich, auf seine historische Entstehung zurückzugreifen.
Historisch gesehen sind alle heute unterentwickelten Länder (mit Ausnahme einiger weniger afrikanischer und asiatischer Staaten) Kolonien gewesen. Die Gesellschaftsformation vor der Kolonialisierung wird durch diesen Prozeß ihrer Eigenständigkeit beraubt, in eine technologisch überlegene Gesellschaftsformation eingebracht und bildet fortan einen Bestandteil derselben. Es entsteht ein für die Einschätzung historisch bestimmter Formen des Staatsapparates wichtiges Problem durch die Ungleichzeitigkeit und den unterschiedlichen Verlauf der Durchsetzung des Kapitalverhältnisses in den verschiedenen Teilen der Welt und die verschiedenen Formen, die die Ablösung überkommener Produktions- und Herrschaftsverhältnisse angenommen hat.[2]

---

1) Siehe Heinz Rudolf, "Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus", in Kursbuch 3, S. 172/173
2) Siehe Joachim Hirsch, "Probleme einer materialistischen Staatstheorie". In Sozialstruktur und politische Systeme. Hrsg. von Urs Jaeggi, Köln 1976, S. 251-256

Die Besonderheit der Entwicklungsgeschichte der afrikanischen Staaten z.B. besteht darin, daß sie zum großen Teil durch willkürliche koloniale Grenzziehung entstanden; als Verwaltungseinheiten ohne gesellschaftliche Grundlage. Der fundamentale normative Dissens in derartigen politischen Systemen hat zur Folge, daß der Staat nur als formales Institutionsgefüge, als "Staatsapparat" verstanden und anerkannt wird, und daß der politische Prozeß zum großen Teil aus einem ungezügelten Kampf um "Jobs" und "Spiols" in eben diesem Staatsapparat besteht.[1] In dem Moment, in dem eine Kolonie ihre politische Unabhängigkeit erkämpft und erlangt hat, konstituiert sie sich wieder als eigene Gesellschaftsformation. Das bedeutet, daß die bisher von außen oktroyierte Ausbeutung nur intern organisiert wird. Diese Gesellschaftsformation bleibt aber gleichzeitig mit der Ökonomie der früheren Kolonialmacht eng verbunden, d.h. wirtschaftlich abhängig. Da wird eine neue Form der Akkumulation von Kapital hervorgebracht, die sozusagen zweigleisig ist. Auf der einen Seite wird weiter Kapital für die dominierende Ökonomie akkumuliert. Auf der anderen Seite muß ein Prozeß interner Akkumulation und erweiterter Reproduktion von Kapital beginnen, der selbst den Erhalt und die innere Expansion der geschaffenen Gesellschaftsformation zum Ziel hat.[2]

Die Besonderheit und das soziale Wesen des Staates des Übergangs von der kolonialen zur politischen Unabhängigkeit besteht darin, daß er sich in einer Ausnahmesituation befindet, d.h. die Herausbildung eines sozial bestimmten Staates ist noch nicht abgeschlossen. In ihr äußert sich zugleich die objektive Entwicklungstendenz dieser Staaten. Dies bedeutet, daß sich die sozialen Grundlagen und demzufolge auch das Wesen der Staatsmacht ändern kann.
Mit dieser Übergangsform des Staates sind politische Kämpfe großen Ausmaßes verbunden, die eine Mobilisierung der gesamten Gesellschaft implizieren.

---

1) Siehe dazu, Bassam Tibi, Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, Frankfurt/M., 1973, S. 56
2) Heinz Rudolf Sonntag, Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus, a.a.O., S. 172

Dieser Zustand erfordert einen Staat, der die innere Unruhe der Gesellschaft dominieren kann. Eine zweite Besonderheit dieses Staates besteht darin, daß die ökonomische Struktur neu programmiert werden muß. Bisher war sie ausschließlich auf die Akkumulation nach außen angelegt. Jetzt muß ein Prozeß interner Akkumulation einsetzen und die spezifische erweiterte Reproduktion beginnen. Das ist nur mit einem Staat zu leisten, welcher der politischen Instanz unverzüglich die entsprechende Durchschlagskraft verleiht.
Heinz Sonntag schreibt in diesem Zusammenhang: "Der 'Ausnahmestaat' mußte einerseits den Ansprüchen und Erwartungen der mobilisierten herrschenden Klassen gegenüber intrasigent sein und andererseits eine Neuordnung des Ökonomischen, seine Konstituierung als eigene Instanz, unter den extrem ungünstigen Bedingungen seiner nahezu ausschließlichen Fixierung nach außen vornehmen. Die Folge war, daß der errichtete 'Normalstaat' rasch in den 'Ausnahmestaat' umkippte (eine Militär- oder eine Zivildiktatur sein)."[1)]

Um die Bedeutung des Staates in den unterentwickelten Gesellschaften für die sozio-ökonomische Entwicklung feststellen zu können, ist es notwendig, ihn nach verschiedenen Typen und Formen weiter zu spezifizieren.
In der Geschichte der Dritten Welt hatten sich bisher drei Formen von Staaten gebildet. Es gab den Staatstyp, der von einem Teil der herrschenden sozialen Klasse gegen einen anderen, über die politische Macht verfügenden Teil dieser Klasse geführt wurden. Solche Staatsformen haben lediglich einen Regierungswechsel herbeigeführt und eine kaum nennenswerte Veränderung in der Sozialstruktur und in der Struktur der politischen Macht mit sich gebracht. Derartige Staatsformen findet man in Afrika und Lateinamerika.[2)]
Man könnte in der Dritten Welt noch eine weitere Staatsform charakterisieren, die von einer reaktionären militärischen

---

1) Ebenda, S. 175
2) Siehe, Bassam Tibi, Militär und Sozialismus ..., a.a.O., S. 79

Clique gegen ein relativ progressives Regime geführt wurde. Diese Staatsform, die mit den Komradorenstaaten gleichzusetzen ist, wird meistens in den Metropolen in Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten imperialistischer Länder vorbereitet und sodann ausgeführt.

Es ist eine Machtclique, die die Arbeitskraft und die Ressourcen des Landes in ihrem Interesse und im Interesse der ausländischen Firmen und Regierungen ausbeutet. In Afrika haben sich zum Beispiel zahlreiche zivile Regierungen als unfähig erwiesen, politische Stabilität im Lande und damit den entsprechenden Rahmen für ausländische Investitionen zu garantieren. Dagegen zeigten sich Militärregime relativ fähig, politische Stabilität zu sichern, weshalb sie von den ausländischen in Afrika tätigen Konzernen bevorzugt und unterstützt werden. Die herrschende Klasse in dieser Staatsform bildet in Wirklichkeit als Verwalter und Träger der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, als Brückenköpfe ausländischer Interessen und als parasitäre Nutznießer dessen, was sie Entwicklung nennt, die entscheidenden Entwicklungshemmnisse, während sie den Interessen der intermediaren Sektoren nicht Rechnung trägt und die Bedürfnisse der unterdrückten Klassen nicht oder in sehr geringem Umfang befriedigen kann. Mandel schreibt in diesem Zusammenhang, daß die Forderungen der beherrschten Klassen nur in dem geringen Ausmaß befriedigt werden konnten, in dem sie mit den ökonomisch-politischen Interessen der herrschenden Klassen vereinbar waren, die Macht des Staates nicht in Frage stellen. Der Staat hat die Funktion, die beherrschenden Klassen politisch zu disorganisieren, während er die herrschenden Klassen politisch organisiert, die beherrschten Klassen aus sich ausschließen, während er die herrschenden Klassen einschließt.[1)]

---

1) E. Mandel, Staat und Ideologie im Zeitalter des Spätkapitalismus, Bruno S. Frey. Werner Meißner (Hrsg.), Frankfurt am Mai 1974, S. 129-131

Die dritte Staatsform ist diejenige, die durch Militärputschs eine reardierende, die soziale Transformation blockierende Oligarchie politisch entmachtet haben. Solche Putsche beanspruchen revolutionär zu sein, indem sie zum Beispiel eine Monarchie durch eine Republik ersetzen, um eine Reihe von kleinen schrittweisen Veränderungen und Reformen vorzunehmen.[1] Beispiel dazu ist die Machtübernahme durch General Kassem 1958 im Irak.

Die Fähigkeit dieser Staatsform, die umfassenden Aufgaben des Landes zu lösen und die komplizierten Erfordernisse der Entwicklung zu erfüllen, hängt in bedeutendem Maße von dem Verhältnis der sozialen Kräfte und ihrer politischen Führung sowie von den Entwicklungstendenzen des sozialen Wesens des Staates ab.
Das charakteristische Merkmal dieses Staatstyps besteht weiter darin, daß in vielen von ihnen ein Block von Klassen oder sozialen Gruppen an der Macht ist, der durch ein labiles Klassengleichgewicht gekennzeichnet ist. Das labile Klassengleichgewicht der politischen Macht schließt nicht aus, daß diese Macht zu jedem Zeitpunkt klassenmäßig bestimmt wird und daß sich der Staat sozial in einer Richtung entwickeln kann, die die Interessen der gesamten Nation immer mehr widerspiegelt oder in eine andere entgegengesetzte Richtung entwickelt und in Regime der persönlichen Macht und in Diktatur umkippt, wie dies im Irak 1963 der Fall war.

Aus den bisherigen Darlegungen könnte man folgern, daß die Überwindung der Unterentwicklung von der Schaffung eines neuen Typs von Staatsmacht abhängt, dessen Aufgabe darin besteht, die rasche und direkte Ansammlung der notwendigen Kapitalfonds für die materielle Entwicklung zu schaffen, die im Westen durch eine lange Periode der privaten Kapitalakkumulation erfolgt ist.

---

1) Siehe, Bassam Tibi, Militär und Sozialismus ..., a.a.O., S. 79

Die dabei zur Anwendung gelangenden Methoden haben sich grundlegend von jenen zu unterscheiden, die in der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus in den Ländern Westeuropas und Nordamerikas vorherrschten. Das heißt, bei dem allgemeinen niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, bei der für viele von ihnen typischen Monokultur sowie der ausgeprägten Exportorientierung kann eine grundlegende Reorganisation der Wirtschaftsstruktur nicht durch die Wirkung der spontanen Marktregulatoren gewährleistet werden. Unter den Verhältnissen einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit, die sich daraus ergibt, daß die unterentwickelten Länder noch immer ein Teil der kapitalistischen Weltwirtschaft sind, ist die Wirkung der spontanen Entwicklungsfaktoren und damit die Gesetzmäßigkeit der "Marktwirtschaft" eher auf die Verstärkung der ökonomischen Abhängigkeit ausgerichtet als auf ihre Schwächung.
Unter den Verhältnissen der "Marktwirtschaft" kann die nationale Industrie sehr leicht von der leistungsfähigen und auf den Märkten gefestigten Industrie der entwickelten Länder erstickt werden.
Unter diesen Bedingungen ist eine direkte ökonomische Regulierung durch den Staat als Hauptinstrument zur Durchsetzung der Wirtschaftspolitik im Interesse einer relativen schnellen Überwindung der ökonomischen und sozialen Rückständigkeit eine objektive Notwendigkeit.

Auf dem Wege zur Lösung der komplizierten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben stoßen also die nationalen Staaten auf zahlreiche Schwierigkeiten und Widersprüche ökonomischen, sozialen und politischen Charakters. Der Ausweg aus diesen Widersprüchen besteht vor allem darin, daß der Staat konsequente Schritte unternehmen muß, um den Einfluß der Bedingungen der internationalen Kapitalakkumulation aufzuheben. Ohne Entscheidung dieser Art ist jede Entwicklungspolitik in den unterentwickelten Ländern erfolglos.[1)]

---

1) Vgl. Marios Nikolinakos, "Internationale Akkumulation und strukturelle Armut", Veröffentlichungen des Wirtschaftszentrums Berlin, 1975, S. 19

3. Die Bedeutung des staatlichen Sektors der Wirtschaft und seine Entwicklungstendenzen

Wir haben bereits in dem vorhergehenden Abschnitt darauf hingewiesen, daß es in Wirklichkeit nur eine Institution gibt, die in der Lage ist, optimal die an sich geringen Mittel für die Akkumulation durch eine geeignete Wirtschaftspolitik zu sammeln und konzentriert einzusetzen: den Staat und dessen unmittelbares Eingreifen als Wirtschaftssubjekt in die Ökonomie des Landes. In den Entwicklungsländern läßt sich die Bedeutung des Staates in der Ökonomie nur über die Tatsache seiner notwendigen Existenz für die Lösung nationaler Aufgaben erfassen und richtig einordnen.

Setzt man die hier entscheidende erste Funktion des Staates - Zentralisator der Akkumulationsmittel zu sein - als gegeben voraus, dann muß als zwingender Schluß dessen zweite Funktion - Investor dieser Mittel in einem ihm unterstehenden, sein Eigentum darstellender Sektor der Wirtschaft zu sein - folgen. Nur dadurch kann er die ihm objektiv zufallenden Aufgaben in geeigneter Weise lösen. Die ökonomische Funktion des Staates hat folglich ihre Basis in dem breiter werdenden staatlichen Sektor, obwohl ihr Wirkungsbereich die gesamte nationale Wirtschaft umfaßt.

Auf der Grundlage der umfassenden Analyse des staatlichen Sektors läßt sich die Bedeutung der ökonomischen Funktionen des Staates in den Entwicklungsländern genauer erkennen. Der Charakter, der Umfang und die Entwicklungstendenzen des staatlichen Sektors, das heißt seine qualitative und quantitative Entwicklung, haben einen entscheidenden Einfluß auf die Verhältnisse, die die Akkumulation, die Planung, die Infrastrukturen und die anderen Wirtschaftssektoren der Volkswirtschaft ausdrücken.

In vielen unterentwickelten Ländern begann der Staat, über seine traditionellen Funktionen hinaus, das heißt die allgemeine Verwaltung, die Durchführung von Infrastrukturpro-

jekten, Dienstleistung, Bankverkehr usw., eine große Stellung bei dem Industrialisierungsprozeß einzunehmen.
Der Industrialisierungsprozeß in den Entwicklungsländern beginnt im allgemeinen mit der Verarbeitung einheimischer Rohstoffe und landwirtschaftlicher Produkte durch kleinere und mittlere Betriebe. Mit der Zunahme dieser Industrien entsteht bald die Notwendigkeit großer Anlagen sowohl für die Erzeugung von Elektroenergie als im weiteren Verlauf auch für die Erzeugung von Eisen und Stahl und sonstigen Grundstoffen. Solche Anlagen verlangen relativ große Kapitalien, über welche die einheimischen Privatunternehmer nicht verfügen. Die Erfahrungen der unterentwickelten Länder zeigen deutlich, daß das einheimische Privatkapital das Problem der Akkumulation nicht lösen kann. Hinzu kommt noch, daß viele Privatunternehmer in diesen Ländern ihre Gewinne zum großen Teil nicht in den eigenen Industriebetrieben anlegen, sondern zu spekulativen Zwecken verwenden, oder aber diese im Ausland und zum Teil parallel zur Tätigkeit des Auslandskapitals investieren, wodurch die Entwicklung des Reproduktionsprozesses und der Akkumulation auf nationaler Grundlage erschwert wurde. Dabei könnte in der Mehrzahl dieser Länder der Hauptteil der für ein schnelles Wirtschaftswachstum notwendigen Mittel aus inneren Quellen gewonnen werden, und zwar durch Reorganisation der Verteilung, Umverteilung und Verwendung des Nationaleinkommens, durch Enteignung der parasitären Elemente der Gesellschaft, Einführung einer Kontrolle des ausländischen Eigentums (bis zur Nationalisierung), Errichtung des staatlichen Außenhandelsmonopols, durch Unterbinden des Abflusses von Kapital, was als potentielles Kapital für die Entwicklung der nationalen Industrie verwandt werden könnte. Aus diesen genannten Gründen ist in den Entwicklungsländern die Errichtung von Staatsbetrieben und damit die Erweiterung und Festigung des staatlichen Sektors, um das wirtschaftliche Wachstum zu beschleunigen, eine objektive Notwendigkeit geworden.

Der Aufbau des staatlichen Sektors vermittels einer möglichst umfassenden, planmäßigen Errichtung neuer staatlicher Betriebe ist daher erforderlich. Die Durchführung dieser Aufgaben erwächst aus verschiedenen Gegebenheiten. Zu den inneren Ursachen bzw. Ausgangspunkten ist vor allem die Tatsache zu zählen, daß eine bloße Übernahme bisher ausländischen Eigentums die deformierte Struktur der Wirtschaft keineswegs verändert. Es findet lediglich ein Eigentumswechsel statt. Das Ziel aber besteht letzten Endes in der Veränderung der Struktur der Wirtschaft auch hinsichtlich ihrer zweigmäßigen Zusammensetzung. Nur eine solche Wandlung garantiert - in Verbindung mit den Eigentumsveränderungen - die Möglichkeit, die deformierte Unterentwicklung zu überwinden. Um einer raschen nationalen Wirtschaftsentwicklung und eine hohe Quote an Akkumulationsmitteln sicherzustellen, ist die Anforderung, die Beherrschung der Schlüsselpositionen der Wirtschaft, an den staatlichen Sektor zu stellen.

Der staatliche Sektor eines Entwicklungslandes kann nur dann zum führenden Sektor werden, wenn angestrebt wird, durch ihn die Kommandohöhen der Volkswirtschaft zu beherrschen. Das beinhaltet in der Regel einerseits eine weitgehende quantitative, umfassende zweigstrukturelle Entfaltung. Zum anderen wird der staatliche Sektor diese Schlüsselpositionen nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen im jeweiligen Lande erkämpfen bzw. innehaben können.[1)]

Das alles verlangt vom nationalen Staat die konsequente Nutzung seiner Position zur Zentralisierung von Akkumulationsmitteln in seiner Hand durch geeignete Maßnahmen - bis hin zur ökonomischen Entmachtung jener Klassen, die nicht in der Lage sind, zur Erhöhung der Akkumulation entsprechend den nationalen Bedürfnissen beizutragen. Das heißt, der Wirtschaftspolitik des nationalen Staates kommt

---

1) Vgl. Effenberger, H., Wirtschaftssystem und Industrialisierung in den Entwicklungsländern, in: Volkswirtschaftliche Schriften, Berlin 1968, S. 36

die Aufgabe zu, alle Akkumulationsquellen zur Stärkung des staatlichen Sektors und vor allem zum Zwecke seiner Ausweitung in der Industrie heranzuziehen. Umgekehrt muß insbesondere dieser Teil des staatlichen Sektors in zunehmendem Maße selbst zur Quelle neuer Akkumulationsmittel werden.

Der staatliche Sektor hat letztlich seine Überlegenheit über das private Kapital auch durch seine besseren ökonomischen Ergebnisse zu beweisen. Vor allem der staatliche Sektor der Industrie soll, wie vorher dargelegt, zu einer Quelle von Mitteln zur erweiterten Reproduktion werden. Eine negative Entwicklung seiner wirtschaftlichen Ergebnisse würde über längere Zeit einen unvertretbaren Abfluß von Akkumulationsmitteln und somit eine Wachstumsminderung an Stelle ihrer Beschleunigung bedeuten. Es soll in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden, daß die Mängel in der ökonomischen Effektivität des staatlichen Sektors nicht im System des staatlichen Sektors liegen, sondern in der deformierten Unterentwicklung, die er zu überwinden hat, begründet sind. Dabei sind zu nennen: der niedrige Stand der Produktivkräfte, die nicht in allen Fällen sofort eine optimale Produktionsgröße der Betriebe des staatlichen Sektors zulassen, ungenügende Kapazitäten in der Rohstoffbereitstellung, geringes Bildungs- und Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte als nur einige Faktoren, deren Wurzeln in der Kolonialzeit zu suchen sind.[1)]

Es soll schließlich noch erwähnt werden, daß durch die sozialökonomischen Umgestaltungen und die Schaffung und Erweiterung des staatlichen Sektors als des führenden Sektors Voraussetzungen geschaffen wurden, auf deren Existenz die Planung der Wirtschaft im Sinne der Regulierungsmaßnahmen und Programmierung begonnen werden konnte. Der sich aus Steuerungs- und Regulierungsmaßnahmen herausbildenden Planung kommt zunächst die Aufgabe zu, unter Ausnutzung und mit Hilfe der staatlichen Finanzpolitik eine Strukturpolitik sowohl hinsichtlich einer

---

1) Siehe, Abschnitt 5.2 der vorliegenden Arbeit

gesellschaftlichen Strukturwandlung als auch der Konzentration der begrenzten Akkumulationsmittel auf die ökonomischen Schwerpunkte entsprechend den Zielen der staatlichen Wirtschaftspolitik und eine Rationalisierung der volkswirtschaftlichen Prozesse zu sichern. Dabei ist der Inhalt dieser Planung von den gegebenen sozialökonomischen Bedingungen und deren Entwicklung abhängig.

In den Ländern, in denen die nationale Bourgeoisie allein die politische Macht ausübt, und dort, wo kapitalistische Kräfte überwiegen, wird der staatliche Sektor mehr und mehr ihren Interessen unterworfen. Die einheimische Bourgeoisie sieht in ihm jene Institution, mit deren Hilfe sie bessere Verwertungsbedingungen für das von ihr angelegte Kapital erreichen kann. Innerhalb der politischen Macht dieser Länder gibt es außerdem ziemlich starke Bestrebungen, die eine Entwicklung des staatlichen Sektors nicht zulassen und die Sphären seiner Tätigkeit begrenzen.[1] Hinzu kommt, daß in solchen Ländern der staatliche Sektor sogar die Tätigkeit ausländischer Monopole fördert. Es soll noch betont werden, daß das Ziel der einheimischen Privatunternehmer die kapitalistische Industrieproduktion ist. Sie sind also letztlich an einer Industrialisierung interessiert, die der Gesetzmäßigkeit des Kapitals entspricht und mit deren Hilfe und in deren Prozeß sie sich zur herrschenden Klasse im Staat aufzuschwingen vermag. Die führende Tendenz wird hier die privatkapitalistische sein bzw. werden - der staatliche Sektor ist dann Mittel zum Zweck ihrer Durchsetzung, der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse.[2]

In bestimmten Entwicklungsländern wurde der staatliche Sektor zu einer entscheidenden Akkumulationskraft. Die progressiven Kräfte in diesen Ländern werden sich immer deut-

---

1) Vgl. Benhassine, M.L. "Die Industrialisierung Algeriens und der Akkumulationsprozeß als Mittel ihrer Verwirklichung", Dissertationsschrift, Hochschule für Ökonomie, Berlin 1967, S. 12
2) Vgl. Peripherer Kapitalismus, ebenda, S. 187

licher der Notwendigkeit bewußt, einen staatlichen Sektor zu schaffen, der die führende Rolle bei der Verwirklichung des ökonomischen Wachstums spielen kann. Der erfolgreiche Verlauf des sozialökonomischen Fortschritts erfordert in diesen Ländern die volle Mobilisierung der nationalen Ressourcen und ihre planmäßige Nutzung in den verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft. Mit der Entstehung und Entwicklung des staatlichen Sektors konzentrieren sich in diesem Sektor ein bedeutender Teil der Produktionsmittel und die wichtigsten Akkumulationskanäle wie z.B. Banken und Versicherungsgesellschaften usw. Das Wachstum des staatlichen Sektors gewährleistet die Beschleunigung des Tempos der Industrialisierung in diesen Ländern.

Es stellt ein mächtiges Mittel dar zur Mobilisierung und Zentralisierung der langfristigen Investitionen und gestattet es, eine teilweise Planung der wirtschaftlichen Entwicklung in Richtung auf ein vorrangiges Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln zu sichern.

Einige Länder wie Algerien, Irak, Syrien und Ägypten bieten uns ein eindeutiges Beispiel für die entscheidende Rolle des staatlichen Sektors im Akkumulationsprozeß. In diesen Ländern wurde der staatliche Sektor durch radikale Maßnahmen, Nationalisierung (durch Aufkauf oder Enteignung) des ausländischen Eigentums erweitert. In den Händen der Staaten dieser Länder wurde allmählich ein beträchtlicher Teil der Hauptwirtschaftszweige der Industrie konzentriert.

In Syrien wurde beispielsweise ein staatlicher Sektor auf zwei Wegen geschaffen: einmal durch die Nationalisierung ausländischer Kapitalgesellschaften sowie durch Verstaatlichung der mit ausländischem Monopolkapital eng verflochtenen Unternehmen des syrischen Großkapitals in der Industrie, im Bank- und Finanzwesen sowie im Außenhandel; zum anderen mit dem Aufbau neuer Betriebe in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft durch den Staat. Der Anteil des

staatlichen Sektors an der gesamten industriellen Produktion beträgt heute in Syrien etwa 7o Prozent.[1] Im Laufe des Fünfjahrplans (1971 - 1975) sollte das Nationaleinkommen von 5,3 Milliard. syr. Pfund 197o auf 7,84 Milliarden im Jahre 1975 und damit auf 15o Prozent gesteigert werden.[2]

Die Erweiterung des staatlichen Sektors in Ägypten ist nach der Verstaatlichungswelle der sechziger Jahre (von 1961 - 1967) erfolgt. Infolge der Nationalisierung und großer Investitionen im staatlichen Sektor befanden sich bereits 1962 mehr als 5o Prozent aller Investitionen für die Volkswirtschaft im Eigentum des Staates oder unter seiner Kontrolle. Alle Banken und Versicherungsgesellschaften wurden nationalisiert. Der staatliche Sektor nahm die dominierende Stellung in der Wirtschaft ein. In der Industrie besitzt oder kontrolliert der Staat mehr als 9o Prozent aller Produktionskapazitäten, in der extraktiven Industrie entfallen auf ihn 88 Prozent der gesamten Produktion, in der verarbeitenden Industrie sind es 6o Prozent.[3]

In Algerien war bis 1966 die Stellung des staatlichen Sektors vorwiegend in der Landwirtschaft. Seine Basis ist das nationalisierte Eigentum von Europäern und Kollaborateuren. Durch die Nationalisierung erhielt der Staat 3 Millionen Hektar, was ein Drittel der gesamten Nutzfläche ausmacht, auf denen 6o Prozent aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Landes produziert werden. Durch die Verstaatlichung der meisten ausländischen Erdölunternehmer 1966 wurde ein Großteil der Betriebe des Auslandskapitals im Bergbau und in der verarbeitenden Industrie, des Erdöltransports sowie Vertriebs und weiterer Zweige in den staatlichen Sektor eingegliedert, wodurch die Stellung des staatlichen Sektors in der Industrie erheblich erweitert wurde.[4]

---

1) Angaben aus "Statistical abstract" 1971, herausgegeben vom Zentralbüro für Statistik der SAR
2) Ebenda.
3) Probleme der Industrialisierung in den Entwicklungsländern (Autorenkollektiv) Moskau 1974 (arabisch), S. 1o6
4) Ebenda, S. 1o5

Die Erfahrungen in diesen Ländern haben gezeigt, daß trotz dieser großen Errungenschaften viele Gefahren und Schwierigkeiten bestehen, die für die Sicherung der Weiterentwicklung des sozialökonomischen Fortschritts überwunden werden müssen. Die sozialökonomischen Umgestaltungen, mit deren Hilfe sich der staatliche Sektor in diesen Ländern entwickelte, wurden häufig "von oben" mit Hilfe des Staatsapparates und durch administrative Maßnahmen durchgeführt. Die Beteiligung der Volksmassen an diesem Prozeß war gering und unzureichend. Hinzu kommt, daß fehlende Klarheit in der Ideologie, empirisches Herangehen an die Strategie des sozialen Fortschritts statt einer wissenschaftlichen Weltanschauung - all das die Labilität der Positionen in wichtigen Fragen der Innen- und Außenpolitik bedingt.[1] Diese Bemerkung ist von großer Bedeutung für die Entwicklungsperspektive des staatlichen Sektors in diesen Ländern. Die politischen Kräfte haben in diesen Ländern die Macht nicht dazu benutzt, die Entwicklung der einheimischen Bourgeoisie einzuschränken. Die Erfahrungen zeigen, daß diese Klasse in vielen Sphären der ökonomischen Tätigkeit wächst und versucht, von diesen Positionen aus weitere sozialökonomische Umgestaltungen zu verhindern sowie auch im staatlichen Sektor wichtige Positionen einzunehmen, um ihn in ihrem Interesse zu lenken.[2]

---

1) Vgl. Kerim Mruhe, "Zeit der Prüfungen" in Probleme des Friedens und Sozialismus, Heft 2/1973, S. 213
2) Vgl. Günter Thole, Tendenzen der Außenpolitik Asiens und Afrikas, in: Deutsche Außenpolitik, Berlin, Heft 1/7o, S. 99

2. Kapitel

Probleme der Unterentwicklung im Irak

1. Historische Betrachtung der Entstehung von Staatsformen und Unterentwicklung im Irak

Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges war der Irak als Teil des osmanischen Reiches ein extrem rückständiges Land. Die Industrie stand noch am Anfang ihrer Entwicklung. Es gab lediglich einige Kleinindustrie, vorwiegend zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe. In der Ökonomie des Landes dominierten vorkapitalistische Wirtschaftsformen. Etwa 15 Prozent der knapp 3 Millionen zählenden Bevölkerung führten noch Nomadendasein; die überwiegende Mehrheit arbeitete in der Landwirtschaft, in der die Naturalwirtschaft verherrschte und die Ware-Geld-Beziehung kaum Eingang gefunden hatte.[1)]
Der äußerst niedrige Stand der Produktivkräfte bestimmte das Niveau der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft. Der Prozeß der Auflösung der traditionellen Stammesbeziehungen war Ende des 19./Anfang des 2o. Jahrhunderts rasch vorangeschritten und hatte - vor allem bei den seßhaften Stämmen im Zentral- und Nordirak - zu einer allmählichen Ablösung der patriarchalischen Verhältnisse durch feudale und semifeudale Abhängigkeitsverhältnisse geführt, die sich nach dem Ende des ersten Weltkrieges zu den dominierenden Produktionsverhältnissen im Irak entwickelten.

Am 11. März 1917 eroberten die britischen Truppen den Irak, wodurch das Schicksal des Landes als Kolonie entschieden wurde.[2)] Die Zivilverwaltung des Irak wurde vorerst dem britischen Indian Civil Service unterstellt und ein britischer Hochkommissar als höchste politische Instanz eingesetzt. Die Schlüsselpositionen im Verwaltungsapparat

---

1) Vgl. K. Habib, "Studie über die Probleme der industriellen Entwicklung im Irak von 1917-1963", Zeitschrift der Almustansria-Universität. Bagdad 1971, 2. Ausgabe, S. 568 (arabisch)
2) Ebenda, S. 569

nahmen ausschließlich Engländer ein. In ihrer Wirtschaftspolitik unternahmen die Kolonialisten alle Anstrengungen, um britischen Monopolen das alleinige "Recht" auf die wirtschaftliche Ausplünderung des Landes zu garantieren. Die Besatzungsmacht bemühte sich, um ihre Positionen im Irak zu festigen, durch Unterstützung der Feudalen und Stammesscheichs neben der schmalen Kombradorenschicht der Handels- und Wucherbourgeoisie einen weiteren Verbündeten im Innern des Landes zu gewinnen. Dabei strebte sie danach, die Macht der Stammesoberhäupter, die mit dem zunehmenden Verfall der Stammesordnung geschwächt worden war, wiederherzustellen und zu festigen.

Ein 1918 erlassenes Gesetz - und bis zur Revolution von 1958 gültiges Gesetz - erhob die Scheichs zu Herren über Leben und Tod der Stammesmitglieder. Eine 1919 verkündete "Bodenreform" bestätigte die Stammesaristokraten, Großgrundbesitzer und reiche städtische Familien als De-facto-Eigentümer des bisherigen stammeseigenen Bodens und der Gemeindeländereien. Im Ergebnis dieser Maßnahme entstanden im Irak die ungerechtesten Bodenbesitzverhältnisse im ganzen Nahen Osten. Etwa 1ooo Scheichs und Großgrundbesitzer konzentrierten mehr als 9o Prozent des Bodens in ihren Händen.[1)] Mit dieser Politik legten die britischen Behörden den Grundstein für das Bündnis zwischen der irakischen Feudalreaktion und dem britischen Imperialismus.

Die antikoloniale Erhebung 192o zwang Großbritannien, das Okkupationsregime aufzugeben und mit der Schaffung einer irakischen Regierung und anderer nationaler Machtorgane zu indirekten Herrschaftsmethoden überzugehen. Ein bedeutender Schritt zur Durchsetzung dieser Politik war die Gründung der Monarchie im März 1921. Als König hatte die britische Regierung Emir Faisal eingesetzt. Die Gründung der Monarchie als neue Staatsform brachte keinerlei Veränderungen für das Abhängigkeitsverhältnis des Irak von Großbritannien.

---

1) Vgl. "Geschichte der Araber". Von den Anfängen zur Gegenwart, Akademie-Verlag. Berlin 1974, Band 3, Teil II,S.135

Das Streben der Monarchie war darauf gerichtet, die britischen Interessen im Irak zu wahren, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu erhalten und zu festigen und alle diesem Streben entgegengesetzten Tendenzen bereits im Keim zu ersticken. Die Monarchie sorgte für eine juristische Rechtfertigung der politischen, ökonomischen und militärischen Abhängigkeit des Irak von Großbritannien.

Im Jahre 1932 wurde das Mandat über den Irak aufgehoben, wodurch der Irak zu einem unabhängigen Staat erklärt wurde.[1] Mit der Veränderung des politischen Status lockerte die Kolonialmacht nur ihren "Würgegriff". Die Aufhebung des Mandats bedeutete lediglich eine Wandlung der Form, nicht aber des Inhalts der britischen Herrschaft im Irak. Die 14-jährige zivilisatorische Mission des britischen Kolonialismus hatte keinerlei positive Ergebnisse vorzuweisen. Der Irak blieb nach wie vor ein äußerst rückständiges, den Interessen des britischen Monopolkapitals untergeordnetes Agrarland.
Die Armut und Not der enteigneten Bauern, eine Riesenarmee von Arbeitslosen und Lumpenproletariern in den Städten, ein Komplex komplizierter nationaler und religiöser Widersprüche und Konflikte waren ein Erbe, das die an die Macht gelangten irakischen Kräfte nicht zu bewältigen vermochten.
Nach der Aufhebung des Mandats kam es zu einer Umgruppierung im politischen Kräfteverhältnis des Landes. Die Feudalen und Kompradorenschichten hatten mit der formalen Übergabe der politischen Macht an die irakischen herrschenden Kreise ihr Ziel erreicht, stellten ihre ohnehin sehr zaghafte Opposition gegen die britische Kolonialmacht ein und wurden deren zuverlässige Verbündete. Der auch nach 1932 sehr häufige Wechsel der Regierungen - von 1932 bis 1939 gab es 12 verschiedene Kabinette[2] - ist nicht auf grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen in entscheidenden politischen Fra-

---

1) Ebenda, S. 146
2) Vgl. S. Al- Suri, "Feudalismus", in Qut Liwa, Bagdad 1958, S. 3 (arabisch)

gen wie etwa in Bezug auf das Verhältnis zu Großbritannien zurückzuführen, sondern war allein Ausdruck des Machtkampfes unter den einzelnen Feudalcliquen. Es waren einer derselben 4o bis 5o Politiker, die die zahlreichen irakischen Regierungen bildeten.
Die Hauptfigur blieb stets Nuri Al - said, der mit Ausnahme der Regierung Sulaiman 1936/37 allen Kabinetten angehörte und sich zu einem der profiliertesten Exponenten des reaktionären irakischen Regimes entwickelte.
Gestützt auf seine in die Zeit der türkischen Herrschaft zurückreichenden engen Beziehungen zu den Scheichs sowie auf die Hofclique und einflußreiche Kreise der Armee und der Polizei, stand er bis zur Revolution 1958 als Ministerpräsident, als Minister oder auch als "Graue Eminenz" im Hintergrund an den Schalthebeln der Macht und sorgte dafür, die Kontinuität in der von zahlreichen Krisen und häufigen Regierungswechseln gekennzeichneten irakischen Politik zu wahren.

Die Revolution vom Juli 1958 stellte den größten Wendepunkt in der Geschichte des revolutionären Prozesses des irakischen Volkes dar. Sie entmachtete die feudale und Kompradorenklasse sowie die bürokratischen Schichten. Es entstand in Folge der Stürzung des monarchistischen Regimes eine nationale unabhängige Republik unter Führung der nationalen Bourgeoisie.
Sie öffnete den Weg für die Durchführung der sozialökonomischen Umgestaltungen. Es wurden verschiedene fortschrittliche Maßnahmen unternommen, die der nationalen Unabhängigkeit dienten. Dazu gehörte u.a., daß sich der Irak vom militärischen Bagdad-Pakt zurückzog und die militärischen Verträge mit den USA und England für ungültig erklärte.
In der Innenpolitik wurde das Gesetz zur Bodenreform, das trotz enthaltener Mängel zur Zerschlagung der Feudalherrschaft führte, beschlossen. Erstmalig konnten die politischen und Massenorganisationen ihre Legalität erklären, wie die Gewerkschaft der Bauern, der Studenten- und Jugendver-

band sowie der Frauenbund. Die Arbeiterschaft konnte mit Hilfe ihrer Gewerkschaften ökonomische Rechte erkämpfen sowie andere demokratische und ökonomische Errungenschaften. Bei der Durchführung aller genannten Maßnahmen war die neue politische Macht unkonsequent. Die bürgerliche Staatsmacht, die die nationale Bourgeoisie mit ihren verschiedenen ideologischen Flügeln vertrat, hatte an ihrer Spitze einige Offiziere unter der Führung von General Kassem. Er hatte einigen hohen Offizieren ermöglicht, die politische Macht an sich zu reißen, um die weitere Entwicklung der Revolution zu blockieren und in die Schranken ihrer bürgerlichen Klasseninteressen einzuzwängen.

Der sozialökonomische Charakter des Staates widerspiegelte sich auch in der unkonsequenten Durchführung der Bodenreform. Die Bodenreform und damit die gesamte Politik des Staates im Bereich der Landwirtschaft führte zur allmählichen Ausdehnung der materiellen Basis der kleinen Warenproduktion in der Landwirtschaft durch die Zerstückelung der großen erfaßten Ländereien und deren Verteilung auf die einzelnen Bauern. Zum anderen festigte sich der Privatsektor in Folge der reaktionären Durchführung der Bodenreform und der Erlassung von verschiedenen Gesetzen zugunsten der Großgrundbesitzer, und zwar dadurch, daß er die großstaatlichen Ländereien an sich reißen konnte, was die Stellung des staatlichen Sektors einschränkte. Als Ergebnis der bürgerlichen Lösung des Bodenproblems hat der Privatsektor mehr als 1.995 Mio. Donem[x] von dem Staatssektor[1] genommen.
Die Folge der unkonsequenten Haltung der politischen Macht war der Putsch vom Februar 1963, der die Herrschaft des rechten Flügels des Kleinbürgertums sicherte. Dieser Flügel vertritt die ökonomischen Interessen folgender Klassen bzw. Schichten:

---

x) Donem = 25ooo qm
1) Vgl. A. Zuairi, "Agrarreform und das Problem der Einwanderung vom Lande in die Stadt", in Al-Thekafe Al-Jadida, Bagdader Zeitschrift, Nr. 5 /Aug. 1969, S.19-2o (arabisch)

1. der Handelsbourgeoisie und der Kompradoren in erster Linie,
2. der Großgrundbesitzer und Feudalherren,
3. eines Teils des nationalen industriellen Großkapitals, der bis 1969 die Schlüsselpositionen des verstaatlichten Industriesektors kontrollierte und
4. der bürokratischen Schicht der Bourgeoisie, die sich als Folge der Juli-Revolution von 1958 herausbildete und sich besonders nach dem Putsch von 1963 so stark entwickelt hat, daß sie dank ihrer gefestigten und breiten Positionen im Staats- und Verwaltungsapparat eine beachtliche Rolle im wirtschaftlichen Leben des Landes spielte. Ursprünglich ist sie aus dem Kleinbürgertum hervorgegangen, vertritt aber die ökonomischen Interessen aller konterrevolutionären Kräfte. Sie setzt sich hauptsächlich aus den hohen Angestellten sowie Militärs zusammen.

Diese, nach dem Putsch von 1963 neu entstandene Staatsform versuchte, die revolutionäre sozialökonomische Umgestaltung zu verhindern.

Bis 1968 blieb der staatliche Sektor im Verhältnis zum privaten Sektor bei der Schaffung des Bruttosozialprodukts zurück. Die Machthaber befanden sich in einem Widerspruch zwischen der Notwendigkeit der Industrialisierung und der Verstärkung des staatlichen Sektors und andererseits der antidemokratischen Haltung gegen die fortschrittlichen Kräfte. Diese Politik führte zu einer ständigen Veränderung der Staatsführung, wobei es keine konsequente politische Konzeption für die Entwicklung der Volkswirtschaft des Irak gab. Das widerspiegelte sich in der Wirtschaftsplanung des Staates während dieser Perioden.

Seit dem Machtantritt der Baath-Partei am 17.7.1968 sind bedeutende sozialökonomische Umgestaltungen vollzogen

worden, die in der Erweiterung und Festigung des staatlichen Sektors ihren Ausdruck finden.

Der staatliche Sektor beherrscht gegenwärtig die entwicklungsbestimmenden Zweige der Volkswirtschaft. 85 % des gesamten Industriekapitals und der größte Teil des Außenhandels befinden sich in den Händen des Staates.[1)]

---

1) Siehe, die Schlußbemerkungen der vorliegenden Arbeit

2. Überblick über die Strukturen der Hauptsektoren der Wirtschaft

2.1. Struktur und Entwicklungsstand des industriellen Staatssektors

Im Jahre 1953 hatte der staatliche Sektor einen Anteil von 11,9 Prozent am gesamten Brutto-Inlandsprodukt, während der private Sektor (mit Erdöl) einen Anteil von 88,1 Prozent hatte.[1] Bis zum 14. Juli 1958 diente der staatliche Sektor den Interessen der Feudalherren und des Privatkapitals. Deshalb sind die meisten Investitionen des "Devolopment Board", einer Art Entwicklungsbehörde für den unproduktiven Bereich, in erster Linie für die Infrastruktur bestimmt. Nach dem Sturz der Monarchie am 14. Juli 1958 und der Herausbildung einer nationalen Bourgeoisie trägt der staatliche Sektor einen anderen Charakter und weist eine neue Entwicklungstendenz auf.

Die Entwicklung und Erweiterung des staatlichen Sektors im Irak wurde nach 1958 durch Wirtschaftspläne des Staates gelenkt. Das bedeutet, daß der Staat selbst neue Industriebetriebe errichtet hat. Diese Form war für die Weiterentwicklung des staatlichen Sektors charakteristisch.

Die weitere Entwicklung dieses Sektors nahm am 14.7.1964 eine andere zweite Form an, nämlich die Form der Verstaatlichung. Dadurch trat der industrielle Staatssektor im Irak in eine qualitativ neue Entwicklungsetappe ein, die u.a. dadurch gekennzeichnet ist, daß die Rolle des industriellen Staatssektors - und damit des gesamten staatlichen Wirtschaftssektors überhaupt - im Prozeß der Entwicklung der gesamten nationalen Volkswirtschaft wuchs und immer mehr wächst.

---

1) Vgl. K. Habib, "Studie über Probleme der industriellen Entwicklung im Irak", Bagdad 1972, S. 541 (arabisch)

Die Ausdehnung des staatlichen Sektors am 14.7.1964 ist durch die Verstaatlichung von 27 größten im Irak tätigen Industriebetrieben, deren Gesamtkapital 17,7 Millionen ID betrug, erfolgt.[1] Die Verstaatlichungswelle von 1964 umfaßte weiterhin einige auf dem Gebiet des Handels tätige Geschäfte sowie alle auf dem Gebiet des Versicherungs- und Bankwesens tätigen irakischen und ausländischen Institutionen.[2]

Diese Verstaatlichungsmaßnahmen führten u.a. dazu, daß

1. das gesamte Banken- und Versicherungswesen im Irak zum Staatssektor gehört; die Möglichkeit für das private Kapital, in diesen Wirtschaftsbereichen zu investieren, wurde genommen und
2. die Industriezweige für Zement, Asbest und Zigaretten ebenfalls nur dem Staatssektor gehören; es besteht ebenfalls keine Möglichkeit mehr, privates Kapital hier zu investieren.

Diese auf dem industriellen Gebiet durchgeführten Verstaatlichungsmaßnahmen haben also dazu geführt, daß sich der industrielle staatliche Sektor auf Kosten des privaten - d.h. sowohl des irakischen als auch des ausländischen - und des gemischten Sektors ausgedehnt hat, und zwar sowohl quantitativ, d.h. daß die Zahl der Industriebetriebe des Staatssektors um 27 erhöht, als auch qualitativ, d.h. daß die industriellen Bereiche des staatlichen Sektors breiter wurden.
In Folge der Verstaatlichungsmaßnahmen sowie der Errichtung von neuen Betrieben hat der Anteil des staatlichen Sektors am Brutto- und Inlandsprodukt um 16,1 Prozent

---

1) "Die provisorische Verfassung und die sozialistischen Gesetze", Al-Anui-Verlag, Bagdad (arabisch)
2) Die Verstaatlichung von 1964 betraf:
   1. einheimisches Privatkapital 18342ooo ID
   2. ausländisches Privatkapital 4555ooo ID
   3. staatlicher Anteil an halbstaatlichen Gesellschaften 3199oo ID

1969 gegenüber 1953 gestiegen, so daß der Anteil dieses Sektors 1969 27 Prozent der gesamten Inlandsproduktion betrug. Wenn man den Erdölsektor vom privaten Sektor ausschließt, verändert sich das Verhältnis zugunsten des staatlichen Sektors. So stieg der Anteil des staatlichen Sektors von 19,8 Prozent im Jahre 1953 auf 38,9 Prozent im Jahre 1969.[1)]

Um die gegenwärtige Struktur des staatlichen Sektors genauer zu erkennen, ist es notwendig, die oben genannten verstaatlichten Betriebe näher zu betrachten:

1. Betriebe, die dem industriellen Privatsektor angehörten. Hier muß man zwischen zwei Arten der Betriebe dieses Sektors unterscheiden, nämlich zwischen solchen, die nur durch das irakische Privatkapital und jenen, die durch die Zusammenarbeit des irakischen und des ausländischen Privatkapitals entstanden sind.
   Die Zahl der Betriebe, die nur vom irakischen Privatunternehmer gegründet wurden, betrug 18 Betriebe mit einem Kapital in Höhe von mehr als 9 Mio. ID, in denen 5736 Personen beschäftigt waren.

   Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über den Charakter und die Art dieser Betriebe:

Tabelle Nr. 1

Überblick über die am 14.7.1964 verstaatlichten, von dem irakischen Privatkapital gegründeten Betriebe

Betrieb	Art der Betriebe	Kapital 1ooo ID.[x)]	Zahl der Beschäftigten
1. Rafidain-Zement-Gesellschaft	AG	1.2oo	349
2. Euphrat-Zement-Gesellschaft	AG	2.139	33o

---

1) Vgl. Der erste Jahresbericht des Generaldepartements für Industrie (GDfI) für die Jahre 1964/65

x) ID = Irakischer Dinar

Fortsetzung der Tabelle Nr. 1

Betrieb	Art der Betriebe	Kapital 1ooo ID.	Zahl der Beschäftigten
3. Vereinigte Zement-Gesellschaft	AG	1.738	516
4. Irak. Gesell.f. Baumaterial	AG	325	273
5. Asbest-Ind.-Gesellschaft	AG	442	311
6. Fatah-Pascha-Gesellschaft f. Spinnerei u.Weberei	AG	645	55o
7. Irak. Teppich-Gesellschaft	GmbH	63	23
8. Kafil-Hussian-Reinigungsmittel-Betrieb	GmbH	65	53
9. Nord.Kornmühlen-gesellschaft	GmbH	283	9o
10. Techn. Mühlengesell.	AG	178	75
11. Rafidain-Mühlen und Handelsgesellschaft	GmbH	141	112
12. Damergie-Mühlengesell.	GmbH	7o	8o
13. Rafidain-Zigaretten-gesellschaft	AG	3oo	743
14. Ehliye-Zigaretten-gesellschaft	AG	3oo	61o
15. Abood-Zigaretten-gesellschaft	GmbH	12o	625
16. Vereinigte Zündwaren-gesellschaft	AG	288	23o
17. Vereinigte Gesell. f. Papierindustrie	AG	146	129
Insgesamt		8.445	5.o99

Quelle: Der erste und der zweite Jahresbericht des GDfI für die Jahre 1964/1965 und 1965/1966 (arabisch)

Die Zahl der Betriebe, die durch die Zusammenarbeit zwischen dem ausländischen und dem irakischen Privatkapital entstanden sind, betrug nur drei Betriebe mit einem Kapital von etwa 2.3oo Mio. ID, in denen 1174 Personen arbeiten.
Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über diese Art von Betrieben:

Tabelle Nr. 2

Betriebe	Art der Haft	Kapital (1ooo ID)	Zahl der Beschäftigten
1. Gesellschaft für Prod. von Baumwollkernen	GmbH	1.o51	637
2. Rafidain-Gesellschaft für Reinigungsmittel	AG	694	1o8
3. Irak. Bata-Gesellschaft	AG	521	429

Quelle: Der Jahresbericht des GDFI für 1964/65, Bagdad, 1965 (arabisch)

Es soll in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Verstaatlichung von 1964 nicht die ausländischen Monopole im Erdölsektor betraf. Das geschah erst 1972. So blieb die Struktur der Eigentumsform noch bis 1972 zugunsten des privaten Sektors erhalten.

2. Betriebe, die durch das Zusammenwirken des irakischen privaten Kapitals mit staatlichem Kapital entstanden, also der industrielle Gemischtsektor.
Die Zahl der Betriebe dieses Sektors, die durch ihre Verstaatlichung dem GDfI[1)], d.h. dem verstaatlichten Industrie

---

1) Der Leitungsapparat des verstaatlichten Industriesektors wurde am 14.7.1964 unter dem Namen "Das Generaldepartement für Industrie" durch das Gesetz der Wirtschaftsorganisation Nr. 98/1964 gegründet. Es umfaßt alle bestehenden rohstoffgewinnenden und verarbeitenden industriellen Institutionen, die verstaatlichten und solche, die in Zukunft entstehen werden, deren ganzes Kapital der Staat besitzt.

sektor unterstehen, betrug im Jahre 1964 sieben. Sie verfügten über ein Kapital in Höhe von 7,9 Mio. ID und über eine Beschäftigtenzahl von 47oo Personen. Diese Betriebe sind in der folgenden Tabelle enthalten:

Tabelle Nr. 3

Die am 14.7.1964 verstaatlichten industriellen Gemischtbetriebe

Betriebe	Kapital in (1ooo ID)	Zahl der Beschäftigten
1. Irak. Zementgesellschaft	2.625	647
2. Industriegesellschaft für Baumaterial	5oo	99
3. Irak. Spinn- und Weberei	1.2oo	2.311
4. Irak. Juteindustriegesell.	85o	5o9
5. Irak. Handels- u. Mühlenunternehmer d. Korngesell.	25o	5o
6. Gesellschaft f. Gewinnung pflanzlicher Öle	2.ooo	838
7. Nationale Lederindustriegesellschaft	5o1	246
Insgesamt	7.926	4.7oo

Quelle: Der erste Jahresbericht des GDfI 1965

Die Entstehung und Erweiterung des verstaatlichten Industriesektors erfolgte jedoch nicht nur durch die oben erwähnten Verstaatlichungsmaßnahmen allein. Das heißt, daß die erste Etappe der Entstehung des verstaatlichten Industriesektors ferner dadurch charakterisiert war, daß dem Schritt der Verstaatlichungen gleichzeitig der Erlaß bestimmter Gesetze folgte, die zur Schaffung eines Leitungsapparates für die von der Verstaatlichung erfaßten verschiedenen Bereiche führten. Eines dieser Gesetze sah die Bildung eines eigenen Leitungsapparates für jeden der verstaatlichten Wirtschaftsbereiche vor.[1] Daraufhin ent-

---

1) Der erste Jahresbericht des GDfI 1964/65 (arabisch)

stand das Generaldepartement für Industrie als eines der drei gegründeten Generaldepartements der Wirtschaftsorganisation.[1)]

Die zweite Etappe bzw. die Ausdehnungsetappe des staatlichen Sektors begann vier Monate später, nämlich am 14.11.1964, nachdem der Aufsichtsrat der Wirtschaftsorganisation den Zusammenschluß von zehn industriellen Staatsbetrieben und ihre Unterstellung unter das Generaldepartement für Industrie beschloß.

Die folgende Tabelle gibt uns Auskunft über die Struktur der zehn Betriebe des Staatssektors, die an das Generaldepartement für Industrie angeschlossen wurden.

Tabelle Nr. 4

Bezirk	Zahl d. Betriebe	Industriebereiche	Kapital 1ooo ID.	Beschäftigtenzahl
Mosul	2	Zement	6.7o4	6o7
	1	Zucker	2.8oo	419
	1	Spinnerei u.Weberei	3.753	1.6o3
Bagdad	1	Schneiderei	1.6oo	396
	1	Molkerei	1.688	5o3
	1	Watte f.medizinische Zwecke	25o	25o
Kerbella	1	Konserven	425	125
	1	Schuhe	56o	n.v.
Sulaymania	1	Zigaretten	52o	59o
Insgesamt	10		18.3oo	4.493

Quelle: Jahresbericht des GDfI 1967

---

1) Die Wirtschaftsorganisation umfaßt ferner: Das Generaldepartement für Versicherung und das GD für Handel. Ziel der Organisation ist die Beteiligung an der Entwicklung der Volkswirtschaft durch die wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen des staatlichen Sektors.

Es soll noch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß im Laufe der Jahre 1966-1967 und 1967-1968 noch neu errichtete staatliche Industriebetriebe an das GDfI angeschlossen wurden:

1. Generalgesellschaft für Geflügel
   Diese Gesellschaft nahm ihre Produktion erst im Verlaufe des Jahres 1967 auf. Während des Jahres 1968 wurde sie jedoch von dem Generaldepartement für Industrie losgelöst und an das neu gebildete Generaldepartement für landwirtschaftliche und tierische Produktion angeschlossen.[1)]

2. Generalgesellschaft für Schwefel und Gas
   Diese Gesellschaft wurde während des Jahres 1967 an das GDfI angeschlossen. Sie nahm ihre Produktion erst im Jahre 1968 auf.

3. Generalgesellschaft zur Herstellung von Medikamenten
   Sie wurde im Jahre 1967 an das GDfI angeschlossen und nahm ihre Produktion 1968 auf. Ihr Kapital beträgt 1o Mio. ID.[2)]

4. Generalgesellschaft für Kunstseide-Herstellung
   Sie wurde an das GDfI im Jahre 1967 angeschlossen. Ihr Kapital beträgt etwa 13 Mio. ID. Sie nahm ihre Produktion während des Jahres 1968 auf.[3)]

5. Generalgesellschaft für Strick- und Wirkwaren
   Sie nahm ihre Produktion während des Jahres 1966 auf. Ihr Kapital beträgt mehr als 2.183 Mio. ID.[4)]

6. Generalgesellschaft für elektrische Ausrüstungen und Geräte. Ihr Kapital beträgt 3 Mio. ID. Sie nahm ihre Produktion während des Jahres 1968 auf.[5)]

---

1) Gesetz Nr. 2/1968 des Generaldepartements für landwirtschaftliche und tierische Produktion, in "Comerce" Quarterly Magazine Issued by Baghdad Chamber of Commerce, Nr. 2/Juni 1968, S. 1o4-1o6 (arabisch)
2) Jahresbericht des GDfI für das Jahr 1968, S. 58
3) Ebenda, S. 87
4) Ebenda, S. 85
5) Ebenda, S. 1o3-1o4

Aus den oben erwähnten Betrieben geht deutlich hervor, daß sie über große Kapitalkonzentration verfügen. Andererseits wurden die gegenwärtigen Industriebereiche des staatlichen Sektors und damit die Bereiche des GDfI qualitativ erweitert, und zwar auf die chemische Industrie sowie bis 1968 noch nicht existierende elektronische Industrie. In erster Linie wurde die Textilindustrie sowohl quantitativ als auch qualitativ erweitert.

Aus den bisherigen Ausführungen setzt sich die Produktions- und damit die Leitungsstruktur des gesamten verstaatlichten Industriesektors wie folgt zusammen:[1)]

1. Erzeugnisgruppe für Baustoffindustrie,
2. Industriegruppe für Zigaretten und Lebensmittel,
3. Industriegruppe für Spinnerei und Weberei,
4. Industriegruppe für Bekleidung, Leder und Schuhe,
5. Industriegruppe für Chemikalien und
6. Industriegruppe für Elektroindustrie.

Trotz der Verstaatlichungsmaßnahmen von 1964 und der darauffolgenden Errichtung von neuen Industriebetrieben blieb der staatliche Sektor bis 1969 im Verhältnis zum privaten Sektor bei der Schaffung des Bruttosozialprodukts zurück.
Es ist darauf zurückzuführen, daß die Wirtschaftspolitik der irakischen Regierung seit 1958 nicht auf die Stärkung der Rolle und Bedeutung des Staatseigentums ausgerichtet war. Sie betrachteten den Staatssektor nicht als entscheidendes Instrument bzw. Fundament ihrer Wirtschaftspolitik zwecks der wirtschaftlichen Weiterentwicklung; sie räumten dem irakischen Privateigentum bzw. dem Privatsektor große Möglichkeiten ein, u.a, sich auch auf Kosten des Staatseigentums zu entwickeln.
Es muß noch in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Produktionsstruktur des verstaatlichten Industriesektors

---

1) Vgl., Gesetz Nr. 82/1969 über den Staatshaushalt der irakischen Republik, in "Commerce",Nr. 3/Sept. 1969, S. 82-87 (arabisch)

bzw. der neu errichteten Industriezweige ist stark durch die Betriebe bzw. Industriezweige der Konsumtionsmittelindustrie charakterisiert, die ihr Beitrag zur Effektivität der Volkswirtschaft bzw. zur Akkumulation unbedeutend ist.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über den Entwicklungsstand des staatlichen Industriesektors im Verhältnis zum privaten Industriesektor in der Zeit von 1965-1969:

Tabelle Nr. 5

große Betriebe x)

Jahr	Art d. Sektors	Zahl d. Betriebe	Wert d. verbraucht. Produktionsmaterialien (in 1ooo ID)	Wert d. realis. Produkte in 1ooo ID	Zahl d. Beschäftigten
1965	staatl.	158	35941	67543	33863
	privat	981	26299	43199	3972o
1966	staatl.	167	4oo29	71494	34731
	privat	1o4o	3o542	49897	41361
1967	staatl.	175	41554	77597	36554
	privat	1o87	36452	54821	4o794
1968	staatl.	182	43o32	813o5	3885o
	privat	1135	36763	552oo	4o618
1969	staatl.	187	36978	85298	39763
	privat	1197	36986	5576o	4o853

kleine Betriebe

1965	staatl.	-	-	-	-
	privat	25129	41923	6o464	5329o
1966	staatl.	-	-	-	-
	privat	25529	4494o	63893	52829

x) Nach der Statistik im Irak wird die Größe der Betriebe wie folgt erfaßt:
1. kleine Betriebe - weniger als zehn Beschäftigte
2. große Betriebe - mehr als zehn Beschäftigte
Die Aufteilung erfolgte nach Empfehlungen von UNO-Experten

Fortsetzung der Tabelle Nr. 5

Jahr	Art d. Sektors	Zahl d. Betriebe	Wert d. verbraucht. Produktions-materialien (in 1ooo ID)	Wert d. realis. Produkte in 1ooo ID	Zahl d. Beschäf-tigten
1967	staatl.	-	-	-	-
	privat	26245	53366	74682	565o9
1968	staatl.	-	-	-	-
	privat	26664	5o518	7o352	54488
1969	staatl.	-	-	-	-
	privat	26873	511o3	7o563	54513

Quelle: Ergebnisse der Industriestatistik für das Jahr 1969, Ministerium für Planung, Büro für Zentralstatistik, Bagdad 1971, S. 5,6,7 (arabisch)

Aus Tabelle Nr. 5 kann folgendes festgestellt werden:

1. Der private Sektor spielte bis 1969 noch die dominierende Rolle in der industriellen Tätigkeit des Irak.

2. Die Wachstumsrate der beiden Sektoren war in dem gegebenen Zeitraum im allgemeinen niedrig, wobei die Wachstumsrate im privaten Sektor höher lag als im staatlichen Sektor. Es ist aber dabei zu bemerken, daß der Wert der realisierten Produkte im staatlichen Sektor trotz der niedrigen Zahl der Betriebe bedeutend größer ist als der Wert derselben im privaten Sektor. Das ist vor allem auf die höhere Arbeitsproduktivität und Konzentration des Kapitals zurückzuführen. Während der größte Teil der Betriebe des privaten Sektors klein durch ihre einfache Technik und demzufolge niedrige Arbeitsproduktivität gekennzeichnet sind.

3. Aus dieser Tabelle geht weiter hervor, daß der Anteil des staatlichen Sektors am Bruttosozialprodukt 1969 39,3 % betrug, während sich der Anteil des Privatsektors im gleichen Jahr auf 6o,7 % belief.

Die dritte Etappe der Erweiterung des staatlichen Sektors, die nach 1969 begonnen hat, war besonders durch die Nationalisierung der Erdölmonopole und die Errichtung von neuen staatlichen Industriebetrieben im Rahmen des Entwicklungsplans 197o/1974 sowie die Monopolisierung des Außenhandels u.a. Maßnahmen, die den privaten Sektor einschränkten, gekennzeichnet.

Am 1. Juni 1972 proklamierte die irakische Regierung das Gesetz Nr. 69/1972 - die Verstaatlichung der IPC. Die Erdölförderung dieser Gesellschaft nahm 69 % der gesamten geförderten Erdölmenge des Irak ein.[1] Durch dieses Gesetz gelang es der irakischen Regierung, den Umfang der finanziellen Mittel für die Investitionen zu bestimmen. Das heißt, die Erhöhung der staatlichen Einnahmen nach der Nationalisierung führte zu einer Vergrößerung der Möglichkeit für die Industrialisierung des Irak bzw. zur Erweiterung des staatlichen Sektors. Denn die finanziellen Mittel sind für die Investitionen zu mehr als 9o Prozent von den Erdöleinnahmen abhängig.

Die dritte Etappe der Ausdehnung des staatlichen Sektors ist ferner durch die Errichtung von neuen Betrieben gekennzeichnet. Im Laufe der Jahre 197o-1974 wurden insgesamt elf Industriebetriebe aufgebaut bzw. erweitert.

Die folgende Tabelle gibt Auskunft über die Projekte, die im Rahmen des Planes 197o-1974 durchgeführt wurden.

---

1) Laut Gesetz Nr. 69/1972 wurden nur 75 % der Erdölmonopole nationalisiert. 1976 wurde die gesamte Erdölindustrie, d.h. zu 1oo %, nationalisiert.

Tabelle Nr. 6

Industriezweige	Jahr d. Errichtung	Gesamtkosten (in 1000 ID)	Provinz
1. Chemische Industrie			
a. Schwefelgewinnungsfabrik	1971	1075o	Kerkuk
b. Papierfabrik	1972	18ooo	Basra
c. Düngemittelfabrik	1972	11ooo	Basra
2. Medizinische Projekte			
Pharmazeutische Fabrik	1971	7ooo	Samarra
3. Lebensmittelindustrie			
a. Zuckerfabrik	1973	6ooo	Sulaimani
b. Erweiterung der Zuckerfabrik	1972	5ooo	Musel
4. Projekte der Baustoffindustrie			
Glasfabrik	1971	675o	Ramadi
5. Metall-Industrie			
Fabrik f. landwirtschaftl. Maschinen	1972	1o8oo	Iskandari
6. Projekte der Spinnerei und Webereiindustrie			
a. Reyon-Textil-Fabrik	1971	91oo	Hilla
b. Baumwolltextilienfabrik	1972	11oo	Kut
c. Erweiterung der Textil-Fabrik	1972	3ooo	Mosul

Quelle: Gesetz des nationalen Entwicklungsplanes 197o-1974, Ministerium für Planung, Bagdad, 197o, S. 18-2o (arabisch)

Die Errichtung von neuen Industriebetrieben im Rahmen des Wirtschaftsplanes 197o-1974 sowie die Nationalisierung des Erdölsektors führte dazu, daß die Rolle des industriellen Staatssektors im Prozeß der Entwicklung der gesamten

nationalen Volkswirtschaft erheblich gewachsen ist. In Folge dieser neuen Entwicklungsphase des industriellen Staatssektors hat sich das Verhältnis zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor zugunsten des Letzteren bedeutend verschoben.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des staatlichen Sektors in den verarbeitenden Industrien in der Zeit von 1969 bis 1974.

Tabelle Nr. 7

Jahr	Wert d. Produkt. i.Mio.ID.	%	Wert d. geschaff. Mehrpro. i.Mio.ID.	%	Zahl d. Beschäft. in 1000	%	Lohn-summe i.Mio.ID	%
1969	95,6	32,9	4o,3	39,1	44,1	3o,1	19,3	53,9
197o	1192,2	36,o	48,2	41,6	53,8	35,1	22,5	56,4
1971	148,6	39,4	57,o	43,9	64,8	37,9	26,8	59,3
1972	185,3	42,9	67,6	46,3	7o,o	39,o	3o,9	61,2
1973	231,1	46,4	8o,4	48,9	76,o	4o,3	35,6	63,o
1974	287,8	5o,o	95,2	51,3	83,o	41,8	4o,8	64,7

Quelle: Ministerium für Planung, "Die historische Entwicklung" (1964-1975), Bericht Nr. 1, Bagdad 1974 (arab.)

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die Entwicklung in der verarbeitenden Industrie eine steigende Tendenz aufzuweisen hat. So stieg der Wert der Produktion in diesem Sektor 1974 auf 192,2 Mio. ID. gegenüber 1969, d.h. um 17,1 Prozent und der Wert des geschaffenen Mehrprodukts auf 54,9 Mio. ID., d.h. um 12,2 Prozent.
Es muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die verarbeitende Industrie den wichtigsten Sektor (außer dem Erdölsektor) bei der Bildung des konstanten Kapitals darstellt. So betrug 1974 der Anteil dieses Sektors bei der Kapitalbildung 3o Prozent.

2.2. Struktur und Entwicklungsstand des Agrarsektors

Die Landwirtschaft spielt eine sehr wichtige Rolle im Rahmen des produktiven Bereichs der Volkswirtschaft im Irak. Die Landwirtschaft hatte bis 1972, d.h. bis zur Verstaatlichung des Erdöls, den Hauptanteil an der Erzeugung des Bruttosozialproduktes bzw. des Nationaleinkommens des Irak. Der Anteil der Landwirtschaft am gesellschaftlichen Gesamtprodukt betrug 1969 3o,26 Prozent.[1] Ihre wertmäßige Beteiligung bei der Schaffung des Nationaleinkommens betrug im gleichen Jahr 187 Millionen ID., d.h. 24 Prozent des gesamten erzeugten Nationaleinkommens, das 1969 78o Millionen ID. (einschließlich Erdölsektor) betrug.[2]

Der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte (Rohstoffe, Lebensmittel und tierische Produkte) an den gesamten Exporten des Irak belief sich im Jahre 1962 auf mehr als 94 Prozent und auf 71 Prozent im Jahre 1971.[3]

Das Territorium des Irak umfaßt 181 Mio. Donum[x], wobei die landwirtschaftliche Nutzfläche ca. 27,4 Prozent der Gesamtfläche, d.h. 48 Mio. Donum, ausmacht. Die Anbaufläche beträgt jährlich 23 Mio. Donum.[4] Davon liegt die Hälfte brach. Es werden im Grunde genommen nur 13 % der Gesamtfläche ausgenutzt.

Die Anbaufläche teilt sich wie folgt auf: [5]

---

1) Vgl. Kattab Al-Ani, "Die landwirtschaftliche Geographie des Irak", Bagdad 1972, S. 2 (arab.)
2) Ebenda, S. 3
3) Die historische Entwicklung 1964-1975, Ministerium für Planung, Bericht Nr. 1, Bagdad 1974, S. 74 (arab.)
4) Ebenda, S. 75
5) Bewertung des ökonomischen Wachstums des Irak, Ministerium für Planung, Bagdad, 1971, S. 4 (arab.)

x) Donum = 25ooo qm

Nutzungsarten	Fläche in 1ooo Donum
effektive Anbaufläche	1o 4oo
brachliegende Anbaufläche	11 2oo
Anbaufläche für Obst	5oo
Wiesen und Weiden	9oo
gesamte Anbaufläche	23 ooo

Die begrenzte Ausnutzung der Nutzfläche ist vor allem auf die halbfeudalen Produktionsverhältnisse zurückzuführen. Die Großgrundbesitzer hatten bis 1958 ca. 68 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, ihre Anzahl machte jedoch nur 2 % der Landbesitzer aus. Die übrigen nutzbaren landwirtschaftlichen Flächen waren Eigentum des Staates und wurden nicht genutzt. Das Eigentum an Grund und Boden war in der Landwirtschaft des Irak bis 1958 wie folgt aufgeteilt:[1)]

Tabelle Nr. 8

Flächenanteil	Zahl d. Besitzer	Fläche (in Donum)	Prozentualer Anteil d. Besitzer an der Zahl d. Landbesitzer	Prozentualer Anteil d. Fläche an d. ges. Fläche
weniger als 4 Donum	57958	73o55	34,438	o,31
4-3o Donum	56725	696889	33,695	2,99
3o-1oo "	3o119	167118	17,891	7,19
1oo-1ooo "	2o126	5o24736	11,956	21,54
1ooo-1oooo	3143	9o9o279	1,867	38,97
1oooo-5oooo	251	4554280	o,15o	19,52
5oooo-1ooooo	19	133410 2	o,o11	5,72
mehr als 1oooooo Donum	5	876913	o,oo2	3,76

---

1) Vgl. Katab Al-Ani, "Die landwirtschaftliche Geographie des Irak", Bagdad 1972, S. 121 (arab.)

Nach der Revolution im Jahre 1958 verabschiedete die neue Regierung ein Gesetz über die Bodenreform. Es war das Gesetz Nr. 3o, wonach das Eigentum an Grund und Boden mit 1ooo Donum pro Besitzer im Regengebiet und mit 2ooo Donum im künstlich bewässerten Gebiet eingeschränkt wurde. Diese Verteilung wurde jedoch als zu hoch eingeschätzt, was sich auch in dem geringen Teil der enteigneten Ländereien widerspiegelt. Die gesamte landwirtschaftliche Anbaufläche, die entsprechend dem Gesetz zu enteignen war, betrug 12 Mio. Donum. Dadurch behielten die Großgrundbesitzer ca. 5o % der Anbaufläche. Da das Gesetz den Großgrundbesitzern das Recht gab, sich ihre Fläche auszuwählen, verblieben die fruchtbarsten Flächen den Großgrundbesitzern.

Die Maßnahmen der Regierung bei der Durchführung der Bodenreform führten nicht zur grundlegenden Veränderung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. Damit wurde der wichtigste hemmende Faktor zur Entwicklung der Produktivkräfte nicht beseitigt. Das kommt darin zum Ausdruck, daß

- bis zum Juni 1968 die Regierung nur 7 Mio. Donum enteignete. Das heißt, innerhalb von zehn Jahren konnte die Regierung nur 58,3 % der vorgesehenen 12 Mio. Donum enteignen.
- Bis zum 31. Dezember 1969 3,2 Mio. Donum an landlose Bauern verteilt wurden. Das waren 26 % der zu enteignenden Anbaufläche von 12 Mio. Donum. Nur 57 177 Haushalten von 715 895 Haushalten in den ländlichen Gebieten wurde Land übergeben. Das heißt, 658 718 Haushalte[1] blieben ohne Grund und Boden und ihre Mitglieder waren gezwungen, unter den alten Verhältnissen bei den Großgrundbesitzern zu arbeiten.
  Das Bodenreformgesetz begrenzte das Eigentum pro Haushalt auf 3o bis 6o Donum in den künstlich bewässerten Gebieten und 6o bis 12o in den Regengebieten.

---

1) Bewertung des ökonomischen Wachstums im Irak, Ministerium für Planung, Bagdad 1971, Tabelle 36, S. 69

Dazu ist folgendes zu sagen: Angenommen, es würden durchschnittlich 6o Donum jedem Haushalt übergeben, so würden 658 718 Haushalte mehr als 39,5 Mio. Donum benötigen. Es stehen aber nur 9 Mio. zur Verteilung zur Verfügung, d.h. über 7o % der Haushalte müßten ohne Grund und Boden bleiben. Das bedeutet, die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung bleibt Landarbeiter - die alten Produktionsverhältnisse bleiben im wesentlichen bestehen.

Weiterhin beinhaltete das Gesetz Zahlungen, die durch die Bauern als Bodenpreis binnen 4o Jahren zu entrichten sind. Dazu muß der Bauer einen Zinssatz von 1 % jährlich und eine einmalige Summe als Bearbeitungsgebühren in Höhe von 1o % des Bodenpreises zahlen. Die überwiegende Mehrheit der kleinbäuerlichen Wirtschaften ist nicht in der Lage, Produktionsinstrumente, Düngemittel und Saatgut zu kaufen.
Deshalb arbeitete ein Teil dieser Bauern weiter bei den Großgrundbesitzern, ein anderer Teil nahm bei ihnen Kredite mit hohen Zinssätzen auf, wobei die Kredittilgung aus den Erträgen erfolgte.
Da die Großgrundbesitzer über die Produktionsinstrumente verfügen und die kleinbäuerlichen Wirtschaften sich keine anschaffen können, sank in den Gebieten, in denen die Bodenreform durchgeführt wurde, die Arbeitsproduktivität. Die folgende Tabelle zeigt die Eigentumsverhältnisse an Produktionsinstrumenten:[1)]

Art der Maschinen	Staatlicher Sektor	Großgrundbesitz	Gesamt
Traktoren	767	7 919	8 686
Mähdrescher	435	1 734	2 169
Pumpen	873	8 374	9 247

1) Die historische Entwicklung 1964-1974, Ministerium für Planung, Bericht Nr. 1, Bagdad 1974, S. 67 (arab.)

Nach Experteneinschätzung entsprach der Maschineneinsatz Anfang 1968 nur 1o % der für eine entwickelte Landwirtschaft benötigten Menge. Auf Grund dessen verloren die Bauern das Interesse an der Bodenreform. Es existierten keine Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die von dem Staat unterstützt werden konnten.
Das führte zur Zersplitterung der Produktionsmittel.
Der Staat gewährte den Einzelbauern auch keine Unterstützung, weder finanziell noch durch Maschinen und Düngemittel. Die Düngemittel wurden importiert. Die Bauern sind nicht in der Lage, diese Kosten zu tragen. Deshalb wurden nur geringe Mengen importiert, die Anwendung in den staatlichen Musterbetrieben fanden. In Folge dessen dominierten nach wie vor die stagnierenden Produktionsmethoden in der Landwirtschaft des Irak, was die Arbeitsproduktivität pro Mann und pro Hektar Land sehr niedrig hält und der Erhöhung des agrikolen Mehrprodukts im Wege steht.

Es ist noch in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß der Staat keine ernsthaften Schritte unternommen hat, um Pflanzenschädlinge zu bekämpfen. Die daraus entstandenen Verluste belaufen sich nach vorläufigen Schätzungen auf 1o Mio. ID. in der Produktion von Winterfrüchten und auf ca. 3 Mio. ID. in der Dattelproduktion sowie auf 44 % bei Mais, 4o % der Gemüseproduktion und 35 % der Tabakproduktion.[1)]

Vergleicht man diese Verluste mit den 1969 importierten landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die 34,7 Mio. ID.[2)] ausmachten, so sind die Verluste durch Schädlinge sehr beträchtlich. Alle diese genannten Gründe führten zum Absinken der Donumerträge, besonders bei so wichtigen Produkten wie Weizen und Gerste. Bei Reis ist eine steigende Tendenz zu erkennen, wie die folgende Aufstellung zeigt:[3)]

---

1) Die Rolle der Schädlinge in der landwirtschaftl. Produktion, Bericht der 1. Irak. Landwirtschaftskonferenz, Bagdad 1969, S. 1o (arab.)
2) Bewertung des ökonomischen Wachstums des Irak, a.a.O., II. Teil, S. 79
3) Ebenda, S. 46

(Erträge in kg/Donum)

Jahre	Weizen	Gerste	Reis
1962	171	236	336
1963	128	195	391
1964	124	142	421
1965	148	184	427
1966	119	178	411
1967	117	198	548
1968	169	191	566
1969	175	193	6o4

Es ist bemerkenswert, daß die gesamte Anbaufläche der genannten Erzeugnisse ca. 85,5 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Jahres 1968 betrug, und zwar mit folgenden Anteilen:[1)]

Weizen 49,2 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche
Gerste 33,2 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche
Reis 3,1 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche

Weizen und Gerste werden meistens nach dem Zwei-Neir-System[2)] angebaut, und zwar in den Regengebieten. Alle diese Faktoren führten zum Absinken der landwirtschaftlichen Produktion und infolgedessen sank auch die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf der Bevölkerung.

Im Jahre 197o verabschiedete die neue Regierung, die durch die Baath-Partei 1968 an die Macht kam, das Gesetz Nr. 117, das das Gesetz Nr. 3o von 1958 in wichtigen Punkten ergänzte und viele Mängel beseitigte. Es beinhaltete folgende Maßnahmen:

- Das maximale Eigentum an Boden wurde verringert.
- Die Entschädigung für die enteigneten Böden wurde aufgehoben.

---

1) Bewertung des ökonomischen Wachstums des Irak, a.a.O., S. 48
2) Das heißt, ein Teil der Anbaufläche bleibt jeweils 1 Jahr brachliegend.

- Die bei der Verteilung des Bodens angeordneten Zahlungen der Bauern wurden aufgehoben.
- Das Gesetz über die Gründung von Genossenschaften wurde verabschiedet.[1)]

Bis zum 31.12.1973 wurden drei Arten von Genossenschaften gegründet:[2)]

1. local agricultur co-operatives
2. joint agricultur co-operatives
3. collektiv farms

Die letzte Form der Genossenschaften ist ausschlaggebend für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, weil sie das kollektive Eigentum an Produktionsmitteln und die kollektive Organisation der Produktion beinhaltet. Ihre weitere Entwicklung ist von großer Bedeutung für die Konzentration der Produktion und die Effektivitätssteigerung der landwirtschaftlichen Produktion.
In Anwendung des Gesetzes Nr. 117/1970 wurden bis Anfang 1974 ca. 5,5 Mio. Donum enteignet, während für die Zeit von 1958 bis 31.5.1970 nur ca. 4,2 Mio. Donum enteignet wurden.[3)] Das ist eine weitere positive Auswirkung des obengenannten Gesetzes.

Trotz dieser positiven Entwicklungen bleiben die grundlegenden Probleme ungelöst, denn die überwiegende Mehrheit der Bauern bleibt ohne Boden. Selbst die regierende Baath-Partei hat in ihrem Bericht an den 8. Parteitag im Januar 1974 diese Tatsache bestätigt. Sie brachte zum Ausdruck, daß als Resultat dieses Zustandes die Ausbeutungsverhältnisse in den ländlichen Gebieten neue Formen annehmen werden.

---

1) Siehe Abschnitt 6.2. dieser Arbeit
2) Annual Abstract of Statistics 1973, Republic of Iraq, Ministry of Planning, S. 133
3) Ebenda, S. 126

2.3. Struktur und Entwicklungsstand des privaten Industriesektors

Neben dem staatlichen Sektor besteht im Irak ein umfassender Sektor der privaten Wirtschaft, der durch eine große Mannigfaltigkeit der Eigentumsverhältnisse und die Existenz halbfeudaler, vorbürgerlicher und kapitalistischer Formen der Produktion charakterisiert wird.
Die private Wirtschaft läßt sich wiederum in drei Sektoren untergliedern:

1. Sektor der nationalen Großbourgeoisie, die insbesondere im Grundbesitz, Bauwesen, Transportwesen sowie im Großhandel und im Wucherkapital vertreten ist;

2. Sektor der mittleren Bourgeoisie, der sich vor allem auf die Industrie erstreckt;

3. Sektor der kleinen Warenproduzenten, der außerordentlich vielschichtig ist und den man vor allem im Handwerk, Handel, Transportwesen sowie in den freien Berufen vorfindet. Dieser Sektor spielt wegen der großen Zahl seiner Einrichtungen sowie der darin Beschäftigten eine bedeutsame Rolle im Wirtschaftsleben des Irak.

Ausgehend von dem oben dargelegten Hauptmerkmal der Eigentumsverhältnisse in der privaten Wirtschaft im Irak können wir hierbei ableiten, daß das irakische nationale Privateigentum in Wirklichkeit nicht die Interessen einer, sondern verschiedener Schichten der irakischen Bourgeoisie, hauptsächlich die Interessen der industriellen Schicht, vertritt. Diese Interessen bestanden im allgemeinen in der Einschränkung der ökonomischen Positionen der ausländischen Monopole[1)] und Schaffung einer selbständigen nationalen Industrie unter ihrer Herrschaft.

---

1) Das ausländische monopolistische Privateigentum vertrat ausschließlich die Interessen der englischen und amerikanischen Monopole. Bis zur Verstaatlichung von 1964 besaß das ausländische Monopolkapital die bestimmenden Positionen in drei großen Industriebetrieben, nämlich: 1. Gesellschaft für Produktion von Baumwollkernen, 2. Rafidain-Gesellschaft für Reinigungsmittel und 3. Irak.Bata-Gesellschaft. Das Kapital dieser drei Betriebe betrug 1964 3,266 Mio. ID.

Die irakische nationale Industriebourgeoisie war im allgemeinen - sie ist es auch heute noch - Gegner des Monopolkapitals, das ihre Bestrebungen nach alleiniger Herrschaft über die nationale Industrie, aber auch die nationale Volkswirtschaft und Erzielung höchster Profite durchkreuzte.
Die Interessen und Bestrebungen der irakischen nationalen Industrieschicht sind aber isoliert voneinander, verfolgen keine einheitlichen Ziele. Diese Interessen prägen die Art und Weise der Leitung und Lenkung der Privatbetriebe.

Obwohl die entscheidenden wirtschaftlichen Kommandohöhen in den Händen des Staates konzentriert sind und die Wirtschaftspolitik der Regierung auf die weitere Stärkung des staatlichen Sektors in seiner führenden Stellung orientiert ist, so verfügt doch der private Wirtschaftssektor nach wie vor über bedeutende ökonomische Positionen und übt erheblichen Einfluß auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung aus.
Bis 1969 spielte der private Sektor die entscheidende Rolle bei der Schaffung des Bruttosozialprodukts (sein Anteil betrug Ende 1968 ca. 6o,6 Prozent).[1] Die vorhandenen kleinen Industriebetriebe (bis zu 1o Beschäftigten) befinden sich fast alle in den Händen der privaten Unternehmer. Sie machen 69,6 Prozent der gesamten Industriebetriebe aus, errangen 45 Prozent des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und 4o Prozent des "Industrialautputs".[2]
Die Zahl der privaten Industriebetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten wird vom Central Bureau of Statistics (1968) mit 26664 und ihre Arbeitnehmerzahl mit 54488 angegeben. Die Verkaufserlöse der kleinen Betriebe betrugen 1968 7o,3 Mio. ID. gegenüber 55,2 Mio. ID. der Mittel- und Großbetriebe, deren Beschäftigungszahl in dem selben Jahr 4o 618 betrug.[3]

---

1) Vgl. Bewertung des ökonomischen Wachstums im Irak. Ministerium für Planung, Bagdad 1971, S. 445 (arab.)
2) Ebenda, S. 457
3) Büro für Zentralstatistik, Ministerium für Planung, Bagdad 1971, S. 5,6,7 (arab.)

Die folgende Tabelle zeigt den Entwicklungsstand des privaten industriellen Sektors in den Jahren 1965, 1968 und 1971

Tabelle Nr. 9

Industriezweige	1965 Zahl d. Betriebe	1965 Wert d. Produktion (in 1000 ID)	1965 Zahl d. Beschäft.	1965 Durchschnittl. Arbeitsprodukt je Arbeiter (in ID)	1968 Zahl d. Betriebe	1968 Wert d. Produktion (in 1000 ID)	1968 Zahl d. Beschäft.	1968 Durchschn. AP je Arbeiter (in ID)	1971 Zahl d. Betriebe	1971 Wert d. Prod. in 1000 ID	1971 Durchschn. AP je Arbeiter in ID
Lebensmittel-, Getränke und Tabakindustrie	3751	43036	23226	1853	3956	50856	23358	2177	4183	58965	2778
Textil-, Bekleid. u. Lederindustrie	6714	24272	17728	1369	7221	31286	19444	1609	7786	39628	1976
Papier u. Druckereiindustrie	320	3239	3788	855	211	3028	4210	719	193	3108	783
Chemische Indust.	39	1195	581	2057	84	3211	1241	2588	112	5138	3083
Eisen, Stahl u. Metallwaren sowie Maschinen-Industrie	3456	13344	25494	5273	3305	15819	24463	2072	3203	17628	3128
holzverarbeitende Industrie	2856	4429	6066	730	2937	5291	5801	912	2985	6392	1126
Reparaturbetriebe	5084	4254	10616	407	5951	4412	10541	418	6862	4634	423
Färberei und Reinigungsbetriebe	145	209	166	1259	143	77	167	461	68	73	513
sonstige Industrie	3745	9685	5315	1822	3991	11572	5881	1967	4183	13697	2117
insgesamt:	26110	103663	92980	15625	27799	125552	95106	12923	29575	149273	15927

Quelle: Bewertung des ökonomischen Wachstums im Irak ...
Bagdad 1971, Ministerium für Planung, S. 458

Aus Tabelle Nr. 9 geht folgendes hervor:

1. Daß der private industrielle Sektor im allgemeinen eine langsame Entwicklung aufzuweisen hat. Diese Erscheinung ist vor allem auf die Verstaatlichungsmaßnahmen von 1964 zurückzuführen. Daraus ergab sich eine neue Tendenz in der Entwicklungsrichtung des privaten industriellen Sektors, nämlich in der Errichtung von kleinen Betrieben und bestimmten Industriezweigen, die von eventuellen Verstaatlichungsmaßnahmen in der Zukunft nicht betroffen werden.

2. Ein weiteres wichtiges Merkmal des privaten industriellen Sektors besteht darin, daß der in diesem Sektor geschaffene Mehrwert überwiegend aus bestimmten Industriezweigen, nämlich Nahrungsmittel-, Getränke-, Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, stammte.
In der Nahrungsmittelindustrie waren zum Beispiel 1969 durchschnittlich 318 Unternehmen tätig, die jeweils mindestens zehn Arbeiter beschäftigten. Der Umsatz dieser Branche belief sich im gleichen Jahr auf 48 Mio. ID. Dies entsprach 25 Prozent des Gesamtumsatzes aller im Irak tätigen Mittel- und Großbetriebe. Die Nahrungsmittelindustrie beschäftigte in diesem Jahr etwa 17 600 Arbeiter bei insgesamt 137 956 Industriearbeitern.[1)]

   Die oben genannten Industriezweige des privaten Sektors weisen also eine steigende Tendenz sowohl in dem Wert der Produktion als auch in der Zahl der Betriebe auf. Die Gründe für diese stetige Entwicklung liegen vor allem darin, daß die Wirtschaftspolitik des Staates darauf gerichtet ist, diese Wirtschaftsbereiche des privaten Sektors zu fördern. Der Staat unterstützt die Entwicklung und die Erweiterung dieser Industriezweige durch Gewährleistung von Krediten sowie durch bestimmte Erleichterungen bei der Erteilung der Importlizenzen für die Bereitstellung der Rohmaterialien und Maschinen, die für diese Industriezweige benötigt wird.

---

1) Iraqi Federation of Industrie, in Al- Sinai Nr. 3 Dez. 1971, Bagdad (arabisch)

Allein im Jahre 1971 erteilte das zuständige Industrieministerium Genehmigungen für die Errichtung von 41o privaten Industrieprojekten mit einem Kapital von 19 Mio. ID. Hierzu gehörten 215 Betriebe der Lebensmittelindustrie, 185 der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie 6o Betriebe der Leder- und Plastik-Industrie.[1)]
Für die Förderung der privaten Industrieprojekte hat die staatliche industrielle Bank in den Jahren 1964-1972 Kredite in Höhe von 6,o63 Mio. ID gewährleistet.[2)]

3. Aus der Tabelle Nr. 9 kann man weiterhin feststellen, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität pro Arbeiter um 3o2 ID. im Jahre 1971 gegenüber 1965 gesehen relativ niedrig ist. Das ist vor allem auf die Rückständigkeit der Produktivkräfte zurückzuführen.
In diesem Zusammenhang muß jedoch erwähnt werden, daß die Arbeitsproduktivität in den privaten Industriebetrieben 1968 um 18 Prozent gestiegen ist, während der Arbeitslohn nur um 1,4 stieg, denn der durchschnittliche Arbeitslohn betrug 1965 144 ID., d.h. 12 ID. monatlich und im Jahre 1968 auf 146 ID. anstieg, d.h. etwa 12,2 ID. monatlich. Dies besagt, daß die Löhne im privaten Sektor sehr niedrig sind, besonders wenn man sie mit den Löhnen im staatlichen Sektor vergleicht.[3)] Der durchschnittliche Jahreslohn im staatlichen Sektor lag zum Beispiel im Jahre 1965 bei 3o4 ID. und stieg bis 1968 auf 349 ID., d.h. um 14,8 % gegenüber 1965, an, wobei zu bedenken ist, daß die Arbeitsproduktivität pro Arbeiter im staatlichen Sektor nur um 4 % gestiegen ist.[4)]

---

1) Industrieministerium, Unsere Errungenschaften im Jahre 197o-1971, S. 129-131, Bagdad 1972 (arabisch)
2) Vgl. Die historische Entwicklung (1964-1975), Ministerium für Planung, Dokument Nr. 1o, Bagdad 21.5.1974, S. 131
3) Vgl. Kadum Habib, Studie über die Probleme der industriellen Entwicklung im Irak, Bagdad 1972, S. 554 (arabisch)
4) Ebenda, S. 565

4. Bei einigen Industriezweigen des privaten Sektors, wie zum Beispiel bei Papier und Druckereiindustrie sowie bei einigen Betrieben der Metallwaren und Maschinenindustrie, ist ein beachtlicher Rückgang der Zahl der Betriebe sowie ihr Produktionsumfang zu verzeichnen. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in der Umwandlung eines Teils dieser Betriebe in den staatlichen Sektor sowie in den Maßnahmen der Regierung, die privaten Kapitalsinvestitionen in diesen Wirtschaftszweigen einzuschränken.

   Bei der Eisen- und Stahlindustrie ist eine gewisse Konzentration der Produktion zu bemerken; denn trotz des Rückgangs der Zahl der Betriebe ist der Wert der Produktion in bestimmtem Maße gestiegen.

   In den Grundzügen der Entwicklungskonzeption der irakischen Regierung kommt zum Ausdruck, daß bei der Herstellung richtiger Beziehungen zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor man davon ausgehen muß, daß sie auf lange Zeit nebeneinander existieren werden und der private Sektor in dem wirtschaftlichen Aufbau eine gesicherte Perspektive findet. Es ist die Aufgabe des Staates, diese Entwicklung bewußt zu lenken und zu kontrollieren.[1)]

---

1) Siehe dazu, Die historische Entwicklung (1964-1975), Ministerium für Planung, Dokument Nr. 1o, Bagdad 1975, S. 113

3. Die Entwicklung des staatlichen Sektors im Rahmen der Entwicklungspläne (1965 - 1974)

3.1. Die Notwendigkeit der Planung für die Entwicklung

Hauptinstrument zur Durchführung der Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen der Entwicklungsländer und damit auf der Grundlage der Mehrsektorenwirtschaft ist zur Zeit noch immer die direkte ökonomische Regulierung über die Finanzierung ausgewählter Entwicklungsprojekte oder die indirekte Beeinflussung über die Steuer-, Preis-, Geld- und Währungspolitik.
Die Notwendigkeit der Planung als Instrument zur Lösung des Entwicklungsproblems besteht darin, daß unter den Verhältnissen des Nebeneinanderbestehens mehrerer Produktionsweisen, unter den Bedingungen eines allgemein niedrigen Entwicklungsstandes des Binnenmarktes und beim Vorhandensein wesentlicher Unterschiede im Anteil der einzelnen Sektoren und Wirtschaftszweige an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die Einwirkung des Marktmechanismus und damit der spontanen, den Produktionsprozeß regulierenden Kräfte nur schwach ist.
Die inneren spontanen Kräfte erweisen sich unzureichend, um vom Standpunkt des ökonomischen Wachstums im gesamtnationalen Maßstab eine optimale Verteilung der Arbeitskräfte-, Finanz- und Materialressourcen zu gewährleisten.
In den Entwicklungsländern ist somit die Notwendigkeit zur Einführung von Planungsmethoden als Mittel zur Realisierung der Wirtschaftspolitik und durch die gesamte Wirkung vieler Faktoren und durch die Verhältnisse ihrer Entwicklung bedingt. Mit anderen Worten: Der Übergang der überwiegenden Mehrzahl der Entwicklungsländer zu Elementen der Planmäßigkeit bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft ist in der gegenwärtigen Etappe die Widerspiegelung einer objektiven Notwendigkeit.
Die regierende Baath-Partei erkannte in zunehmendem Maße die bedeutende Rolle einer Planwirtschaft.

Im politischen Bericht des VIII. Parteitages der irakischen Baath-Partei heißt es dazu: "Die Planung nimmt beim Aufbau der nationalen Volkswirtschaft in all ihren Bereichen eine zentrale Stellung ein. Sie bestimmt die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung entsprechend den nationalen Erfordernissen. Sie ist gleichzeitig eine dringende Notwendigkeit für die Schaffung der materiellen Basis, die den Übergang zum 'Sozialismus' beinhaltet, sowie für alle anderen sozialen Maßnahmen. Ohne Planung ist es unmöglich, für eine proportionale und stetige Entwicklung der nationalen Wirtschaft und ihrer Zweige zu sorgen. Insbesondere ist es für die Entwicklungsländer mit ihrer niedrigen Arbeitsproduktivität undenkbar, ein umfassendes und proportionales Wirtschaftswachstum ohne Planung zu schaffen."[1)]

---

1) The Political Report Adopted by the Eight Regional Congress of the Arab Baath Socialist Party-Iraq. January 1974, S. 15o

3.2. Leitungsstruktur der Planung im Irak

Die Revolution vom Juli 1958 bedeutete in erster Linie die Erringung der politischen Selbständigkeit für den Irak. Diese grundlegende Umwälzung führte ihrerseits zu fortschrittlichen politischen und sozialökonomischen Veränderungen, die sich jedoch im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse vollzogen haben.
Die durchgeführten Maßnahmen und die erlassenen Gesetze, die eine unterschiedliche Rolle - je nach dem wirtschaftlichen Bereich - gespielt haben, wurden von der neu an die Macht gekommenen nationalen Bourgeoisie mit dem Ziel in Angriff genommen, die alten einer normalen und schnelleren industriellen Entwicklung und damit gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entgegenwirkenden Faktoren zu beseitigen bzw. ihre Einflüsse zu mildern.
Alle hierbei getroffenen Maßnahmen und unternommenen Anstrengungen seitens der nationalen Bourgeoisie waren eine Anpassung an die neuen Klassenveränderungen der Macht und die daraus resultierten neuen politischen und sozialökonomischen Standpunkte.
Diese Maßnahmen umfaßten die gesamten ökonomischen Bereiche und Ebenen. Das heißt gleichzeitig, daß durch die verschiedenen Maßnahmen des Staates sowohl das gesamte als auch das staatliche Leitungssystem ununterbrochen beeinflußt wurde. Diese Veränderungen wurden durch das Gesetz Nr. 74/1959 herbeigeführt, das entscheidend zur Reorganisierung des Leitungssystems der nationalen Volkswirtschaft diente, entsprechend den Vorstellungen des neuen bürgerlichen Staates. Als Folge dieses neuen Gesetzes der Exekutive Nr. 74/1959 wurde das Development Board und das Ministry of Development aufgelöst. An ihrer Stelle wurde das Planungsministerium geschaffen, das das Leitungs- und Planungssystem qualitativ entwickelt hat.[1)]

---

1) Siehe: Gesetz der Exekutive der irakischen Republik Nr. 74/59 in: Gesetzblatt Nr. 164 vom 4.5.1959 (arab.)

Ihm wurde die Hauptaufgabe gestellt, den ausführlichen Wirtschaftsplan (den Fünfjahrplan) sowie die Planungsbilanzen der Hauptprojekte aufzustellen, wobei es nach den Hinweisen des Ministerrates sowie des wirtschaftlichen - neugegründeten - Planungsrates arbeitet.
Der neu gebildete Planungsrat hat u.a. die Aufgabe, den ausführlichen Wirtschaftsplan zu überarbeiten und ihn dem Ministerrat zwecks Bestätigung zu unterbreiten.

Das Planungsministerium übt seine allgemeinen umfangreichen Aufgaben über sieben verschiedene Fachdirektionen aus.[1] Es sind:

1. Direktion der Wirtschaft: Ihre Aufgaben bestehen hauptsächlich darin, den vorgeschlagenen Plan zu überprüfen, die Durchführung des festgelegten Planes zu überwachen sowie bei der Realisierung des Planes aufgetretene Probleme zu analysieren und für deren Beseitigung die notwendigen Vorschläge zu unterbreiten.
2. Direktion der Landwirtschaft: Ihr wurde die Aufgabe gestellt, einen Planvorschlag über die Entwicklung der Landwirtschaft und die Steigerung der Produktivität zu unterbreiten.
3. Direktion der Industrie: Ihre Aufgabe besteht vor allem in der Unterbreitung eines Planvorschlages über alle für die industrielle Entwicklung des Landes erforderlichen Maßnahmen.
4. Zentralbüro für Statistik: Sammlung aller für den Plan benötigten Informationen, Kennziffern und Statistiken, deren Analyse sowie periodische Berichterstattungen.
5. Direktion für Transport- und Verbindungswesen
6. Direktion für Gebäude und Sozialdienste
7. Direktion für Ausbildung und Erziehung

---

1) Siehe: M. Mahmud AL-Imam, Entwicklung der Planungsapparate im Irak, Bagdad 1972, S. 3o (arabisch)

Neben dem Planungsministerium wurde durch das Gesetz 74/59 das Industrieministerium[x] geschaffen, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Industrialisierung des Landes sowie die industrielle Tätigkeit sowohl des privaten als auch des staatlichen Sektors zu leiten. Die Verwirklichung der in dem Plan vorgesehenen Industrieprojekte obliegt ebenfalls dem genannten Ministerium.

Um diesem neugegründeten Leitungsorgan der nationalen Industrie - und damit dem entscheidenden Bestandteil der Volkswirtschaft - die Ausübung seiner vielfältigen Tätigkeiten zu ermöglichen, wurden ihm gleichzeitig wichtige untergeordnete Organe unterstellt.[xx] Dadurch wurde zum ersten Male ein staatliches zentrales Leitungsorgan geschaffen, das für die folgenden Hauptbereiche der verarbeitenden Industrie, ausschließlich der Erdölindustrie, heute noch verantwortlich ist, und zwar für:

1. die Industrialisierung des Landes,
2. die Leitung des staatlichen Industriesektors und damit seiner einzelnen Betriebe bzw. Einrichtungen und
3. Förderung des privaten - einschließlich des gemischten - Industriesektors.

---

x) Neben dem Planungsministerium und Industrieministerium wurden noch folgende Ministerien gegründet: Handelsministerium, Erdölministerium, Bodenreformministerium, Bau- und Wohnungsbauministerium.

xx) Es sind u.a. Generaldirektion für Industrie, Abteilung für Metallurgie, Industriebank sowie Verband Irakischer Industrieller.

3.3. Der Fünfjahrplan (1965 - 1969)

3.4. Phasen der Anwendung des Planungssystems

Die Beteiligung des Staates an der wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen der Entwicklungspläne ist durch drei historische Phasen gekennzeichnet.

Die erste Phase begann Anfang 1950 mit der Gründung der Development Board. (Die Gründung der Development Board wurde von der Weltbank empfohlen.) Die meisten Investitionen des Development Board waren für bestimmte Wirtschaftsbereiche, überwiegend für den unproduktiven Bereich, in erster Linie für die Infrastruktur bestimmt.

Die zweite Phase der Durchführung der Entwicklungsvorhaben begann nach der Revolution von 1958. Es fand eine radikale Neuorganisation des mit der wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigten Apparates statt. Wir bezeichnen diese Phase als Übergangsperiode zur direkten Intervention des Staates, die eine vorübergehende Experimentierperiode benötigte, um den Weg von vorsichtiger Orientierung bis umfassender Planung durchzugehen.

In dieser Periode wurde die ökonomische Tätigkeit des Staates intensiviert, der staatliche industrielle Sektor gestärkt, wodurch eine industrielle Basis, vorwiegend aus Leichtindustrien geschaffen, die Stufe partieller Planung durchgingen. Der provisorische Wirtschaftsplan vom 1.1.1960 bis zum 31.3.1962 sowie der (ausführliche) Fünfjahrplan stellten diese Übergangsperiode dar. Die in dieser Phase verwendete Planungsmethode entsprach der in ihr durchgeführten Investitionspolitik; somit führte die Aufstellung einzelner Entwicklungsprojekte zur Verwendung der Projekt-Planung, nicht aber der Entwicklungsplanung, die sich mit integrierten Entwicklungsprogrammen beschäftigt.

Der Fünfjahrplan (1965-1969) stellte die dritte Phase der Entwicklungspolitik des Staates dar.

Zum ersten Male wurde ein umfassender Fünfjahrplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Irak durch das Gesetz Nr. 78 des Jahres 1965 am 1.7.1965 in Kraft gesetzt. Die Ziele dieses Planes sind im allgemeinen von den Zielen des Fünfjahrplanes (1961 - 1965), die zum größten Teil nicht realisiert wurden, abgeleitet worden.

3.5. Ziele des Fünfjahrplanes (1965 - 1969)

Der Plan zielte darauf ab, den Lebensstandard durch Steigerung des Wirtschaftswachstums im Verhältnis von jährlich 8 %, in Anbetracht der erwarteten Bevölkerungszuwachsrate von durchschnittlich 2 % pro Jahr, anzuheben.
Gleichzeitig wird eine ausgeglichene Erweiterung der Wirtschaftsstruktur durch Diversifizierung der Produktion angestrebt, um die Abhängigkeit von den Öleinkünften als Devisen- und Einkommensquelle zu verringern. Dieses Ziel erfordert die Ausweitung der Produktionskapazität und einen höheren Beitrag der Hauptsektoren der Wirtschaft (Industrie und Landwirtschaft) zum Nationaleinkommen, gleichzeitig auch eine Exportsteigerung (außerhalb des Erdölsektors) und die Ersetzung eines Teiles der Importe durch heimische Erzeugnisse.
Der Plan beabsichtigte, die Landwirtschaft jährlich um 7,5 % und die Industrie um 12 % weiterzuentwickeln.
Die Erhöhung der Produktivität der menschlichen Arbeitskraft durch Investitionen innerhalb des Bereiches (Gesundheit und Erziehung) stand ebenfalls im Mittelpunkt des Planes. Der Plan verbindet die zu einem raschen Wirtschaftswachstum führenden Maßnahmen mit denen, die eine kurzfristige Stabilität der Wirtschaft gewährleisten sollen.
Der Plan strebt die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen einer Erhöhung der Staatsausgaben und einer Steigerung der Gesamtproduktion an, um kurzfristige Schwankungen auszuschalten, die eine wirtschaftliche Entwicklung behindern könnten. Der Plan sieht außerdem Schritte vor, um das Anwachsen eines inflationären Drucks zu kontrollieren, der zu einer ungewöhnlichen Preissteigerung führen könnte.
Der Plan hat noch zum Ziel, daß während der Planperiode 261 ooo Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden sollen.

Im Bereich der wirtschaftlichen Integration zieht der Plan die Möglichkeiten der Errichtung eines gemeinsamen arabi-

schen Marktes hinsichtlich der Auswahl der Produktionsvorhaben und ihrer Kapazitäten in Erwägung.
Der Plan strebt weiterhin an, die Einkommensverteilung zugunsten der armen Bevölkerungsschichten zu verändern. Dieses Ziel würde man durch bewußte regionale Verteilung der Investitionen erreichen, wodurch die Einkommensunterschiede zwischen der Landbevölkerung und der Stadtbevölkerung verringert werden kann.

3.6. Die sektorale Aufteilung des Planes und die Wahl der Projekte

Gemäß Art. 2 des Plangesetzes Nr. 87 sollten 643,o59 Mio. ID. für Projekte des Fünfjahrplanes bereitgestellt werden, wobei es sich ausschließlich um Entwicklungsvorhaben handelt.
Für die Rückzahlung früherer Anleihen und Schuldendienste sowie Kosten für neu zu vereinbarende Anleihen, ist eine Summe von insgesamt 25 Mio. ID vorgesehen. Somit beläuft sich der veranschlagte Ausgabenrahmen für die Planperiode auf insgesamt 668,o59 Mio. ID.
Man geht zunächst davon aus, daß die Gesamtinvestitionen des staatlichen und privaten Sektors während der Planperiode 821 Mio. ID betragen werden. 22 % der geplanten Investitionen entfallen auf den Privatsektor, wobei allein 141 Mio. ID der 181 Mio. ID für Wohnungsbauvorhaben vorgesehen sind, während die Privatinvestitionen in der Landwirtschaft auf 12 Mio. ID und in der Industrie auf 5 Mio. ID geschätzt wurden.
Sowohl die Privatinvestitionen als auch die halbstaatlichen Investitionen wurden nicht weiter in den Entwicklungsplan einbezogen, so daß im Plan nur Projekte enthalten sind, die von der Zentralregierung durchgeführt und finanziert wurden.[1)]
Die Einnahmen wurden in diesem Zeitraum gemäß Art. 4 des Plangesetzes auf 561,167 Mio. ID geschätzt.
Die Haupteinnahmen stammen hauptsächlich aus dem Anteil des Planes an den Royalities, die mit etwa 39o Mio. ID, d.h. 69,5 % der Gesamtinvestitionen geschätzt werden.[2)]
Ausländische Anleihen sollen nicht in größerem Umfang als 12 % des Gesamtbetrages der staatlichen und privaten Investi-

---

1) Vgl.: Ergebnisse der Entwicklungspläne im Irak (1951-1971), Planungsministerium, Bagdad 1972, S. 68-7o (arabisch)
2) Vgl.: Ergebnisse der Entwicklungspläne im Irak, a.a.O., S. 73

tionen zur Finanzierung herangezogen werden. So wurde daher entschieden, die Finanzierung durch Auslandsanleihen auf 95 Mio. ID zu begrenzen.

Die Vorstellungen des Planes über die Anteile der verschiedenen Sektoren an den Gesamtinvestitionen wird in der folgenden Tabelle vermittelt:

Tabelle Nr. 10: Sektorale Verteilung der Investitionen

Sektoren	Bereitstellungen (in 1ooo ID)	in v. H.
Landwirtschaft	173 56o	26,o
Industrie	187 2oo	28,o
Transport und Verbindung	11o o6o	16,5
Bauwesen und Sozialdienste	134 769	2o,2
Planung, Statistik und Überwachung	2 47o	o,4
Produktive Vorhaben des Verteidigungsministeriums	35 ooo	5,2
Internationale Verpflichtungen	25 ooo	3,7
Insgesamt:	668 o59	1oo,o

Quelle: Die historische Entwicklung im Irak (1964-1975) Planungsministerium, Bericht Nr. 1, Bagdad 1974, S. 18 (arabisch)

Wie aus Tabelle 1o ersichtlich ist, wurde ein unterschiedliches Wachstum der einzelnen Wirtschaftssektoren angestrebt.
Es sollte im industriellen Sektor bei einer Gesamtbereitstellung von etwa 187 Mio. ID eine jährliche Wachstumsrate von 12 % erzielt werden und in der Landwirtschaft bei

einer Gesamtbereitstellung von ca. 173 Mio. ID eine Wachstumsrate von 7,5 % im Jahr realisiert werden.

Die folgende Tabelle vermittelt die Vorstellungen des Planes über das geplante Wachstum der Hauptwirtschaftssektoren von 1964 bis 1969:

Tabelle Nr. 11: Geplantes Wirtschaftswachstum von 1964-196
(Werte in Mio. ID)

Sektoren	Wertschöpfung 1964	Jährl. Wachstumsrate %	Zunahme d.Wertschöpf.	Wertschöpf. 1969	Anteil d Sektoren a.d. Wert schöpfun % 1964	19
Industrie	7o	12,o	5o	12o	11,9	13
Landwirtschaft	11o	7,5	48	158	18,6	18
Bauwesen	3o	8,o	15	45	5,1	5
Transport und Verbindungswesen	48	7,4	2o	68	8,1	7
Dienstleistungen	5o	1o,o	3o	8o	8,5	9
Öffentliche Verwaltung und Verteidigung	7o	8,o	32	1o2	11,9	11

Quelle: Die historische Entwicklung im Irak (1964-1975), Planungsministerium, Bericht Nr. 1, Bagdad 1974, S. 22 (arabisch)

Hinsichtlich der Entwicklung des industriellen staatlichen Sektors im Rahmen des Entwicklungsplanes, sowie der Wahl der durchzuführenden Projekte, ging man zunächst davon aus, daß die Schaffung einer breiten industriellen Basis, in der die Industriezweige der Leichtindustrie für die Import-Substitution im Mittelpunkt stehen, als unaedingbare Notwendigkeit betrachtet wird, um die Entwicklung aller üb-

rigen Sektoren vorantreiben zu können.[1)]

Was die Verwirklichung dieser Konzeption anbelangt, so sollten die in dem Fünfjahrplan 1965 - 1969 festgelegten Industrieprojekte etappenweise durchgeführt werden, und zwar in zwei Etappen:
Die erste Etappe sieht vor, daß sich die Industrialisierung weitgehend und in erster Linie auf die Produktion von Konsumgütern sowie Halbfabrikaten (d.h. Grundstoffindustrie) konzentrieren wird. ... wie z.B. Zement, einige Erdölprodukte sowie Lebensmittel.[2)]
Dagegen wird die zweite Etappe der Planerfüllung dadurch gekennzeichnet, daß sie die Petrolchemische Industrie zum Ziel hat, wie zum Beispiel Petrolchemie, Plasteindustrie, Düngemittel usw.[3)]

Das bedeutet, daß der Fünfjahrplan in erster Linie ein Entwicklungsplan der Leichtindustrie bzw. der Konsumgüterindustrie ist, wobei den Industriezweigen der Grundstoff- bzw. der Petrolchemischen Industrie nicht die entscheidende Aufmerksamkeit gewidmet wurde.[4)]

Die folgende Tabelle beweist diese Tatsache:

---

1) Vgl.: Z. Schahad, "Die wirtschaftliche Entwicklung und die Industrialisierungspolitik Iraks", Bagdad 1966, S. 13 (arabisch)
2) "Die ausführliche Begründung des Fünfjahrplans 1965-69" in: The Economist, Nr. 3-4/1966, S. 42 (arabisch)
3) Ebenda, S. 161
4) Vgl. Dr. I.M. Haschim: "Die Planung der Volkswirtschaft Iraks zwischen Bereitstellung und Verwirklichung", Bagdad 1969, S. 17-19 (arabisch)

Tabelle Nr. 12

Die im Fünfjahrplan (1965-1969) aufgenommenen verschiedenen Industriebetriebe und die dafür bereitgestellten Investitionsmittel (in 1ooo ID)

Industriebereich bzw. -zweig		Investitionsmitt
A. Chemieindustrie		
1. Vier Petrolchemische Betriebe		3o.ooo
2. Zellulose-Herstellungsbetrieb		1.5oo
3. Kunstseidebetrieb		13.ooo
4. Papierwerk		16.5oo
5. Schwefel-Gewinnungswerk		9.45o
6. Chemische Düngemittelbetriebe		11.ooo
7. Reifen- und Röhren-Betrieb		2.ooo
8. Arzneimittelwerk		3.8oo
	Insgesamt	87.25o
B. Lebensmittelindustrie		
1. Zuckerfabrik / Sulaymaniya		3.ooo
2. Erweiterung d. Zuckerwerkes / Mosul		2.5oo
3. Bäckereien		9oo
4. Betriebe für Dattelverarbeitung und Futtermittelwerke		1.5oo
	Insgesamt	7.9oo
C. Baustoffindustrie		
1. Keramisches Werk / Rumadi		2.5oo
2. Glashütte / Rumadi		5.5oo
	Insgesamt	8.ooo
D. Elektrische Industrie		
1. Werk für elektrische Ausrüstungen		2.3oo
2. Glühlampenwerk		1.3oo
	Insgesamt	3.6oo

Fortsetzung folgt

Fortsetzung der Tabelle Nr. 12

Industriebereich bzw. -zweig	Investitionsmittel
E. Metallurgie	
1. Stahl- und Eisenwerk	26.000
2. Werk für Landwirtschafts-ausrüstungen	1o.3oo
3. Reparaturwerk für geologische Ausrüstungen	165
Insgesamt	36.465
F. Textilindustrie	
1. Baumwollweberei	9.85o
2. Wollweberei	4.ooo
3. Kunstseideweberei	9.1oo
4. Trikotagewerk	2.55o
5. Erweiterung einer Weberei	3.5oo
Insgesamt	29.ooo
G. Gas und Erdölindustrie	
1. Erdölraffinerie / Basra	12.ooo
2. Erdölraffinerie / Mosul	11.ooo
3. Pipeline für Naturalgas	16.5oo
Insgesamt	39.5oo
H. Anderes	
Hier wurden andere, oben nicht erwähnte Industriebetriebe wie folgt aufgeführt:	
Betrieb für Wollweberei im Norden	
" für Traktorenmontage	
" für Automobilmontage	
" für Druckholz	
" für Herstellung von Maizena	
und andere mehr, die nicht angeführt wurden.	14.ooo

Quelle: "The Economist", Sonderausgabe über den Fünfjahrplan 1965-1969, Nr. 3-4/1966, S. 58-66 (arabisch)

3.7. Ergebnisse des Entwicklungsplans (1965 - 1969)

Bei der Aufstellung des Planes hat man damit gerechnet, daß die Ausführung des Investitionsprogramms die geplanten Effekte zur Folge haben würde und somit die im Plan gesteckten Ziele verwirklicht werden könnten. Inwieweit die geplanten Ziele erreicht wurden, lassen sich diese in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Für die Realisierung der in dem Plan gesteckten Ziele wurde eine Gesamtsumme von 668,1 Mio. ID bereitgestellt. Die tatsächlichen Ausgaben in der gesamten Planperiode betrugen nur 365,o Mio. ID, d.h. daß die geplanten Investitionen nur zu 54,7 % realisiert wurden.
   Der größte Anteil an den gesamten Investitionsausgaben ist in der Infrastruktur zu verzeichnen. So betrug z.B. der Anteil des Sektors Transportwesen und Verbindungen 6o,3 % der Gesamtausgaben, während die bereitgestellten Investitionen für die Hauptsektoren der Wirtschaft - nämlich die Industrie und die Landwirtschaft - nur weniger als zur Hälfte verwirklicht wurden. Somit betrug der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten Ausgaben 32,4 % und der Industrie 53,1 %, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist:

Tabelle Nr. 13

Die bereitgestellten Investitionsmittel und die wirklichen Ausgaben des Fünfjahrplanes 1965 - 1969
(Werte in Mio. ID)

Bereiche	bereitgestellte Investitionen	wirkliche Ausgaben	Plan-erfüllung in %
Industrie	187,3	99,5	53,1
Landwirtschaft	173,5	56,3	32,4
Transportwesen und Verbindungen	11o,1	66,3	6o,3
Bauwesen und Sozial-dienste	134,7	71,2	52,9
Planung und Überwachung	2,5	o,3	12,o
sonstige Projekte	6o,o	71,9	119,8
Insgesamt:	668,1	365,5	54,7

Quelle: Gesetz der nationalen Wachstumsplanung (197o - 1974), Planungsministerium, Bagdad 197o, S. 1o6 (arabisch)

2. Es wurde im Plan vorgesehen, daß das reale Bruttosozialprodukt zu Faktorenkosten um durchschnittlich 8 % im Jahr- von 591 Mio. ID im Basisjahr, 1964 auf 87o Mio. ID im Jahre 1969- steigt. Die geplante Zunahme der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung in Höhe von 279 Mio. ID sollte zu 5o % durch eine vorgesehene jährliche Wachstumsrate von 12 % in der Industrie, 7,5 % in der Landwirtschaft sowie 6 % im Erdölsektor erreicht werden.[1)]

Die geplante Steigerung des Volkseinkommens um jährlich 8 % wurde aber nicht realisiert. Das Volkseinkommen stieg in Wirklichkeit von 595,8 Mio. ID im Basisjahr (in laufenden Preisen) auf 826,8 Mio. ID am Ende des Fünfjahrplanes (1969). Somit betrug die allgemeine realisierte Wachstumsrate 6,8 %, d.h. um 1,2 % weniger als das geplante Wachstum.[2)]

---

1) Vgl. Ergebnisse der Entwicklungspläne im Irak (1951-1971), Planungsministerium, Bagdad 1972, S. 68 (arabisch)
2) Ebenda, S. 85

Hinsichtlich des Wachstums der einzelnen Wirtschaftsbereiche und ihres Beitrages zum Volkseinkommen sah der Plan vor, eine Veränderung in der Struktur der Volkswirtschaft durchzuführen, indem die Industrie bzw. der produktive Bereich zum Hauptträger bei der Schaffung des Bruttoinlandprodukts und Sozialprodukts gestaltet wird. Inwieweit diese Konzeption realisiert wurde, ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Tabelle Nr. 14

Das Bruttosozialprodukt des Basisjahres (1964) und am Jahresende des Planes 1969 (in Mio. ID)

Sektoren	BSP im Basis-Jahr 1964	Anteil in %	gepl. Steigerung d.BSP	Anteil in %	real. Steigerung d.BSP 1969 z. Preise v.1964	Ant in
Landwirtschaft	148,1	23,2	212,6	22,7	186,9	22,
Rohöl und Bergbau	145,1	22,8	195,o	2o,8	169,9	2o,
Industrie	63,4	1o,o	111,7	11,9	89,1	1o,
Elektrizität, Wasser u. Gas	7,7	1,2	19,o	2,o	17,1	2,
Bauwesen	18,7	2,9	27,5	2,9	3o,5	3,
	383,o	6o,1	565,8	6o,3	493,1	59,
Transport u. Verbindungswesen	54,9	8,6	78,5	8,3	63,8	7,
Handel u.Finanz.	52,2	8,2	74,8	8,o	75,9	9,
Dienstleistungen	147,4	23,1	219,6	23,4	197,o	23,
	254,5	39,9	372,9	32,5	336,7	4o,
Insgesamt:	637,5	1oo,o	938,7	1oo,o	829,8	1oo,

Quelle: Gesetz der nationalen Wachstumsplanung 197o-1974, Ministerium für Planung, Bagdad 197o, S. 117 (arab.)

Aus der Tabelle Nr. 14 geht hervor, daß die Beiträge der Wirtschaftssektoren zum Bruttosozialprodukt recht unterschiedlich waren. Den größten Beitrag zum Volkseinkommen, bewertet in Preisen von 1964, wies der Dienstleistungssektor mit 23,8 % auf. Somit überschritt die Entwicklung dieses Sektors am Ende des fünften Planjahres sein gesetztes Ziel, während die Entwicklung einiger Gütersektoren unter dem geplanten Niveau am Ende der Planperiode geblieben ist. So betrug z.B. die fehlende Proportion in der Industrie 1,2 %, in der Landwirtschaft o,2 %. Beide Sektoren weisen keine bemerkenswerte Entwicklung gegenüber dem Basisjahr 1964 auf. Der Anteil der Landwirtschaft bei der Schaffung des Bruttosozialprodukts ging sogar um o,7 % gegenüber dem Basisjahr zurück. Die verarbeitende Industrie wies sehr geringe Steigerungen auf. Ihr Anteil bei der Schaffung des BSP betrug am Ende des Planjahres nur 1o,7 %. Die Ziele des Planes in den Sektoren Bauwesen und Handel wurden überschritten.

3. Die Ergebnisse des Planes hinsichtlich der wertmäßigen Entwicklung der Produktion während der Planperiode weisen darauf hin, daß der gesamte Wert der Produktion von 1o9o,4 Mio. ID im Basisjahr 1964 auf 1517,6 Mio. ID im Jahre 1969 bei einem jährlichen Durchschnitt von 6,8 % gestiegen ist.[1] Daraus ergibt sich, daß die Vermehrung der nationalen Produktion um 427,2 Mio. ID nur 62,5 % der geplanten Summe ausmacht.
Wendet man sich der Wertschöpfung in den einzelnen Sektoren zu, beobachtet man, daß alle in den Wirtschaftssektoren gesteckten Ziele (außer Bauwesen und Handel) nicht realisiert wurden. Die geplanten Ziele in dieser Hinsicht wurden z.B. in der verarbeitenden Industrie zu 49 %, in der Landwirtschaft zu 41,5 % und im Transportwesen zu 62,5 % erfüllt.[2]

---

1) Ebenda, S. 1o2, Tabelle (1o)
2) Ebenda, S. 1o4, Tabelle (11)

4. Der Plan zielte darauf ab, die Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten durch Schaffung neuer Arbeitsplätze vorzunehmen. Die Zahl der Beschäftigten, die sich im Basisjahr auf etwa 2,1 Millionen belief, sollte sich innerhalb der Planperiode um 261 5oo vermehren (von 2,1 auf 2,3 Beschäftigte). Nach Angaben des Jahresberichts des Zentralbüros für Statistik betrug die Zahl der Beschäftigten am Ende der Planperiode (1969) 2.546.2oo Personen.[1)] Das heißt, es wurden während der Planperiode 427 ooo neue Arbeitsplätze geschaffen. Davon entfallen 262 8oo auf den landwirtschaftlichen Sektor; somit absorbiert dieser Sektor nach wie vor den größten Teil des Beschäftigungszuwachses.

Es soll hier betont werden, daß die Übererfüllung der geplanten Arbeitsplätze nicht allein das Ergebnis der im Plan 1965-1969 durchgeführten Investitionen zu betrachten ist. Man führt diesen bemerkenswerten Zuwachs der Arbeitsplätze vor allem auf die in dem vorhergehenden Plan durchgeführten Investitionen zurück.[2)]

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Beschäftigung während der Planperiode 1965-1969.

Tabelle Nr. 15 Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren im Basisjahr und am Ende der Planperiode 19
(Beschäftigten in 1ooo)

Sektoren	Zahl d. Beschäft. im Basis-Jahr (64)	Zahl d. Beschäft. (1969)	Zuwachs d. Arbeits-plätze z. Basisjahr	in %
Landwirtschaft	1187,o	1449,8	262,8	22,
verarbeitende Industrie	13o,o	148,o	18,o	13,
extraktive Industrie	13,o	15,5	2,5	19,
Elektrizität, Wasser und Gas	12,o	12,9	o,9	7,

Fortsetzung folgt

1) Büro für Zentralstatistik, Planungsministerium, Bagdad 197o, S. 12
2) Vgl. Gesetz der nationalen Wachstumsplanung, a.a.O., S. 2

Fortsetzung der Tabelle Nr. 15

Sektoren	Zahl d. Beschäft. im Basis-Jahr(64)	Zahl d. Beschäft. (1969)	Zuwachs d.Arbeits-Plätze z. Basisjahr	in %
Bauwesen	47,2	67,o	19,8	41,9
Transport, Verkehr, Lager	125,o	143,o	18,o	14,4
Handel u.Finanzen	12o,o	145,5	25,o	2o,8
Dienstleistungen	485,o	565,o	8o,o	16,5
Insgesamt:	2119,2	2546,2	427,o	2o,1

Quelle: Gesetz der nationalen Wachstumsplanung, a.a.O., S. 119

Aus der obigen Tabelle geht hervor, daß trotz der geplanten Umstrukturierung der nationalen Wirtschaft zu Gunsten der produktiven Bereiche die unproduktiven Bereiche den größten Teil des Beschäftigungszuwachses (außer Landwirtschaft) absorbierte. Im Dienstleistungssektor macht die Beschäftigungszahl ca. 51,6 % der gesamten Anzahl der Beschäftigten (ohne Landwirtschaft) aus.
Diese erhebliche prozentuale Zahl darf nicht als positiv bewertet werden, weil dieser Bereich anders als in den entwickelten industrialisierten Ländern, nicht ein Ergebnis der Entwicklung der produktiven Bereiche, sondern eine Folge der unproduktiven Tätigkeit ist. Lennoch zeigt die prozentuale Verteilung der Beschäftigung ein Schrumpfen des Anteils der verarbeitenden Industrie an der Gesamtbeschäftigung von 6,1 % im Basisjahr auf 5,8 % am Ende der Planperiode.

5. Der Plan strebte weiterhin die Hebung des Lebensstandards durch Förderung der Löhne und Gehälter sowie die Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der armen Bevölkerungsschichten an.

Es wurde hinsichtlich der Steigerung der Löhne eine durchschnittliche Erhöhung von 1o,6 % im Jahr erzielt. So stiegen die Gesamtlöhne von 169,6o Mio. ID im Basisjahr auf 259,14 Mio. ID im Jahre 1969, d.h. mit einem jährlichen Durchschnitt von 17,9 Mio. ID.
Wenn man die Förderung der Löhne auf sektoraler Ebene betrachtet, so erkennt man, daß die Gesamtlöhne im produktiven Bereich (außer Landwirtschaft) 97,1o Mio. ID im Jahre 1969 ausmacht, das sind nur 37,4 % der gesamten Löhne. Laut Statistik des Irak werden die Löhne in der Landwirtschaft nicht berechnet, da es unmöglich ist, sie wegen der noch existierenden Naturalwirtschaft zu erfassen. Der höchste Zuwachs der Löhne ist im Bereich der Dienstleistungen zu verzeichnen. So betrugen die Löhne und Gehälter in diesem Bereich 152,68 Mio. ID, das sind ca. 6o % der gesamten Löhne.[1)]
Es soll hier betont werden, daß die Entwicklung der Realeinkommen durch die globale Darstellung der Löhne im Gesamtplan, ohne Berücksichtigung des Preisanstiegs, nicht erkannt werden kann. Obwohl der durchschnittliche Tageslohn für gelernte und ungelernte Arbeiter in den Fabriken im Jahre 1968 von 753 Fils auf 783 Fils im Jahre 197o gestiegen war, was 4 % des Durchschnitts von 1968 ausmacht, stieg der monatliche Durchschnitt der Preise von Konsumgütern in der gleichen Periode um 11 %; das bedeutet, daß das tatsächliche Lohnniveau um 7 % gefallen ist und daß der Prozentsatz des Preisanstiegs ungefähr das Dreifache des Prozentsatzes des Lohnanstiegs ausmacht.[2)]

---

1) Vgl. Gesetz der nationalen Wachstumsplanung (197o-1974), a.a.O., S. 12o
2) Vgl., "Al- Thakafa Al- Jadida", Bagdader Zeizscrift (monatlich), Nr. 5/August 1971, S. 19-2o (arabisch)

3.8. Kritische Betrachtung des Entwicklungsplanes 1965-1969

Die Grundzüge der Wirtschaftskonzeption des Staates kamen in dem Fünfjahrplan 1965-1969 am deutlichsten zum Ausdruck. Die Grundzüge dieses Planes und damit der Wirtschaftspolitik des Staates, die gleichzeitig zeigen, inwieweit die nationale Volkswirtschaft entwickelt werden sollte, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die im Rahmen des Planes neu zu errichtenden Industriebetriebe liegen hauptsächlich im Bereich der Leichtindustrie, insbesondere aber der Textil- und Lebensmittelindustrie, d.h. daß die Produktion von Produktionsmitteln hier nicht als eine entscheidende Alternative bei der strukturellen Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft anerkannt und akzeptiert wird.
Diese Betriebe sind in der Mehrzahl, entsprechend der Eigenversorgung und der Deviseneinsparung einzeln und jeder für sich begründet, in den Plan eingegliedert worden.
Das heißt, ihre Wahl berücksichtigte nicht die bestehenden disproportionalen Beziehungen des industriellen Sektors.
Solche Begründung bzw. Eingliederung bedeutet also eine Erweiterung der materiellen Basis der bestehenden Industriezweige der Abteilung II (Konsummittelindustrie) und führt dazu, daß die Disproportionen innerhalb der einheimischen Industrie verbreitet und verschärft werden, da die neu zu schaffenden Betriebe keine Komplexe über mehrere Produktionsstufen gehende Produktionsprozesse aufweisen.[1)]
Andererseits bedeutet diese Begründung in der Tat, daß die Einsparung von Devisen nicht erreicht werden kann, solange die dafür benötigten Teile bzw. Ersatzteile importiert werden müssen.

---

1) Vgl. M. Engert: "Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung in der Vereinigten Arabischen Republik", Habilitationsschrift, HfÖ, Berlin 1966, S. 85-89

In diesen Fünfjahrplan wurden beispielsweise zahlreiche Betriebe aufgenommen, die als "Sammlungsindustrie" bezeichnet werden. Alle in diesen Betrieben benötigten Teile bei der Herstellung von Traktoren, Autos, Kühlschränken usw. werden im Ausland produziert und müssen ständig importiert werden. Die Handelsbilanz und die Deviseneinsparung waren und sind fast die einzigen Kriterien für die Wahl solcher Betriebe.[1] Diese Tatsachen wurden dadurch bestätigt, daß zahlreiche der aufgenommenen bzw. gewählten Betriebe keiner exakten, wissenschaftlich begründeten Analyse unterlagen, d.h. daß dieser Fünfjahrplan kein wissenschaftlich und ökonomisch begründetes Dokument darstellt:

> "Eine große Anzahl der aufgenommenen produktiven Projekte weisen große Mängel an ausführlichen Begründungen auf, so daß es schwer fällt, den exakten Termin ihrer Verwirklichung zu bestimmen bzw. schwer zu entscheiden ist, welche dieser Projekte im Plan zuerst aufgenommen werden sollen. Aus diesem Grunde war es also notwendig, die Zahl der aufgenommenen Projekte größer und umfangreicher festzulegen, als tatsächlich verwirklicht werden soll."[2]

An anderer Stelle wird ferner bestätigt, daß es keine Möglichkeit gab, die in den Plan aufgenommenen Betriebe gründlich zu überprüfen, da sie vor ihrer Verwirklichung standen.[3]

Diese offiziellen Argumente bringen tatsächlich die spontane Art und Weise der "geplanten" Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft entsprechend der erwähnten Entwicklungskonzeption am deutlichsten zum Ausdruck.

---

1) Siehe: Der Fünfjahrplan 1965-1969, in: The Economist, The Quarterly Journal of the Iraq, Sondernummer /-4/67 S. 56-63 (arabisch)
2) "Die ausführliche Begründung des Fünfjahrplans 1965-69", in: The Economist, ebenda, Nr. 3-4/67, S. 42
3) Ebenda, S. 32

Was die Verwirklichung dieser Konzeption bzw. des Fünfjahrplanes anbelangt, so kam ihr seitens des Staates selbst (der eine Konzeption vertritt) keine große Bedeutung zu. Das heißt, daß dadurch eine schnellere Industrialisierung des Landes in der Tat vom Staat selbst gehemmt wurde, indem die aufgestellten Aufgaben nicht realisiert wurden.

Die folgende Tabelle beweist diese Tatsache:

Tabelle Nr. 16: Die bereitgestellten und die tatsächlichen Ausgaben des Fünfjahrplans in den einzelnen Jahren des Planes
(Werte in Mio. ID)

Bereiche	1965 bereitgest.	wirklich	1966 bereitgestellt	wirklich	1967 bereitgest.	wirkl.	1968 bereitgest.	wirkl.	1969 bereitgest.	wirkl.
Landwirtschaft	25,1	5,9	37,o	8,5	37,1	11,o	37,1	13,2	37,1	17,5
Industrie	32,1	15,1	4o,5	29,2	4o,6	23,7	4o,4	18,2	33,7	17,6
Transportwesen	26,5	12,4	27,4	15,1	24,9	13,6	15,o	9,9	15,9	1o,1
Bauwesen	29,5	16,1	28,4	12,o	27,4	13,3	15,2	12,9	24,1	11,9
Insgesamt:	113,2	49,5	133,3	64,8	13o,o	61,6	117,7	54,2	11o,8	57,1

Quelle: "Ergebnisse der Entwicklungspläne im Irak 1951-1971", Planungsministerium, Bagdad 1972, S. 211 (arabisch)

Daraus ergibt sich unter anderem, daß von 1965 bis zum Jahresende des Planes 1969 fast 187 Mio. ID für die Entwicklung der nationalen Industrie bereitgestellt wurden, jedoch nur 1o3,o Mio. ID wirklich ausgegeben worden sind; dies sind nur 55,5 % der gesamten Investitionen der Industrie. In der Landwirtschaft wurden nur 32,4 % der bereitgestellten Investitionen realisiert. Dagegen erreichten die beiden Wirtschaftssektoren, nämlich Transportwesen und Bauwesen, fast 57 %; also mehr wie die Industrie und die Landwirtschaft. Somit können wir ferner schlußfolgern, daß die Infrastruktur gegenüber der Industrie und der Landwirtschaft vorrangig entwickelt wurde, d.h. daß der erwähnte Fünfjahrplan die Entwicklung - und zwar nicht nur im Plan, sondern auch in der Tat - der Infrastruktur entscheidend bevorzugte.

Der Privatsektor wurde nicht in den Plan einbezogen, d.h. daß weder dem Privat- und dem Gemischtsektor konkrete Aufgaben noch ihre zukünftigen Entwicklungsbereiche gestellt bzw. bestimmt wurden. Es wurden lediglich nur die voraussichtlichen Investitionen des privaten Sektors während der Planperiode eingeschätzt.[1)]
Das bedeutet, daß der Staat nicht interessiert war, die Kontrolle über den privaten und den gemischten Sektor auszuüben und ihn, im Rahmen der Volkswirtschaftsplanung, den Interessen der Weiterentwicklung des Landes zu unterwerfen. Es sei dabei erwähnt, daß der gemischte Sektor, der von der Industriebank gefördert wird, von dieser Bank und dem privaten Sektor spontan und ohne Beachtung der Fünfjahrplanaufgaben entwickelt wurde, so daß diese staatliche Bank gleichzeitig eine staatliche Planungsstelle ist.[2)]

---

1) "The Economist", ebenda, Nr. 3-4/67 und "Al-Sinai", ebenda, Nr. 3,4/67, S. 4
2) "Al-Sinai", Zeitschrift, Organ der Iraqi Federation of Industries, Bagdad, Nr. 3-4/67, S. 4.5 (arabisch)

Die dem Generaldepartement für Industrie unterstellten Industriebetriebe, die einen entscheidenden Teil des industriellen Staatssektors darstellen, arbeiten nach jährlichen, vom GDfI selbst nicht bestätigten Programmen[1] und sind den Bedingungen des Konkurrenzkampfes untereinander und mit den Privatbetrieben unterworfen. Das heißt, daß sie die Produktionsprozesse in ihren Betrieben selbst und entsprechend dem Dezentralismus planen und leiten. Es wird sogar von einigen dieser Betriebe das Produktionsprogramm nicht erfüllt, um dem privaten Sektor die Möglichkeit zu geben, seine Produktion zu erhöhen, also auf Kosten des staatlichen Sektors.
Andererseits hat der erwähnte Fünfjahrplan 1965 - 1969 den Betrieben bzw. den einzelnen Industrie- bzw. Erzeugnisgruppen des Generaldepartements für Industrie - abgesehen von den übrigen voneinander isolierten Staatsbetrieben - keine konkreten jährlich detaillierten Planaufgaben aufgestellt, wobei diese Betriebe gleichzeitig das Prinzip der "Eigenerwirtschaftung", das gesetzlich verankert ist, anwenden, wodurch ihre Integration in das Planungs- und Leitungssystem erschwert wird.
All das zeigt deutlich, daß die staatlichen Betriebe und damit das Generaldepartement für Industrie von der staatlichen zentralen Planung und damit von dem Fünfjahrplan nicht erfaßt wurden. Das heißt, daß die in dem Fünfjahrplan 1965 - 1969 - als eine gewisse Verbesserung im Verhältnis zum Fünfjahrplan 1961 - 1965 - angewendete Methode der Einschätzung der perspektivischen aber allgemeinen Investitionen allein nicht ausreicht, um die staatlichen Betriebe - und damit den gesamten staatlichen Industriesektor - in das staatliche zentrale Planungssystem zu

---

1) Alle einzelnen in allen Bereichen des GDfI angeführten Tabellen über die Entwicklung dieser Betriebe lassen erkennen, daß sie nach einem Jahresproduktions- und einem Jahresabsatzprogramm arbeiten.

integrieren, ohne die gleichzeitige Bestimmung der Bereiche bzw. Zweige der neu einzusetzenden Investitionen und ohne irgendwelche Festlegung der während der Planjahre zu realisierenden detaillierten Aufgaben zwecks der Steigerung der Produktion eines bestimmten Erzeugnisses bzw. Erzeugnisgruppen konkret und verbindlich aufzustellen.

Andererseits war die vom Staat betriebene Wirtschaftspolitik nicht imstande, alle Anstrengungen zu unternehmen und die Kräfte zu mobilisieren, um die im Fünfjahrplan aufgestellten Aufgaben zu lösen: Die Wirtschaftspolitik des Staates u.a. dadurch zu charakterisieren, daß die für die Verwirklichung der in dem Fünfjahrplan festgelegten Hauptaufgaben bereitgestellten Investitionen zugunsten der unproduktiven Bereiche eingeschränkt wurden: Einmal dadurch, daß nur 5o % der Erdöleinnahmen (vor 1958 waren es 7o %) für den Fünfjahrplan zurückgestellt wurden. Zum anderen wurde ein Teil der bereitgestellten Investitionen an den Staatshaushalt übertragen, um die immer mehr steigenden Aufgaben des Staates decken zu können.

Dieser Teil sah wie folgt aus:

Tabelle Nr. 17: Der von Investitionen des Wirtschaftsplanes übertragene Teil an den Staatshaushalt (in Mio. ID)

1955	28	(einschließlich des Vorschusses, der nicht bezahlt wurde)
1966	4	
1967	25.785	
1968	12.15o[x)]	

x) Siehe: Gesetz des Staatshaushaltes für 1968 Nr. 45/1968 in: Commerce, Quarterly Magazine Issued by Bagdad Chamber of Commerce, Nr. 2/1968, S. 79

Schließlich wurden alle Kosten des wirtschaftlichen Planungsrates und seiner Organe (d.h. einschließlich der Gehälter, die während der fünf Jahre des Planes 1965-69 auf mindestens 2.47o Mio. ID eingeschätzt wurden[1]) als Planungsausgaben betrachtet und damit von den Investitionen des o.g. Fünfjahrplanes abgezogen; sie wurden also nicht im Bereich des Staatshaushaltes festgelegt.

Daraus ergibt sich die Tatsache, daß die tatsächlich bereitgestellten Investitionen um mehr als 72 Mio. ID verringert und damit die Entwicklungsmöglichkeiten des staatlichen Sektors und demzufolge der nationalen Volkswirtschaft erheblich eingeengt wurden.
Mit dieser Summe hätte der Staat übrigens alle sechs Betriebe der chemischen Industrie und aller drei Projekte der Erdölindustrie, davon zwei Erdölraffinerien - zusammengenommen, einrichten und damit die Aufgaben des Fünfjahrplanes auf dem Gebiet der Grundstoffindustrie erfüllen können.[2]

Diese Tatsachen drücken damit aus, daß die unproduktiven Bereiche auf Kosten der produktiven wuchsen.

In der folgenden Tabelle wird deutlich gezeigt, welche unproduktiven Bereiche dabei den Vorrang hatten:

---

1) Der Fünfjahrplan 1965 - 1969, in: The Economist, ebenda, Nr. 3-4/1966, S. 43
2) Siehe Tabelle Nr. 12 dieser Arbeit

Tabelle Nr. 18: Jährliche Ausgaben des Staatshaushaltes nach ausgewählten Ministerien (in Mio. ID)

Ministerien	1963	1969
Innenministerium	1.461	1.559
Polizei und Sicherheitsorgane	11.992	21.367
Bildungsministerium	27.ooo	13.143
Wirtschaftsministerium	o.192	6.193
Landwirtschaftsministerium	2.488	1.739
Ministerium für Bodenreform	o.o12	o.o17
Erdölministerium	o.3oo	o.28o
Planungsministerium	o.3o7	o.519
Industrieministerium	o.348	o.34o

Quelle: "Comerce", Quarterly Magazine Issued bei Bagdad Chamber of Commerce, Nr. 3/1969, S. 88

Die aus der obigen Tabelle resultierende Schlußfolgerung besteht darin, daß die Ausgaben der Polizeiorgane rapider gestiegen sind: Mehr als 21,3oo Mio. ID wurden im Jahre 1969 ausgegeben gegenüber fast 12 Mio. ID im Jahre 1963, wobei alle - außer Ministerium für Wirtschaft - mit der nationalen Volkswirtschaft und deren Entwicklung zusammenhängenden Organe gleichbleibende bzw. sinkende Ausgabenkennziffern aufweisen.

Unter Berücksichtigung der bisher angeführten Ausführungen kann also geschlußfolgert werden, daß die bisher angewendete Wirtschaftspolitik und damit die Konzeption der Industrialisierung des Landes - trotz aller positiven Errungenschaften, die dabei erzielt wurden, wie z.B. Einschränkung der ökonomischen Positionen des ausländischen

Monopolkapitals sowie des Großgrundbesitzes und die Erweiterung der Bereiche und Verstärkung der Positionen des staatlichen Sektors usw. - zögernd und widerspruchsvoll war. Diese Industrialisierungskonzeption war also u.a. dadurch charakterisiert, daß sie die gesamte Volkswirtschaft nicht als Ganzes betrachtet und erfaßt und ihre Wirtschaftspolitik dementsprechend ausgearbeitet und angewendet hat. Sie war widerspruchsvoll, weil die Elemente dieser Konzeption bzw. Wirtschaftspolitik nicht einheitlich kombiniert, zielstrebig durchgesetzt sowie den Erfordernissen der Perspektiventwicklung nicht unterworfen wurden. Sie betrachtete die Einrichtung neuer Investitionsvorhaben als den einzigen Weg bei der Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft und schloß damit die Rolle und Bedeutung der bestehenden Betriebe des staatlichen Sektors als zusätzliche, immer an Bedeutung gewinnende Akkumulationsquelle aus.

Somit kann also geschlußfolgert werden, daß sich die bisherige Planung im Irak immer noch nicht als das wirksamste Instrument zur Entwicklung der Volkswirtschaft erwiesen hat. Sie war nicht umfassend, d.h. gesamtwirtschaftlich; ihr lag keine strategische, wissenschaftliche begründete Entwicklungskonzeption zugrunde und ihre festgelegten Aufgaben waren nicht kombiniert, sich ergänzend, klar und konkret aufgestellt.

Wir sind der Meinung, daß die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft nur durch ihre grundlegende strukturelle Veränderung möglich ist, d.h. durch die vorrangige Entwicklung der für die dynamische Rolle spielenden Volkswirtschaftszweige bzw. -bereiche.
Dies erfordert aber die Ausarbeitung einer wissenschaftlichen und komplexen strategischen Konzeption zur Industrialisierung des Landes, die jedem Entwicklungsplan zugrunde liegen muß:

> Es genügt also nicht, nur die Wachstumsziele für einen längeren Zeitraum festzulegen. Eine bewußte Wachstumspolitik umfaßt auch die Ausarbeitung der Strategie, diese Ziele realisieren zu können. Eine Kernfrage dieser Wirtschaftsstrategie ist die schrittweise kontinuierliche Durchführung der notwendigen Strukturveränderungen.

Daraus ergibt sich also die Tatsache, daß diese Entwicklung bzw. Strukturveränderung ein sehr komplizierter, mannigfaltiger und ununterbrochener Prozeß ist. Das heißt ferner, daß die an den Staat und seine Organe - einschließlich seiner Betriebe - gestellten Anforderungen immer qualitativ größer, schwieriger und bedeutender werden. Der Staat hat nicht mehr nur eine unproduktive Funktion zu erfüllen; er muß, wenn die nationale Volkswirtschaft strukturell verändert werden soll, immer mehr eine produktive Funktion ausüben und gesamtwirtschaftliche Entscheidungen im Interesse der Volkswirtschaft treffen. Dabei spielt die staatliche zentrale Planung und Leitung der Volkswirtschaft die bestimmende Rolle.

4. Der Entwicklungsplan (197o - 1974)

4.1. Ziele des Planes

Die geplanten qualitativen und quantitativen Ziele der nationalen Wachstumsplanung 197o-1974 lassen sich in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Der Plan sah vor, das Volkseinkommen um durchschnittlich 7,1 % im Jahr zu steigern. Durch die geplante Wachstumsrate von 7,1 % würde man eine Verdoppelung des Volkseinkommens innerhalb von zehn Jahren erreichen. Entsprechend diesen Zielen wurde das geplante Volkseinkommen für Ende der Planperiode 1974 auf etwa 1162,6 Mio. ID geschätzt, verglichen mit 826,8 Mio. ID im Basisjahr (1969) des Planes, also um etwa 4o,3 % des ursprünglichen Wertes.[1] In Anbetracht der Bevölkerungswachstumsrate von ca. 3,6 % pro Jahr, d.h. einem Zuwachs von 17,6 % in fünf Jahren, war ein Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen um 3,6 % im Jahr von 89,8 ID im Basisjahr auf 1o7,4 ID am Ende der Planperiode zu erwarten.[2]
   Die geplante Steigerung der Pro-Kopf-Einkommen während der Planperiode zeigt sich in der folgenden Tabelle:

Tabelle Nr. 19: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens für die Jahre 1969 und 1974

	Basis-jahr 1969	fünfte Jahr 1974	Steigerung z.Basis-jahr %
Bruttosozialprodukt (in Mio. ID)	879,5	1234,5	4o,3
Bevölkerung (in Mio.)	9,2	1o,8	17,6
Volkseinkommen (in Mio.ID)	826,8	1162,6	4o,6
Durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen (in ID)	89,8	1o7,4	19,6

Quelle: Gesetz der nationalen Wachstumsplanung, Planungsministerium, Bagdad 197o, S. 141

1) Gesetz der nationalen Wachstumsplanung, ebenda, S. 127
2) Ebenda, S. 138

2. Hinsichtlich des industriellen Sektors strebt der Plan an, die Industrie um 12 % im Jahr zu entwickeln. Dabei soll der staatliche Sektor die bestimmende Rolle spielen. Das ergibt sich aus der Überlegung, daß die Festigung und Weiterentwicklung der gegenwärtig bestehenden staatlichen Industriebetriebe, in der die Grundstoffindustrie auf der Basis der Petrolchemie im Mittelpunkt steht, als unabdingbare Notwendigkeit betrachtet wird, um die Entwicklung aller übrigen Wirtschaftssektoren vorantreiben zu können.
Bei der vertretenen Entwicklungskonzeption soll das heißen, daß die Erweiterung des staatlichen Industriesektors im Rahmen des Entwicklungsplanes 197o - 1974 als die wichtigste Akkumulationsquelle für die Industrialisierung des Landes und darüber hinaus der nationalen Volkswirtschaft zu betrachten.
Für die Verwirklichung dieses Zieles sollten alle Staatsbetriebe und damit der gesamte Staatssektor in das Planungssystem einbezogen werden, um dadurch eine zentrale Durchführung aller festgelegten verbindlichen Planaufgaben zu ermöglichen.[1)]

Der Plan zielte darauf ab, die günstigsten Voraussetzungen zu schaffen, um die Tätigkeiten sowohl des privaten als auch des gemischten Industriesektors entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft zu fördern.

Hinsichtlich der regionalen Verteilung der Investitionen geht der Plan davon aus, daß die bisherige stärkere Konzentration der Investitionen auf die drei Hauptregionen des Landes nicht vertretbar ist. Daher sieht der neue

---

1) Vgl., Die historische Entwicklung 1964-1975, Planungsministerium, Bericht Nr. (1), Bagdad 1974, S. 113-117 (arabisch)

Plan vor, daß die geplanten Investitionen für die Errichtung von neuen Industriebetrieben auf die verschiedensten Regionen des Landes verteilt werden sollen, so daß die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land abgebaut werden und damit die anhaltende Landflucht verhindert wird.

Der Plan strebt weiterhin an, die Wirtschaftsstruktur zugunsten der Gütersektoren zu verändern. Die Verwirklichung dieses Zieles erfordert, daß sich die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttosozialprodukt während der Planperiode verändern, um die Abhängigkeit von dem Erdölsektor als Einkommensquelle zu verringern.
Es wurde geplant, den prozentualen Anteil der Erdölförderwirtschaft am Bruttosozialprodukt von 33 % im Basisjahr (1969) auf 26,4 % im Jahre 1974 zu verringern. Dagegen soll der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttosozialprodukt von 9,1 % auf 11,4 % und der Anteil der Landwirtschaft von 19,1 % auf 19,7 % innerhalb der Planperiode erhöht werden, während der Beitrag der Dienstleistungssektoren zum Bruttosozialprodukt unverändert bleibt.[1)]

Die folgende Tabelle zeigt die geplanten Beiträge der Wirtschaftssektoren zum Bruttosozialprodukt (Werte in 1000 ID):

---

1) Siehe, Gesetz der nationalen Wachstumsplanung... ebenda, S. 141

Tabelle Nr. 2o: Der Anteil der verschiedenen Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandprodukt, 1969 und 1974 (geplant) (Werte in 1ooo ID)

Sektoren	Bruttoinlandprodukt 1969	Bruttoinlandprodukt 1974	Prozentualer Anteil 1969	Prozentualer Anteil 1974
Landwirtschaft	198o8o	277o8o	19,1	19,7
Bergbau und Steinbrüche (Rohölproduktion)	339o3o	37o965	32,6	26,4
Verarbeitende Industrie	9442o	16o345	9,1	11,4
Elektrizität, Wasser, Gas	1814o	312oo	1,7	2,3
Bauwesen	3229o	64945	3,1	4,6
Summe	681960	9o4535	65,6	64,4
Transport, Verkehr und Lager	6768o	98ooo	6,5	7,o
Handel u. Finanzen	8o52o	122oo	7,8	8,7
Dienstleistungen	2o879o	279925	2o,1	19,9
Summe	356990	5oo125	34,4	35,6
Insgesamt	1o3895o	14o466o	1oo,o	1oo,o

Quelle: Gesetz der nationalen Wachstumsplanung ..., ebenda, S. 142

Ein weiteres Ziel des Planes betrifft die Vermehrung der Produktion und Hebung der Produktionseffizienz. Die Steigerung der Produktion soll ihrerseits nicht durch Konzentration in dem einen oder anderen Sektor erreicht werden; alle Sektoren der Wirtschaft müssen sich gleichzeitig - aber nicht unbedingt um dieselbe Rate - entwickeln.

Es wurde geplant, die Gesamtproduktion von 1517,6 Mio. ID im Basisjahr (1969) auf 2131,2 Mio. ID am Ende der Planperiode (1974), d.h. um 4o,4 %, zu steigern.
Die höchste geplante Steigerung der Produktion soll bei den Gütersektoren liegen. Die geplante Steigerung in den fünf Jahren beträgt in der verarbeitenden Industrie 71,9 %, in der Landwirtschaft 41,3 %, in den Distributionssektoren 48,2 % und in den Dienstleistungssektoren 31,6 %.

Die folgende Tabelle zeigt die geplante Steigerung der Produktion nach Wirtschaftssektoren:

Tabelle Nr. 21: Produktion nach Wirtschaftssektoren 1969 und 1974 (Werte in 1ooo ID)

Sektoren	Wert d. Produktion 1969	Wert der Produktion 1974	Prozentuale Steigerung
Landwirtschaft	224468	317166	41,3
Verarbeitende Industrie	233529	41o323	71,9
Extraktive Industrie	387881	424797	9,5
Elektrizität, Wasser u. Gas	2o499	35ooo	7o,7
Bauwesen	87878	174ooo	98,o
Distributionssektoren	225939	334885	48,2
Dienstleistungen	33744o	444o3o	31,6
Insgesamt	1517634	2131201	4o,4

Quelle: Gesetz der nationalen Wachstumsplanung ..., ebenda, S. 143

3. Hinsichtlich des landwirtschaftlichen Sektors strebt der Plan an, die Landwirtschaft vorrangig zu entwickeln. Man geht davon aus, daß die irakische Landwirtschaft die besten Entwicklungsmöglichkeiten bietet und der Lebensstandard von etwa 7o % der Bevölkerung von der Entwicklung der Landwirtschaft abhängig ist.[1)]

Die geplanten allgemeinen Ziele dieses Sektors kommen in den folgenden Punkten zum Ausdruck:

a) Es wurde geplant, die Landwirtschaft um 7 % jährlich zu entwickeln.

b) Die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion durch die vertikale Expansion und die Bedingungen für eine möglichst schnelle Entwicklung einer Landwirtschaft von großer Leistungsfähigkeit und hoher Produktivität zu schaffen sowie die landwirtschaftliche Produktion perspektivisch zu planen, um den industriellen Sektor mit den erforderlichen Rohstoffen und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu versorgen.

c) Der Import von landwirtschaftlichen Produkten soll durch die einheimische Produktion ersetzt werden sowie den Export von bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu erhöhen mit dem Ziel, so viel wie möglich an Devisen zu sparen.

d) Die weitere Extensivierung und Intensivierung der Landwirtschaft durch den Bau von Staudämmen und Entsalzungs- und Bewässerungssystemen.[2)]

---

1) Vgl., Gesetz der nationalen Wachstumsplanung ..., ebenda, S. 131
2) Ebenda, S. 131-133

4. Der Entwicklungsplan 197o - 1974 hatte die Erhöhung des Beschäftigungsgrades sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze zum Ziel.
Die Zahl der Beschäftigten, die sich im Basisjahr (1969) auf etwa 2,5 Millionen belief, soll sich innerhalb der Planperiode um etwa 3,1 Millionen vermehren - also 24,3 % der ursprünglichen Zahl.
Die Rate der beschäftigten Arbeitskräfte zur Bevölkerungszahl soll entspreohend dem geplanten Beschäftigungszuwachs von 27,7 % im Basisjahr auf 29,2 % am Ende der Planperiode steigen.[1)]
Hierbei soll die Beschäftigung in den nicht-landwirtschaftlichen Bereichen, insbesondere in der verarbeitenden Industrie, relativ schneller wachsen als in der Landwirtschaft.

Die folgende Tabelle gibt darüber näheren Aufschluß:

Tabelle Nr. 22: Der geplante Zuwachs der Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren (in 1ooo Beschäftigten)

Sektoren	Zahl d. Beschäft. 1969	Geplante Zahl d. Beschäft. 1974	Prozentuale Verteilung
Landwirtschaft	1449,8	177o,4	22,1
Extraktive Industrie	15,5	17,2	11,o
Verarbeitende Indust.	148,o	2o8,o	4o,5
Elektrizität, Wasser u.Gas	12,9	16,1	24,8
Bauwesen	67,o	96,o	43,3
Transportwesen	143,o	196,o	18,2
Handel u.Finanzen	145,o	179,o	23,4
Dienstleistungen	565,o	71o,o	25,7
Insgesamt:	2546,2	3165,7	24,3

Quelle: Gesetz der nationalen Wachstumsplanung..., ebenda, S. 154

1) Ebenda, S. 154

5. Ein weiteres Ziel des Planes besteht darin, die Außenwirtschaft entsprechend den Erfordernissen der Entwicklungskonzeption zu regulieren. Es wurde geplant, die Exporte von 4o7,5 Mio. ID im Jahre 1969 auf 465,5 Mio. ID am Ende der Planperiode, d.h. um 14,2 % zu erhöhen.x)
Die Importe sollen von 2o8,4 Mio. ID im Basisjahr auf 263,o Mio. ID im Jahre 1974, d.h. um 26,2 % erhöht werden.
Man begründet die geplante Zunahme der Importe um 26,2 %, d.h. um 12 % mehr als die geplanten Exporte, damit, daß diese Zunahme die Erfordernisse der Entwicklungskonzeption entspricht.1)

Die Importstruktur soll zugunsten der Investitionsgüter verändert werden. Die Importe von Ausrüstungen und Halberzeugnissen sollen von 65 % im Jahre 1969 auf 75,2 % im Jahre 1974 erhöht werden.
Dagegen sollen die Importe von Konsumgütern von 35 % im Basisjahr auf 24,8 % am Ende der Planperiode verringert werden.

Die folgende Tabelle gibt darüber nähere Auskunft:

---

x) Mit Erdöl. Der Anteil des Erdölexports an dem gesamten Export beträgt im Durchschnitt 93 %.

1) Gesetz der nationalen Wachstumsplanung..., ebenda, S. 16o

Tabelle Nr. 23

Die geplante Zunahme der Exporte und Importe während der Planperiode 1969 - 1974 (Werte in Mio. ID)

	Basisjahr 1969	das fünfte Jahr 74	die gepl. Zunahme	in Prozent
Exporte	4o7,5	465,5	58,o	14,2
Importe:				
a) Konsumgüter	72,9	65,2	-7,7	-1o,6
b) Halberzeugnisse	83,4	117,o	33,6	4o,3
c) Investitionsgüter	52,1	8o,8	28,7	55,1
Importe insgesamt:	2o8,4	263,o	54,6	26,2

Quelle: Gesetz der nationalen Wachstumsplanung..., ebenda, S. 16o

4.2. Die sektorale Aufteilung des Planes und die Wahl der Projekte

Gemäß des Plangesetzes Nr. 7o/197o wurden 858,7 Mio. ID für die Finanzierung der Projekte des staatlichen Sektors bereitgestellt.
Man geht zunächst davon aus, daß die Gesamtinvestitionen des staatlichen und privaten Sektors während der Planperiode 1143,7 Mio. ID betragen werden, wobei man für den privaten Sektor 285,o Mio. ID, d.h. 25 % der Gesamtinvestitionen, ansetzt.
Es muß hier erwähnt werden, daß aufgrund der Erhöhung der Öleinkünfte die bereitgestellten Investitionen gemäß Gesetz Nr. 158/1971 um 4,9 % erhöht wurden. So betrugen die Gesamtinvestitionen des staatlichen Sektors im Jahre 1971 952,2 Mio. ID.[x)]
Die bereitgestellten Investitionen des privaten Sektors blieben unverändert.[1)]

Die wichtigste Quelle für die Finanzierung der Investitionen der Zentralregierung blieben nach wie vor die Öleinkünfte. Die übrigen Investitionsbeträge mußten aus inländischen Quellen sowie durch Anleihen aus dem Ausland verfügbar gemacht werden.

Die verfügbaren Quellen zur Finanzierung der Investitionen der Zentralregierung werden wie folgt aufgestellt:
(Werte in Mio. ID)

---

x) Das Investitionsvolumen wurde im zweiten und dritten Jahr des Planes erheblich vergrößert. So wurden die bereitgestellten Investitionsmittel im Jahre 1972/1973 um 629,2 Mio. ID erhöht, womit die Gesamtsumme der Investitionen 1932 ,1 Mio. ID betrug.

1) Vgl. Ergebnisse der Entwicklungspläne im Irak ..., ebenda, S. 131

5o %-iger Anteil des Planes an den Oleinkünften	828,94o[x)]
Rückzahlungen der staatlichen Organisationen und Institutionen	4,5o1
Reingewinne von staatlichen Institutionen und Betrieben	11,538
Beteiligung der staatlichen Institutionen und Organisationen an der Finanzierung des Planes	3,5oo
5o % der bereitgestellten Reserven für Amortisationen	7,5oo
Beteiligung der irakischen Hafenverwaltung an der Finanzierung ihrer produktiven Vorhaben des Planes	4,457
Ausländische Anleihen	68,95o
Heimische Anleihen	1o,ooo
Sonstige Einkünfte	13,114
Insgesamt:	952,5oo

Quelle: Ergebnisse der Entwicklungspläne im Irak 1951-1971..., ebenda, S. 139

Die Verteilung der Investitionen auf die Wirtschaftssektoren geht aus der folgenden Tabelle hervor:

---

x) Der Anteil der Öleinkünfte an der Finanzierung des Planes wurde im Jahre 1972/1973 um etwa 98o Mio. ID erhöht.

Tabelle Nr. 24

Die Verteilung der Gesamtinvestitionen auf die einzelnen Wirtschaftssektoren nach dem Entwicklungsplan 197o - 1974 (vor der Vergrößerung des Investitionsvolumens im Jahre 1972/1973)

Sektoren	Investitionen (in Mio. ID)	in %
Landwirtschaft	336,485	35,3
Industrie	2o7,2o5	21,8
Transportwesen	96,58o	1o,2
Bauwesen und Dienste	12o,118	12,6
Planung, Statistik und Überwachung	8,8oo	o,9
Amortisation von einheimischen Anleihen	82,353	8,6
Internationale Verpflichtungen	46,265	4,9
Sonstige Investitionen	54,649	5,7
Insgesamt:	952,455	1oo,o

Quelle: Ergebnisse der Entwicklungspläne im Irak ..., ebenda, S. 142

Die Verteilung der Investitionen des privaten Sektors auf die Wirtschaftssektoren zeigt sich wie folgt:

Tabelle Nr. 25

Sektoren	Mio. ID	in %
Landwirtschaft	18,o	6,7
Industrie	5o,o	18,7
Transportwesen	35,o	13,1
Handel und Finanzen	15,o	5,6
Wohnungsbau	15o,o	55,9
Insgesamt:	268,o	1oo,o

Quelle: Ebenda, S. 132

Aus der Tabelle Nr. 24 geht hervor, daß die Investitionen des Planes sich auf die unmittelbar produktiven Bereiche konzentrieren. Die Landwirtschaft führt mit 35,3 %[x], die Investitionen in der Industrie machen 21,8 % aus. 22,8 % sind für Transportwesen und Bauwesen angesetzt.

Es ist jedoch hierbei zu erwähnen, daß etwa 425 Mio. ID der bereitgestellten Investitionen in Form von Devisen für die Importe aufgebracht werden müssen. An der Spitze stehen die Industrie und die Elektrizitätswirtschaft mit einem Devisenanteil von 62,9 %, Transport- und Lagerwesen benötigen 37,6 % und der Anteil der Landwirtschaft beträgt 32,9 %.[1]
Der Devisenbedarf von 425 Mio. ID wird zu 1oo % von dem Anteil des Planes an den Öleinkünften gedeckt werden.

Auf der Grundlage der vorstehenden Zusammenstellung zeigt die folgende Tabelle die Verteilung der Investitionsbeträge auf die Hauptsektoren der Wirtschaft über die Jahre der Planperiode:

Tabelle Nr. 26

(Werte in Mio. ID)

Sektoren	Gesamtansatz	7o/71	71/72	72/73	73/74	74/75
Landwirtschaft	336,4	28,o	6o,o	22,o	65,o	161,4
Industrie	2o7,2	28,o	5o,o	28,o	6o,o	141,2
Transportwesen	96,5	15,2	28,o	16,o	4o,o	-
Bauwesen und Dienste	12o,1	13,o	28,o	35,o	22,o	22,1

Quelle: Ergebnisse der Entwicklungspläne im Irak 1951-1971..., ebenda, S. 142

---

x) Der Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtinvestitionen betrug im Jahre 1972/1973 etwa 19 %, die Industrie 2o,2 % und Transport- und Bauwesen 25,9 %.

1) Vgl. Gesetz der nationalen Wachstumsplanung ..., ebenda, S. 148-149

Betrachtet man die sektorale Aufteilung des Planes, so erkennt man, daß der Anteil der Planinvestitionen, der für die Entwicklung des staatlichen industriellen Sektors bestimmt ist, etwa 2o,2 % der Gesamtinvestitionen ausmacht. Für diesen Sektor wurden etwa 392 Mio. ID (nach der Vergrößerung des Investitionsvolumens im zweiten und dritten Jahr des Planes) geplant. Davon entfallen 91,7 Mio. ID, d.h. 23,3 %, auf die Projekte der chemischen Industrien, dann folgen die traditionellen Industriezweige - wie Nahrungsmittel- und Textilindustrie - mit einem Anteil von etwa 49 Mio. ID, also 12 % der Investitionen des industriellen Sektors. Für die Entwicklung der Metallindustrie und Elektrotechnik wurden 36,9 Mio. ID, d.h. 9,5 %, geplant.
Die Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Industrieprojekte wird in der folgenden Tabelle vermittelt:

Tabelle Nr. 27

Die in den Entwicklungsplan 197o - 1974 aufgenommenen Industrieprojekte und die dafür bereitgestellten Investitionsmittel (in 1ooo ID)

Industriebereich	Zahl d. Projekte	Investitions-mittel
A. Projekte d. chemischen Industrie (davon drei Projekte d. Petrolchemie)	11	91795 2750
B. Projekte der Lebensmittelindustrie	16	25354
C. Projekte der Baustoffindustrie	6	36695
D. Metall-Industrie	6	3483o
E. Projekte d. Textilindustrie	8	23985
F. Gas- und Erdölindustrie	3	45o5o

Fortsetzung folgt

Fortsetzung der Tabelle Nr. 27

Industriebereich	Zahl d. Projekte	Investitions-mittel
G. Projekte der Energie-erzeugung	4	64460
H. Elektrische Industrie	3	3100
I. Elektrizitätsprojekte der Gemeinden		17773
J. Medizinische Projekte	1	600
K. Sonstige Industrie-projekte		46108
Insgesamt:	58	392500

Quelle: Die historische Entwicklung 1964 - 1975, Ministerium für Planung, Bericht Nr.(1), Bagdad 1974, S. 109 (arabisch)

Aus der obigen Tabelle geht hervor, daß die Zahl der im Plan 1970 - 1974 aufgenommenen Industrieprojekte (58) beträgt, wobei sich die Investitionen auf die Projekte der verarbeitenden Industrie konzentrieren. Die geplanten Investitionsmittel für diese Industriezweige betragen ca. 253 Mio. ID, womit der Anteil dieser Sektoren an dem Entwicklungsplan - Investitionen gegenüber dem Fünfjahrplan 1965-1969 - um 114,4 Mio. ID gestiegen ist.

Hinsichtlich der Prioritäten in der industriellen Entwicklung zeigt der Plan 1970 - 1974 gegenüber dem Plan 1965 - 1969 eine gewisse Veränderung zugunsten der (Grundstoffindustrie), nämlich der chemischen-, Erdöl-, Baustoff- und Metall-Industrie. Etwa 211 Mio. ID, d.h. 60 % der für den Industriesektor geplanten Investitionen, entfallen auf diese vier Industriezweige.

4.3. Ergebnisse des Entwicklungsplanes 197o - 1974

Die Ausführungsergebnisse des Planes lassen sich in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Für die Realisierung der in den Plan gesteckten Ziele wurde eine Gesamtsumme von 952,5 Mio. ID eingeplant. Aufgrund der unerwarteten Steigerung der Öleinkommen wurde entschieden, die Investitionsmittel im Jahre 1972/1973 um 972,5 Mio. ID zu erhöhen, womit die bereitgestellten Gesamtinvestitionen 1932 ,1 Mio. betrugen, also die Menge hat sich mehr als verdoppelt.

   Diese erhebliche Erhöhung der Investitionsmittel steht zu den Ausführungsergebnissen des Planes im Widerspruch, denn die tatsächlichen Ausgaben betrugen während der gesamten Planperiode etwa 136o Mio. ID,[1] d.h., daß die bereitgestellten Investitionen nur zu ca. 68,8 % verwirklicht wurden.

   Die folgende Tabelle vermittelt diese Tatsache:

Tabelle Nr. 28

Die zur Verfügung gestellten Investitionsmittel und die tatsächlichen Ausgaben des Entwicklungsplanes 197o - 1974 (Werte in Mio. ID)

Bereiche	bereitgestellte Investitionen	wirkl. Ausgaben	Panerfüllung in %
Landwirtschaft	367,2	217,6	59,2
Industrie	391,o	317,4	81,1

Fortsetzung folgt

---

1) Der Fortschritt im Rahmen der Planung, Ministerium für Planung, Bagdad Nr. 4/1974, S. 68 (arabisch)

Fortsetzung der Tabelle Nr. 28

Bereiche	bereitgestellte Investitionen	wirkl. Ausgaben	Planerfüllung in %
Verkehrs- und Transportwesen	219,3	173,7	79,2
Bauwesen und Dienste	283,o	2o8,4	73,6
Summe bzw. Durchschnitt	126o,5	917,1	72,7
Planung und Überwachung	14,8	-	-
Anleihen d.staatl. Institutionen	1o5,o	73,5	7o,o
Internationale Verpflichtungen	53,4	-	-
Sonstige Investitionen	498,4	339,9	68,2
Insgesamt:	1932,1	133o,5	68,8

Quelle: Die historische Entwicklung 1964 - 1975 ..., ebenda, S. 2o

Aus der obigen Tabelle ist ersichtlich, inwieweit die Ziele des Planes erreicht wurden. Man sieht, daß der größte Anteil an den gesamten Investitionsausgaben auf dem Industriesektor zu verzeichnen ist. So betrug der prozentuale Anteil dieses Sektors an den Gesamtausgaben 8o,1 %. Betrachtet man die Industriezweige im einzelnen, so zeigen die Projekte der chemischen Industrie eine Erfüllung von 78,7 %, die Lebensmittel- und Textilindustrie eine Erfüllung von 73,6 % und Gas- und Erdölindustrie zeigt die höchste Erfüllung von 95,6 %.[1)] Die Landwirtschaft, die vorrangig entwickelt werden sollte, zeigt eine Erfüllung von nur 59,2 %.[2)]

---

1) Siehe, Die historische Entwicklung 1964 - 1975..., ebenda, S. 1o9, Tabelle Nr. 27
2) Siehe, Abschnitt 4.1. dieser Arbeit

2. Es wurde geplant, das Volkseinkommen um durchschnittlich 7,1 % im Jahr zu steigern. Die allgemein realisierte Wachstumsrate in den fünf Jahren betrug 8,3 %.

Von 1969 bis 1974 stieg das Volkseinkommen zu konstanten Preisen von 826,8 Mio. ID auf 1983,6 Mio. ID, also etwa 41,6 % des ursprünglichen Wertes. Wenn man die jährlichen Wachstumsraten, die in den verschiedenen Planjahren realisiert worden waren, und deren Durchschnitt die allgemeine Wachstumsrate (8,3 %) darstellt, im einzelnen betrachtet, so stellen die Jahre 1973 und 1974 die höchste Wachstumsrate (in der Reihenfolge 13,8 % und 11,2 %) dar.
Dieses bemerkenswerte Phänomen, das die Wachstumsrate in den genannten Jahren betrifft, ist auf die Steigerung der Produktion und Preise im Erdölsektor zurückzuführen.[1)]

Geht man von der allgemein realisierten Wachstumsrate von durchschnittlich 8,3 % im Jahr aus, so würde das Pro-Kopf-Einkommen bezogen auf das mit 826,8 Mio. ID angegebene Volkseinkommen des Basisjahres (1969) - am Ende der Planperiode 184,3 ID betragen.
Das heißt, daß das Pro-Kopf-Einkommen von 89,8 ID im Basisjahr (1969) auf 184,3 ID im Jahre 1974 gestiegen ist. Dies entspricht einer jährlichen Steigerung von etwa 5 %, d.h. um 1,4 % mehr als die geplante jährliche Wachstumsrate von 3,6 %.[2)]

Die folgende Tabelle umreißt die realisierten Ergebnisse, verglichen mit den Ausgangswerten vom Basisjahr:

---

1) Vgl. Die historische Entwicklung 1964-1975 ..., ebenda, S. 9-lo
2) Siehe, Abschnitt 4.1. dieser Arbeit

Tabelle Nr. 29

Entwicklung des Volkseinkommens und des Pro-Kopf-Einkommens während der Planperiode 197o - 1974 in konstanten Preisen

Jahr	Einwohner	Volks-einkommen (in Mio.ID)	Pro-Kopf-Einkommen (in ID)
1969	9148846	826,8	89,8
197o	944oo98	88o,9	93,3
1971	9749597	935,3	95,9
1972	1oo74169	1o14,o	1oo,7
1973	1o412586	1415,8	136,o
1974	1o765442	1983,6	184,3

Quelle: Büro für Nationales Rechenzentrum, Bagdad, 1975

3. Hinsichtlich der Steigerung der Produktion und der Beiträge der produktiven Wirtschaftssektoren zum Bruttosozialprodukt beobachtet man bemerkenswerte Abweichungen der realisierten Ergebnisse von den geplanten Zielen. Der Gesamtwert der Produktion ist von 954,2 Mio. ID im Basisjahr (1969) auf 1883,3 Mio. ID im Jahre 1974 gestiegen, also um 16o,4 % mehr als die geplante Steigerung.
Diese beträchtliche wertmäßige Steigerung der Produktion ist vor allem auf die sprunghafte Zunahme der Produktion und der Preise im Erölsektor in den Jahren 1973 und 1974 zurückzuführen.

Die Wertschöpfung im Erdölsektor sollte um 9,5 % ihres Basisjahrniveaus zunehmen. Die realisierte Steigerung betrug aber im fünften Jahr des Planes 739,6 % des Niveaus im ersten Jahr.

Der Beitrag der verarbeitenden Industrie zur nationalen Produktion ist während der Planperiode auf 159,9 % bei einem jährlichen Durchschnitt von 26,6 % gestiegen. So wurde die geplante Steigerung von 71,9 in den fünf Jahren bei einem jährlichen Durchschnitt von 12 % um 88 % übertroffen.
Man begründet diese hoch erreichte Wachstumsrate in diesem Sektor mit der Vergrößerung des Investitionsvolumens im zweiten und dritten Jahr des Planes.

Der landwirtschaftliche Sektor zeigt ebenfalls eine bedeutende Abweichung von der geplanten Steigerung. Der Beitrag dieses Sektors zur nationalen Produktion stieg in dem fünften Jahr des Planes auf 57,8 % bei einem Durchschnitt von 9,5 % gegenüber einer geplanten Steigerung von 41,3 % bei einer jährlichen Wachstumsrate von 7 %. Das Investitionsvolumen in diesem Sektor wurde ebenfalls im Laufe der Planperiode um etwa 3o,8 Mio. ID vergrößert.

Die folgende Tabelle zeigt die realisierten Ergebnisse, verglichen mit den geplanten sowie den Ausgangswerten vom Basisjahr:

Tabelle Nr. 3o

Das Bruttosozialprodukt nach Wirtschaftssektoren im Basisjahr sowie am Jahresende des Planes 1974 (in Mio.)

Sektoren	BSP im Basisjahr 1969	geplante Steigerung d. BSP	in %	real. Steigerg. d. BSP 1974	in % z. Basisjahr	durchschnittl. jährl. Zuwachs %
Landwirtschaft	244,5	317,1	41,3	354,4	57,8	9,5
Bergbau und Steinbrüche (Rohölproduktion)	387,8	424,8	9,5	3256,o	739,6	123,2
Verarbeitende Industrie	233,5	4o1,3	71,9	6o6,9	159,9	26,6
Bauwesen	87,8	174,o	98,o	263,6	2oo,o	33,3
Elektrizität und Wasser	2o,5	35,o	7o,o	3o,4	47,3	7,8
Insgesamt bzw. Durchschnitt:	954,2	1352,2	41,7	2883,3	2o2,1	33,6

Quelle: Die historische Entwicklung 1964 - 1975 ..., ebenda, S. 15

4. Eines der Hauptziele des Planes besteht darin, die Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten und die Zunahme der Arbeitskräfte in Einklang zu bringen.
Die Ergebnisse des Planes weisen darauf hin, daß die Zahl der Beschäftigten, die sich im Basisjahr auf etwa 2,5 Millionen belief, innerhalb der Planperiode um 3oo.ooo vermehrt wurde (von 2,4 auf 2,8 Mio.; also um etwa 16,5 % der ursprünglichen Zahl und bei einem Durchschnitt von 3,3 % im Jahr).

Das heißt, daß die geplante Zunahme der Beschäftigten von 24,3 % nur mit 16,5 % erreicht worden ist. Die Rate der beschäftigten Arbeitskräfte zur Bevölkerungszahl ist von 27,7 % im Basisjahr auf 2o,6 % am Ende der Planperiode gesunken.[1)]

Hinsichtlich der Verteilung der Arbeitskräfte auf die Wirtschaftssektoren zeigen die Angaben des Planes (wie in Tabelle Nr. 31 zu ersehen ist) gewisse Abweichungen von den geplanten Zielen. Denn das Ziel des Planes war darauf gerichtet, die Beschäftigung in den nichtlandwirtschaftlichen Bereichen, nämlich in dem industriellen Sektor, schneller zu erhöhen als in der Landwirtschaft. Die Zahl der Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie stieg in den fünf Jahren auf 2o,5 % bei einem Durchschnitt von 4,1 % gegenüber einer geplanten Zunahme von 4o,5 % bei einer jährlichen Wachstumsrate von 8,9 %.[2)] Im Gegensatz dazu ist die Beschäftigungszahl in der Landwirtschaft, die relativ langsam steigen sollte, d.h. um durchschnittlich 4,4 % im Jahr, in Wirklichkeit um 4,5 % im Jahr gestiegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Beschäftigung in den verschiedenen Wirtschaftssektoren:

---

1) Vgl. Die historische Entwicklung 1964 - 1975 ..., ebenda, S. 32-34
2) Siehe Tabelle Nr. 22

Tabelle Nr. 31

Verteilung der Beschäftigung im Basisjahr (1969) und im fünften Jahr des Planes, nach Wirtschaftssektoren (in 1ooo)

Sektoren	Zahl d. Beschäft. im Basis-jahr 1969	Zahl d. Beschäft. im fünften Jahr 1974	durchschnittl. jährliche Zunahme %
Landwirtschaft	13o6	1597	4,5
Verarbeitende Industrie	148	178	4,1
Bergbau und Steinbrüche	16	19	3,8
Elektrizität, Wasser und Gas	13	15	3,1
Bauwesen	67	75	2,4
Summe bzw. Durchschnitt:	155o	1884	3,6
Verkehrs- und Transportwesen	143	166	3,2
Handel und Finanzen	145	167	3,o
Dienstleistungen	565	635	2,5
Summe bzw. Durchschnitt	853	968	2,9
Insgesamt bzw. Durchschnitt	24o3	2852	3,3

Quelle: Die historische Entwicklung 1964 - 1975 ..., ebenda, S. 33

5. Hinsichtlich der Steigerung der Löhne während der Planperiode ging der Plan davon aus, die Gesamtlöhne um 36,4 % zu erhöhen (von 259,14 Mio. ID im Basisjahr auf 353,5o Mio. ID im fünften Jahr des Planes). Nach Angaben des Zentralbüros für Statistik betrugen die Gesamtlöhne und Gehälter im Jahre 1974 in den sämtlichen Bereichen der Wirtschaft (außer Landwirtschaft) 61o,1 Mio. ID. Diese Zahl besagt, daß die Löhne um etwa 1o1,2 gegenüber dem Basisjahr gestiegen sind, wobei das Jahr 1974 allein die höchste Steigerungsquote von 171,o % zeigt; das ist auf den Erlaß der Regierung, die Gesamtlöhne und Gehälter in diesem Jahr zu erhöhen - um dem Anstieg der Preise zu begegnen -, zurückzuführen.[1)] Die Steigerung der Löhne in den Bereichen der Wirtschaft war recht unterschiedlich. Die höchste Steigerungsquote ist im Bereich der Dienstleistungen zu verzeichnen; so betrug der Lohnanteil in diesem Sektor 52,2 %, in den Distributionssektoren 24,3 % und in den Gütersektoren 23,5 %.[2)]

---

1) Siehe, S. 86 dieser Arbeit
2) Vgl., Die historische Entwicklung 1964-1975 ..., ebenda, S. 35-36

4.4. Kritische Betrachtung des Entwicklungsplanes 197o-1974

Wenn man die quantitative Seite des Planes 197o-1974 betrachtet, erkennt man, daß er bessere Ergebnisse gegenüber dem Fünfjahrplan 1965-1969 erzielt hat, und zwar hinsichtlich des Volumens der durchgeführten Investitionen sowie der sektoralen Verteilung der Investitionsmittel. Die eingesetzten finanziellen Mittel haben sich gegenüber dem vorhergehenden Plan mehr als verdoppelt. Wendet man sich der Verteilung der Investitionen auf die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft zu, so bemerkt man, daß der Plan 1965-1969 die vorrangige Entwicklung der Infrastruktur gegenüber der Industrie bevorzugte, während die Investitionen des Entwicklungsplanes 197o-1974 sich auf unmittelbar produktive Bereiche, in erster Linie Industrie und Landwirtschaft, konzentrierten.

Hinsichtlich des Realisierungsgrades der eingesetzten finanziellen Mittel zeigt der Plan 197o-1974 eine etwas bessere Planerfüllung von etwa 68,8 % gegenüber 66,8 % des vorangegangenen Planes.
An dem Entwicklungsplan 197o-1974 besonders zu kritisieren ist die Tatsache, daß das Investitionsprogramm jedoch nur festlegt, wieviel Geld allen Wirtschaftsbereichen des Landes innerhalb eines Fünfjahrplanes zur Verfügung steht. Das heißt, die zur Verfügung stehenden Mittel für den Produktionsprozeß sind nur wertmäßig und nicht stofflich erfaßt. Es handelt sich hierbei um eine sogenannte monetäre Planung, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Geldmenge, die der geplanten Steigerung der Produktion und des Volkseinkommens innerhalb der Planperiode entspricht, zu fixieren.
Diese Planungsmethodik ignoriert aber die grundlegenden Änderungen der Produktionsstruktur, die den Entwicklungsverlauf begleiten und somit die Beziehung zwischen der Produktion und der Geldmenge ständig beeinflussen.

Von dieser Tatsache ausgehend, gibt man der Beziehung zwischen der Geldmenge und dem Volkseinkommen - statt der Produktion - mehr Gewicht.

Die Verteilung der bereitgestellten finanziellen Mittel auf die Wirtschaftsbereiche wurde auch von der finanziellen Seite her nicht richtig und proportional gehandhabt. Besonders deutlich zeigt sich das im industriellen Bereich, wo die Industriezweige vor allem auf die Leichtindustrie für die Importsubstitution orientiert wurde. Es entstanden keine organischen Zusammenhänge zwischen den geschaffenen Industriezweigen, d.h. die verarbeitende Industrie entwickelte sich nicht komplex, sondern in zersplitterten Zweigen, die untereinander nicht organisch verbunden sind.
Die wichtigsten nationalen Rohstoffe (wie Erdöl und Erdgas) wurden nur im geringen Umfang genutzt. Dadurch blieb auch dieser Sektor von der verarbeitenden Industrie fast getrennt.

Es gab auch keine Lösung des Beschäftigungsproblems, von der qualitativen wie auch quantitativen Seite aus betrachtet.

Wendet man sich der qualitativen Seite des Planes ferner zu, so bemerkt man, daß die Realisierung des Investitionsprogramms der Volkswirtschaft nicht die erforderliche Strukturveränderung gebracht hat.

Trotz der verstärkten Anstrengungen, eine nationale petrolchemische Industrie im Rahmen des Planes zu entwickeln, blieb die "nationale Wachstumsplanung" in erster Linie ein Entwicklungsplan der Leichtindustrie bzw. der Konsummittelindustrie.

Daraus ergibt sich die Tatsache, daß der Staat eine klare, wissenschaftlich begründete strategische Konzeption zur komplexen Industrialisierung des Landes besitzen muß, die einerseits in erster Linie die Entwicklung einer nationalen petrolchemischen Industrie zum Hauptziel erklärt.

Wir sind andererseits aber der Meinung, daß die strategische Konzeption zur komplexen Industrialisierung nicht die vorrangige Entwicklung einer nationalen petrolchemischen Industrie schlechthin, d.h. der Grundstoffindustrie, bedeuten darf. Sie muß vielmehr auch die allmähliche Weiterentwicklung der petrolchemischen Industrie stark beeinflussende Errichtung einiger Zweige der Produktion von Produktionsmitteln beinhalten.

Es sei jedoch erwähnt, daß alle bisher unternommenen Anstrengungen das Ziel hatten, die Basis der Grundstoffindustrie, wenn auch langsam, qualitativ und quantitativ zu entwickeln. Diese Tatsache allein zeigt aber gleichzeitig, daß dadurch die bestehenden Industriezweige sowohl der petrolchemischen als auch der verarbeitenden Industrie weiterentwickelt werden, und zwar entsprechend den neuen Industriezweigen der Grundstoffindustrie.
Die weitere Entwicklung sowohl der Grundstoffindustrie als auch der verarbeitenden Industrie werden entscheidend von der neuen Technik sowie den technologischen Methoden abhängen. Somit entsteht eine immer gefährlicher werdende Lücke im Rahmen der nationalen Volkswirtschaft bzw. der petrolchemischen Industrie: Eine vor sich gehende Entwicklung der Grundstoffindustrie einerseits und ein gleichzeitiges Fehlen der Industriezweige zur Produktion von Produktionsmitteln andererseits. Dieser Widerspruch innerhalb der (Abteilung I) gesellschaftlichen Produktion wird gegenwärtig über den Außenhandel, d.h. durch den Import von Maschinen, Geräten, Werkzeugen usw. gelöst bzw. gemildert.

Er vertieft sich immer mehr mit der weiteren, aber einseitigen Entwicklung der "Abteilung I", nämlich der Grundstoffindustrie auf der Basis der Petrolchemie.
Eine solche Disproportion vertieft gleichzeitig die bestehenden gegenwärtigen Disproportionen im Rahmen der gesamten nationalen Volkswirtschaft. Eines der Ergebnisse dieser Entwicklung besteht darin, daß die weitere Entwicklung der Grundstoffindustrie selbst gehemmt wird, weil die nationale verarbeitende Industrie nur dann zur weiteren Entwicklung der Grundstoffindustrie effektiv beitragen kann, wenn die Errungenschaften der wissenschaftlichen Revolution in die Produktion eingeführt wird.

Das bedeutet also, daß die Verflechtung der Zweige der verarbeitenden mit den (neuen) der Grundstoffindustrie nur über die Lösung des o.g. Widerspruchs gefördert und vertieft wird, also die Schaffung bestimmter Industriezweige zur Produktion von Arbeitsmitteln.

Was den gegenwärtigen Staatssektor der übrigen verarbeitenden Industrie anbelangt, ist hervorzuheben, daß seine Festigung und Erweiterung sowohl durch die neu zu schaffenden Betriebe als auch durch die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie die Produktionskapazität der bestehenden Betriebe, d.h. also durch die unbedingte Integration dieser Betriebe in die Entwicklungskonzeption und damit in das Planungssystem erfolgen müssen.

Unter Berücksichtigung aller bisher erwähnten Ausführungen muß also hervorgehoben werden, daß die "Eigenversorgung" und die "Deviseneinsparungsargumente" allein nicht zur strukturellen dynamischen Veränderung der gesamten nationalen Volkswirtschaft führen können, wie dies u.a. auch von einigen irakischen Ökonomen behauptet wird,[1] da das

---

1) Vgl. Z Schahad, "Die wirtschaftliche Entwicklung und die Industrialisierungspolitik Iraks", Bagdad 1966, S. 12-14 (arabisch)

Land mehr oder weniger fast an allen Waren einen großen Bedarf aufweist, die fast ausschließlich im Bereich der (Abteilung II) der gesellschaftlichen Produktion liegen. Obwohl dadurch die zwischen sowie innerhalb der beiden Abteilungen I und II bestehenden Disproportionen verschärft bzw. aufrechterhalten werden, berücksichtigen diese Argumente weder die vor sich gehende internationale Arbeitsteilung noch die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution, denn durch sie vollziehen sich ständige und schneller vor sich gehende Veränderungen sowohl im Bereich der technologischen Verfahren als auch in der Qualität bzw. des Verwendungszwecks der Produkte der nach diesen Argumenten vorgeschlagenen Industrien. Somit ergibt sich also die Notwendigkeit, die Wahl der neu zu errichtenden Industrien im Irak den Erfordernissen und den Möglichkeiten der Entwicklung solcher Industriezweige zu unterwerfen, die einen perspektivischen umwälzenden Charakter haben und die nationale gesamte Volkswirtschaft dynamisch entwickeln, also der petrolchemischen Industrie. Das heißt, daß die neu zu errichtenden Betriebe entsprechend der perspektivischen Entwicklung der nationalen petrolchemischen Industrie und unter Berücksichtigung der sich dadurch vollziehenden strukturellen Veränderungen der gesamten Volkswirtschaft zu wählen sind.

Die Festigung und Weiterentwicklung der gegenwärtig bestehenden industriellen staatlichen Betriebe ist in dem Sinne sehr wichtig, daß diese Betriebe als Akkumulationsquelle der Industrialisierung des Landes und darüber hinaus der Entwicklung der Volkswirtschaft immer mehr an Bedeutung gewinnen, d.h. daß sowohl der Staat als auch seine Betriebe vor neuen Aufgaben stehen, und zwar denen der konsequenten und zielstrebigen ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dabei muß hervorgehoben werden, daß nur durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität aller

Staatsbetriebe bei dem Entwicklungsprozeß die Festigung und Stärkung des Staates gesichert wird. Das erfordert aber, daß alle Staatsbetriebe und damit der gesamte staatliche Sektor in das Planungssystem einbezogen werden, um dadurch eine zentrale Verwirklichung und straffe Kontrolle aller festgelegten verbindlichen Planaufgaben ermöglichen zu können. Diese Betriebe können sowohl nach einem betrieblichen als auch nach einem industrie- bzw. erzeugnisgruppenmäßigen Jahresplan erfaßt werden, der Einheit von Koordinierung und Abstimmung seiner einzelnen Aufgaben zum Ausdruck bringen muß.

Von nicht geringer Bedeutung ist die Einbeziehung sowohl des privaten als auch des gemischten Sektors in das gesamte zentrale staatliche Planungssystem. In diesem Zusammenhang ist notwendig, seitens des Staates erforderliche Schritte zu unternehmen, die die Voraussetzungen dafür schaffen. Deshalb besteht die Notwendigkeit der Bildung von Kommissionen auf der Ebene der einzelnen Industriezweige dieses Sektors, die gleichzeitig mit dem Staatssektor bzw. Industrieministerium zusammenarbeiten. Der Sinn der von dem Staat zu unternehmenden Schritte muß darin bestehen, die Tätigkeit des Privatsektors allmählich zu lenken, zu kontrollieren und sie entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft zu bestimmen und zu planen.

5. Die Rolle des staatlichen Sektors im Prozeß des ökonomischen Wachstums

5.1. Die Rolle des staatlichen Industriesektors im Prozeß der Kapitalakkumulation

Zu den wesentlichen Aufgaben des staatlichen Sektors zählt zweifellos die, im Sinne einer raschen nationalen Wirtschaftsentwicklung eine hohe Quote an Akkumulationsmitteln sicherstellen zu helfen. Das heißt, daß der staatliche Sektor der Industrie in zunehmendem Maße zur Quelle neuer Akkumulationsmittel wird.

Um die Rolle des staatlichen Industriesektors im Prozeß der Akkumulation zu erkennen, ist es notwendig festzustellen, inwieweit die Industrie an der Erzeugung des Volkseinkommens beteiligt ist.
Ohne Zweifel nimmt die verarbeitende Industrie eine zentrale Stellung in der Planung der Industrialisierung des Irak ein. Deshalb ist des weiteren zur Analyse und Prognose ihrer Stellung in der Volkswirtschaft neben der Erfassung ihres Wertvolumens insbesondere die Erfassung im Hinblick auf ihren wertmäßigen Anteil am Bruttosozialprodukt, Export und Import und an der Inlandnachfrage bedeutungsvoll.

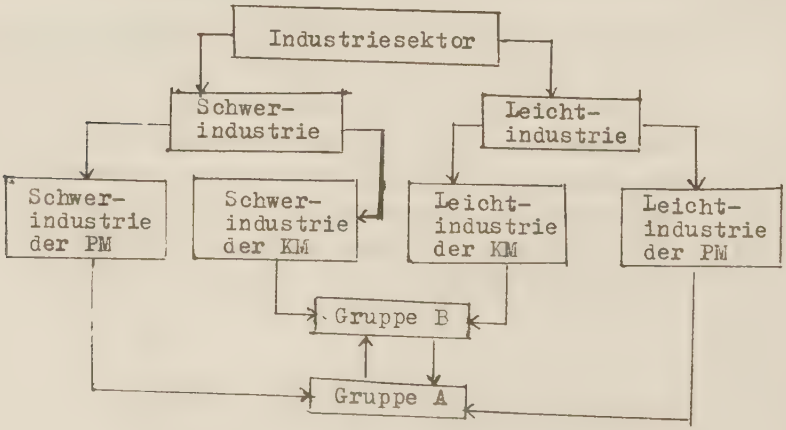
Diese Einschätzung der Stellung der verarbeitenden Industrie bildet die Grundlage für tiefgehende Analysen der Struktur der verarbeitenden Industrie. Das wichtigste Kriterium für diese ist die Industriezweigstruktur. Von der bestehenden Zweigstruktur ausgehend ergeben sich solche wichtigen Aufgabenstellungen wie Herstellung und Sicherung effektiver Proportionen zwischen den einzelnen Zweigen der verarbeitenden Industrie.

Dabei ist eine Zusammenfassung der einzelnen Zweige zur Schwer- und Leichtindustrie für die Einschätzung der Haupttendenzen von Nutzen. Eine solche Gliederung ist deshalb wichtig, weil es um grundlegende Fragen der Entwicklung von Leicht- und Schwerindustrie bzw. Klein- und Großindustrie und ihrer Proportionen in den verschiedenen Phasen der Industrialisierung geht.

Es ist hierbei zu unterscheiden zwischen Leicht- und Schwerindustrie einerseits und Produktions- und Konsummittelindustrie andererseits. Denn in einer Reihe von Zweigen der verarbeitenden Schwerindustrie werden in großem Umfang Konsumtionsmittel produziert. Andererseits werden in den verschiedenen Zweigen der Leichtindustrie Produktionsmittel hergestellt, wie z.B. unter anderem bei den Webereien und Spinnereien der Fall ist.

Das folgende Schema zeigt die Beziehung bzw. die Verflechtung zwischen Konsumtionsmittelindustrie KM (Gruppe B) und Produktionsmittelindustrie PM (Gruppe A) sowie ihre Eingliederung nach Schwer- und Leichtindustrie:

Schema Nr. 2



Wenn wir die Industriezweigstruktur bzw. die Struktur der verarbeitenden Industrie im Irak näher betrachten, so können wir folgendes feststellen:

1. Daß die bestehenden Industriebetriebe des staatlichen Sektors überwiegend im Bereich der Leichtindustrie bzw. der Konsumtionsmittelindustrie liegen.
   Man kann nur einen sehr geringen Anteil der Industriebetriebe in der Gruppe A, d.h. der Produktionsmittelindustrie, eingliedern.
   Es soll hier betont werden, daß obwohl man einen Teil dieser Industriezweige in der Gruppe A eingliedert, ihre Produktion hauptsächlich im Bereich der Gruppe B liegt. Das trifft unter anderem zu bei der chemischen und Metallindustrie sowie Energieerzeugung, die ihre Produkte für Konsumtionszwecke verwendet.[1)]

2. Obwohl der Anteil der nationalen extraktiven Industrie, die im Bereich der Gruppe A liegt, am Bruttowert der Produktion einen sehr hohen Wert erreicht, darf daraus nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß ein sehr hoher Anteil der Produktionsmittel am Industrieaufkommen Rückschlüsse auf das Entwicklungsniveau, speziell die industrielle Fertigung, zuläßt.
   Wiederum werden die Produkte dieser Industriezweige letzten Endes für die Produktion der Gruppe B verwendet.

3. Bei der Produktion von Produktionsmitteln in der irakischen Industrie handelt es sich vorwiegend um die Erzeugung von Gegenständen, die hauptsächlich für die Herstellung von Konsumtionsmitteln bestimmt ist.
   Die Produktion von Arbeitsmitteln und vor allem von Produktionsinstrumenten spielt in der Gruppe A der irakischen Industrie eine noch unbedeutende Rolle.

---

1) Vgl. K. Habib, "Probleme der industriellen Entwicklung im Irak 1963-1969", Bagdad 1972, S. 539 (arabisch)

Diese Gruppe ist nur völlig unzureichend in der Lage, die irakische Wirtschaft mit Arbeitsmitteln zu versorgen. Diese müssen nach wie vor aus dem Ausland importiert werden.[1)]

Es muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß das entscheidende Kriterium für die Einschätzung des industriellen Entwicklungsstandes in erster Linie das Verhältnis zwischen Arbeitsgegenständen und Arbeitsmitteln in der Gruppe A ist. Die Arbeitsmittel bestimmen vor allem als wesentliches Element der Produktivkräfte maßgeblich die wirtschaftliche Entwicklung.[2)]

Aufgrund der engen Verflechtungen der bestehenden Industriebetriebe bzw. der neu zu errichtenden Betriebe zu den übrigen Zweigen werden dementsprechend Produktionsmittel benötigt bzw. Produktions- oder Konsumtionsmittel geliefert. Werden diese Wechselbeziehungen nicht beachtet, kommt es zur Nichtauslastung von Produktionskapazitäten, die die Rentabilität der Betriebe beeinflussen können bzw. die zu Lasten der Volkswirtschaft gehen.

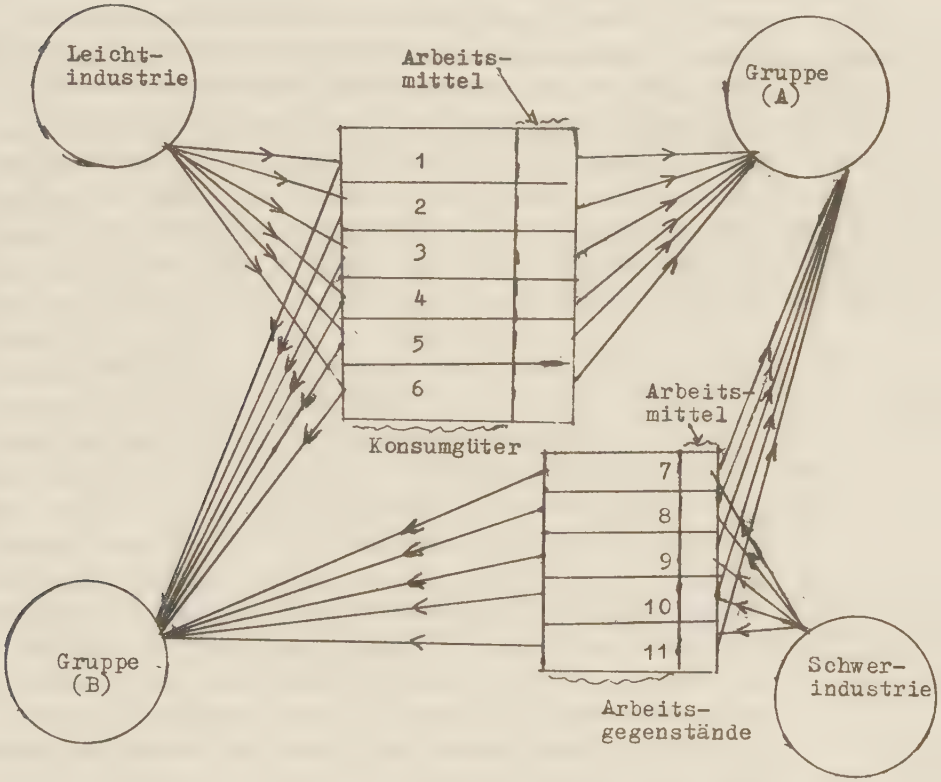
---

1) Vgl. Hartmut Elsenhans, Die Überwindung von Unterentwicklung, in Handbuch der Dritten Welt I, Hamburg 1974, S. 172

2) Vgl. P. Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung, Akademie Verlag. Berlin 1971, S. 29o

Schema Nr. 3

Austauschbeziehungen der Gruppe (A) und (B) und ihre Beziehungen zu der Leicht- und Schwerindustrie im industriellen Sektor des Irak.



1. Holz- und Möbelindustrie
2. Textilindustrie
3. Leder- und Schuhindustrie
4. Lebensmittelindustrie
5. Papierindustrie
6. Glasindustrie
7. Chemische Industrie
8. Metall- und elektrische Industrie
9. Energieerzeugung
10. Baustoffindustrie
11. Extraktive Industrie

Wir haben bereits festgestellt, daß die bestehenden Betriebe der verarbeitenden bzw. des staatlichen Sektors fast nur im Bereich der Konsumtionsmittelindustrie bzw. der Leichtindustrie liegen.
Es soll hier betont werden, daß die Leichtindustrie allgemein gesehen weder das Vorhandensein großer Investitionen noch einer großen Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte erfordert. Die Rückflußdauer ist hier in der Regel niedriger und die Rentabilität verhältnismäßig hoch.

Die vorrangige Entwicklung der Leichtindustrie kennzeichnende Industrialisierungsphase ermöglicht eine Erweiterung des Binnenmarktes und die Erhöhung der Akkumulationskraft. Trotzdem können sie nur ein verbindendes Glied im Industrialisierungsprozeß sein, das früher oder später hinter die vorrangig zu fördernde Entwicklung jener Zweige zurücktreten wird, die Arbeitsmittel für die Investitionsgüterindustrie produzieren. Das heißt ferner, daß eine stärkere Entwicklung der Konsumtionsmittelindustrie zugleich eine beschleunigte Entwicklung jener Zweige der Produktionsmittelindustrie erfordert, die für die ersteren die notwendigen Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände erzeugen. Umgekehrt kann entsprechend den Gesetzmäßigkeiten der erweiterten Reproduktion die vorrangige Entwicklung der Produktionsmittelindustrie nur in dem Maße erfolgen, wie durch die Steigerung der Produktion von Konsumtionsmitteln der Lohnfonds der "Gruppe A" - nach Abzug des Lohnfonds der Beschäftigten in der "Gruppe B" und der nichtproduktiven Sphäre - durch ein entsprechendes qualitäts- und sortimentsgerechtes Warenangebot abgedeckt wird und die materiellen Bedürfnisse befriedigt.[1)]

---

1) Schultz, G., Technische Revolution und Strukturwandel in der Industrie, Berlin 1966, S. 155

Das gegenwärtige Niveau der Industriebetriebe des staatlichen Sektors im Irak bietet noch keine ausreichenden Garantien für eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung, denn die Erweiterung der niederen Formen der Industrie wirkt naturgemäß auf die Dynamik der Akkumulation hemmend ein, da die Kleinindustrie nur einen niedrigen Produktivitätsgrad aufweist. Daher ist die Industrie bzw. die Industriebetriebe des Staatssektors, trotzdem ihr Entwicklungstempo, insbesondere in der Zeit von 1965 - 1974, im allgemeinen beachtlich erhöht war, bisher nur zweitrangig an der Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums beteiligt. Das heißt, trotz einer gewissen Entwicklung des Anteils der verarbeitenden Industrie an der gesamten Akkumulation blieb deren Anteil im Verhältnis zu den Erfordernissen der Entwicklung der Volkswirtschaft zu niedrig.

Der Anteil der verarbeitenden Industrie der staatlichen Betriebe an der Bildung des konstanten Kapitals betrug in der Zeit von 1965 - 1969 166,9 Mio. ID, was 22,9 % der gesamten Akkumulationsmassen ausmacht. In der Zeit von 197o - 1974 stieg der Anteil der genannten Betriebe an der Kapitalbildung um 25,1 % auf 324,o Mio. ID.[1)]

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anteils der verarbeitenden Industrie an der gesamten Akkumulation in der Zeit von 1965 - 1974:

---

1) "Die historische Entwicklung 1964 - 1974", Bagdad 1974..., ebenda, S. 22-23

Tabelle Nr. 32

Anteil der verarbeitenden Industrie des staatlichen Sektors an den Akkumulationsmassen in den Jahren 1965 - 1974 (Werte in Mio. ID)

Jahr	(1) Gesamte Akkumulation	(2) Anteil der verarbeitenden Industrie an d. gesamten Akkumulation	2 : 1 in %
1965	129,8	25,4	19,5
1966	149,6	3o,6	2o,5
1967	143,6	34,3	23,9
1968	142,9	36,4	25,5
1969	157,2	4o,2	25,5
197o	185,1	42,5	23,7
1971	185,7	43,4	23,4
1972	1o6,o	5o,1	24,3
1973	242,8	59,o	24,3
1974	43o,o	129,o	3o,o

Quelle: Die historische Entwicklung 1964 - 1974,... ebenda, S. 25

Betrachtet man die Entwicklung des Anteils des staatlichen Industriesektors an dem geschaffenen Mehrwert, so stellt man fest, daß der Anteil des staatlichen Sektors an dem geschaffenen Mehrwert im Verhältnis zum privaten industriellen Sektor ein relativ schnelleres Entwicklungstempo aufweist. So stieg der Wert des geschaffenen Mehrprodukts in der verarbeitenden Industrie des Staatssektors von 2o,6 Mio. ID im Jahre 1964 auf 93 Mio. ID im Jahre 1974, während der Wert des geschaffenen Mehrproduktes im privaten industriellen Sektor in dem oben genannten Zeitraum von 43,1 Mio. ID auf 9o,4 Mio. ID gestiegen ist.

Über diese Entwicklung informiert Tabelle Nr. 33.

Tabelle Nr. 33

Die Entwicklung des geschaffenen Mehrwertes in dem staatlichen und privaten Sektor der verarbeitenden Industrie in der Zeit von 1964 - 1974 (Werte in Mio. ID)

Jahr	Wert d. geschaffenen Mehrproduktes		Anteil in %	
	Staatssektor	Privatsektor	staatl.	privat
1964	2o,6	43,1	32,3	67,4
1969	4o,3	62,7	39,1	6o,9
1974	95,2	9o,4	51,3	48,7

Quelle: Die historische Entwicklung 1964 - 1974 ..., ebenda, S. 1o5

5.2. Zum Problem der ökonomischen Effektivität des staatlichen Industriesektors

a) Zielfunktion des staatlichen Sektors

Die Erzielung einer hohen volkswirtschaftlichen Effektivität setzt voraus, daß die Betriebe des staatlichen Sektors zur Erhöhung der Ausnutzung der verfügbaren Ressourcen beitragen und die bestmögliche Erfüllung des gesteckten nationalen Industrialisierungszieles garantieren helfen. Für den staatlichen Sektor ergeben sich deshalb Unterschiede zwischen der kommerziellen Effektivität und dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Projekte, weil letzterer sich mit vielen Dimensionen der Projekte befaßt, die ihre kommerzielle Gangbarkeit nicht beeinflussen.

Die Einschätzung der Effektivität des staatlichen Sektors ist sowohl ein quantitatives als auch ein qualitatives Problem. Das heißt, die Analyse der Erfüllung der Aufgaben des staatlichen Sektors kann sich nicht darauf beschränken, diese Aufgaben in den Wertkennziffern einzuschätzen.
Aus einer formalen Analyse der Erfüllung der Aufgaben ist häufig nicht ersichtlich, in welchem Grade die geplanten Effekte auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einwirkt. Es kann eine Nichterfüllung der Aufgaben des staatlichen Sektors hinsichtlich seiner Effektivität in einem Lande größeren Einfluß auf die Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur ausüben.[1)]

---

1) Vgl. H. Linsen, Die volkswirtschaftliche Planung und ihre Effektivität in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift des zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften, Heft 2, Berlin 1975, S. 258

Man braucht also eine Reihe von Kriterien, um die Effektivität des staatlichen Sektors, seine Einwirkungsintensität und seinen Einwirkungsgrad auf die gesellschaftliche Gesamtentwicklung meßbar zu machen.
Diese Effektivitätskriterien können sowohl allgemeiner als auch spezifischer Natur sein. Die spezifischen Effektivitätskriterien sind aus der jeweiligen Hauptaufgabe bzw. der Erfüllung der dem Sektor zugrunde liegenden Zielfunktion abzuleiten. Eine der allgemeinsten Grundlagen für die Effektivität des staatlichen Sektors ist die Beeinflussung des gesamten Reproduktionsprozesses. Daraus resultiert, daß das allgemeinste Effektivitätskriterium die Zielfunktion selbst bzw. der Stand ihrer Erfüllung sein muß.

Soll die Zielfunktion unter den Bedingungen eines Entwicklungslandes wie des Irak jene Rolle spielen, die sie zu spielen hat, um eine möglichst hohe Effektivität des Staatssektors der Wirtschaft zu erreichen, dann ist an sie eine Reihe von Forderungen zu stellen, von denen die wichtigsten folgende sein dürften:

1. Die Zielfunktion des staatlichen Sektors muß das Optimum gemeinsamer Interessen zum Ausdruck bringen. Sie muß sowohl im makro- als auch im mikroökonomischen Bereich anwendbar sein und auf allen Ebenen ein eindeutiges Ergebnis bringen, d.h. sie muß mathematisch formulierbar und damit exakt nachweisbar und abrechenbar sein. Der mathematische Ausdruck einer solchen Zielfunktion könnte folgendermaßen lauten:

$$\frac{G_i}{F_i} \longrightarrow \max.$$

wobei G_i der Gewinn bzw. das Ergebnis eines Betriebes (oder einer x-beliebigen Wirtschaftseinheit) und F_i der Aufwand dieser Einheit an fixem Kapital ist.
Diese Formel würde für die mikroökonomische Ebene gelten.

Für den makroökonomischen Bereich, also für die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit, gilt dann analog

$$\sum_{i=1}^{n} \frac{G_i}{F_i} \longrightarrow \max.$$

2. Sie muß die tatsächliche Hauptaufgabe innerhalb einer bestimmten, zeitlich begrenzten Periode der Entwicklung ausdrücken und Ausgangspunkt für weitere Detailaufgaben sein.

3. Sie muß prinzipiell realisierbare Aufgaben stellen, darf nicht von illusionären Wunschvorstellungen bestimmt werden und keine bewußt überhöhten Ziele anstreben.

Aus diesen Forderungen geht hervor, daß die Zielfunktion des staatlichen Sektors nur in Wertkategorien ausgedrückt werden kann. Verbale Formulierungen genügen nicht, da sie weder berechenbar noch abrechenbar sind. Wenn die Zielfunktion ein eindeutiges Ergebnis auf allen Sektorenebenen zum Ausdruck bringen soll, muß sie weiterhin sowohl Beziehungen zum Aufwand als auch zum Ergebnis haben. Daraus wiederum folgt, daß ihr Inhalt die maximale Erhöhung des gesellschaftlichen Mehrprodukts und die Optimierung seiner effektiven Verwendung sein muß. Anders ausgedrückt könnte man sagen, daß Inhalt einer jeden Zielfunktion die maximale Erhöhung des gesellschaftlichen Mehrprodukts bei einem entsprechenden minimalen Aufwand an gesellschaftlichen Fonds zu sein hat.[1)]

Insgesamt gesehen, schließt die Optimierung des gesellschaftlichen Mehrprodukts und seine damit verbundene effektivste Verwendung folgendes ein:

---

1) Vgl., Ramzi Zaki Botros, "Zur Strategie der Erhöhung der Akkumulation in den ökonomisch schwachentwickelten Ländern unter der Berücksichtigung des optimalen Verhältnisses zwischen Akkumulation und Konsumtion", Dissertation, Berlin 1973, HfÖ, S. 61

1. Die Aufteilung des gesellschaftlich geschaffenen Mehrprodukts auf Akkumulation und Konsumtion muß entsprechend den Optimalitätskriterien vorgenommen werden. Optimalität in diesem Zusammenhang unter besonderer Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse in einem Entwicklungsland wie des Irak bedeutet, daß trotz der Notwendigkeit einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung die Akkumulationsrate nur so groß sein muß, daß noch immer ein permanentes und spürbares Wachstum der Konsumtion, ausgedrückt im steigenden Lebensstandard der Bevölkerung, erreicht werden kann, ohne dabei das Prinzip der vorrangigen Entwicklung der Produktionsmittelindustrie zu verletzen.
   Das ist kein Widerspruch, denn die Produktionsmittelindustrie schafft letzten Endes die Voraussetzungen für die Steigerung der Produktion in der Konsumtionsmittelindustrie und damit für die Steigerung der Konsumtion.[1)]

2. Die Optimierung der Zielfunktion ist nicht allein eine Frage der Produktivkräfte, sondern in hohem Maße ein Problem der Produktionsverhältnisse.
   Die Optimierung des gesellschaftlichen Mehrprodukts und seiner effektivsten Verwendung schließt deshalb unter den Bedingungen des Irak eine Veränderung der sozialökonomischen Struktur der Wirtschaft und des Landes mit ein und verlangt eine Anpassung dieser Struktur an die veränderten Produktivkräfte entsprechend dem Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkraft.[2)]

---

1) Vgl. Paul Baran, Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, a.a.O., S. 280
2) Vgl. "Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen", Autorenkollektiv, Dietz-Verlag, Berlin 1975, S. 128-133

b) Der staatliche Wirtschaftssektor, insbesondere der industrielle Sektor, im Irak ist u.a. dadurch charakterisiert, daß er kein geschlossenes einheitliches Wirtschaftssystem der Leitung und Planung bildet.
Seine einzelnen verschiedenen ökonomischen Einheiten - wie z.B. Gesellschaften, Betriebe, Banken usw. - sind in ihrer Tätigkeit, Leitung und Weiterentwicklung voneinander isoliert. Sie unterstehen keinem einheitlichen staatlichen Leitungsapparat und verfolgen auch infolgedessen keine einheitlichen und zentralisierten Programme bzw. Aufgaben.
Die Leitungstätigkeit des staatlichen Industriesektors ist durch ihre zersplitterte, dezentrale und traditionelle, d.h. verwaltungsmäßige Arbeitsweise gekennzeichnet, die einen bürokratischen konservativen Inhalt und Charakter aufweist.
Der Leitungsapparat des General Departements für Industrie[x] weist die typisch kapitalistischen Züge auf: die Zersplitterung, Anarchie und Spontaneität. Das heißt u.a., Konzentration auf die untergeordneten Aufgaben, unklare Abgrenzung der Aufgaben, Fehlen der Kontrolle und der Verantwortung.[1] Daraus kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß der gegenwärtige Entwicklungsstand des Leitungs- und Planungssystems des staatlichen Industriesektors nicht den Erfordernissen des immer größer und demzufolge ökonomisch wichtiger werdenden gesamten staatlichen Wirtschafts- bzw. Industriesektors entspricht.

---

x) Das General Departement für Industrie wurde im Jahre 1972 aufgelöst. Das Industrieministerium übernahm die Tätigkeit des GDfI.

1) Saute- Umal, Bagdader Zeitung, Organ der Generalunion der Gewerkschaften Iraks, vom 18.9.197o, Nr. 154

Das heißt ferner, daß die Industrialisierung des Landes und die Weiterentwicklung des staatlichen Industriesektors bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der konservativen traditionellen Prinzipien bzw. Grundlagen der Leitung und der Planung unmöglich sind bzw. sehr langsam vor sich gehen werden.

Diese Umstände zusammengenommen, drücken den Widerspruch aus, der zwischen den immer günstiger werdenden ökonomischen Bedingungen der gesamten staatlichen Wirtschaft bzw. des Industriesektors und deren möglichst rationelle Ausnutzung einerseits und zwischen dem rückständigen Entwicklungsstand der Leitung sowie deren angewendeten Methoden andererseits besteht.

Dieser Widerspruch gewährleistet also keine ständige und schnellere Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Rentabilität, was gleichzeitig den Prozeß der Weiterentwicklung des Staatssektors und damit der nationalen Volkswirtschaft entscheidend erschwert.

Daraus ergibt sich, daß die Notwendigkeit der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Erhöhung der Rentabilität sowohl der einzelnen Betriebe des staatlichen Industriesektors als auch des gesamten staatlichen Wirtschaftssektors eine dementsprechende Entwicklung des Leitungssystems als eine unabdingbare Voraussetzung dafür erfordert.

Aus diesem Grunde kann also festgestellt werden, daß die Gründung des Generaldepartements für Industrie - als ein zentrales Leitungssystem des verstaatlichten Industriesektors - einen positiven Schritt in der Richtung der wirtschaftlichen Leitung darstellte. In diesem Sinne trägt dieser Schritt einen fortschrittlichen Charakter, wenn er sich auch im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse vollzogen hat.

Die Betriebe des staatlichen Industriesektors sind voneinander isoliert, ihre Beziehungen nur im Rahmen des Ein- und Verkaufs beschränkt und sie pflegen keine nennenswerten Formen der Koordinierung und Zusammenarbeit.

Dies alles führte zur Schwächung dieser Betriebe selbst gegenüber dem Privatsektor und zur Erhöhung ihrer Selbstkosten.
Sie tragen auch im Endeffekt zu einem unvertretbaren Abfluß von Akkumulationsmitteln bei, indem sie u.a. ihre Kapazitäten nicht auslasten und sogar mit Verlusten arbeiten, wie dies der Industrieminister Iraks bei einer Veranstaltung aus Anlaß der Untersuchung des Problems der Produktionseffizienz der staatlichen Betriebe hervorhob.[1)]

Die Nichtauslastung der Produktionskapazitäten kommt am deutlichsten in der Baustoffindustrie zum Ausdruck. Die Herstellung von Ziegelsteinen, Betonfertigteilen sowie Asbestprodukten zeigte bis 1972 eine allgemein sinkende Entwicklungstendenz.
Obwohl der Produktionswert dieser Erzeugnisgruppe um mehr als 31 % (von 1968 - 1971) gestiegen ist, ist es gleichzeitig deutlich zu ersehen, daß ein Rückgang der Produktion zahlreicher Produkte im Verhältnis zum Jahr 1968 zu verzeichnen ist, was gleichzeitig den Produktionsprozeß der betreffenden Betriebe stört und große Produktionskapazitäten frei und ungenutzt bleiben läßt. Der Wert der abgesetzten Produktion stieg im Jahre 1971 um 27,8 % gegenüber 1968. Dieser Wert ist sogar größer als der der produzierten Waren des Jahres 1971.[2)]

Einer der Gründe hierfür liegt darin, daß der mengenmäßige Verkauf, wie es bei den Ziegelsteinen der Fall ist, größer als die mengenmäßige Warenproduktion ist. Bei den Ziegelsteinen betrug diese Relation sogar mehr als 7o % zugunsten der Verkäufe. Das heißt: es wurden mehr Waren abgesetzt als tatsächlich in dem erfaßten Zeit-

---

1) Al- Thaura, Tageszeitung, Organ der Baath- Partei, Nr. 12 vom 21.7.1976
2) Siehe, Capital Formation in Industrie for the jear 197o/1971, Bagdad 1972, S. 55

raum produziert wurden. Die von 1967/1968 gelagerten Waren konnten - jedenfalls ein großer Teil davon - ein Jahr später realisiert werden.
Diese Tatsache besagt ferner, daß die Planung des Marktes nicht imstande war, die vorhandenen Absatzmöglichkeiten bzw. deren Veränderungen wissenschaftlich zu analysieren usw. Diese Untergruppe wies also auf, daß die Aufnahmefähigkeit des Marktes größer ist als die wirkliche Produktion, was gleichzeitig bedeutet, daß die ungenutzten möglichen Produktionskapazitäten ausgenutzt werden müssen.

Für die Produktion in der Untergruppe für Zementindustrie sind dagegen andere Besonderheiten bzw. Züge charakteristisch. Die Produktion in dieser Untergruppe zeigt eine allgemein steigende Tendenz. Im Verhältnis zu 1968 stieg sie im Jahre 1971 um fast 4o %. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität führte zu einer noch nie erreichten vollen Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten dieser Untergruppe. Vor diesen Produkten steht also nicht mehr das Problem der völligen Auslastung der Kapazitäten, sondern Probleme der Erweiterung der vorhandenen Produktionskapazitäten.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausnutzung der Produktionskapazitäten der einzelnen Produkte der Erzeugnisgruppe für Baustoffindustrie:

Tabelle Nr. 34

Sortiment	Jahresprodukt.-kapazität für eine Arbeits-schicht	Höchst-kapazit.	wirkliche Produktio während 1971
1. Zementindustrie Zement (Tonne)	48o.666	1.442.ooo	1.3o6.1o4
2. Ziegelstein-industrie Ziegelsteine in (Millionen)	8.383	2o.o54	19.259
3. Betonfertigteile Betonrohre in (1ooo)	257	488	162
Baublöcke (1ooo)	1.11o	2.22o	12o
Betonplatten in (1ooo)	1.1o9	1.976	5o3
Dachplatten in (1ooo)	114	414	85
andere in (1ooo)	6.83o	13.2o1	6.166
4. Asbestindustrie Schwellen (1ooo)	6.912	2o.736	2.117
Rohre (1ooo)	394	1.184	67
Dachplatten (paar)	2.6oo	7.ooo	858
andere (Stück)	219	438	219

Quelle: Capital Formation in Industrie für the year 197o/1971, Bagdad 1972, S. 56-57, Tabelle Nr. 5

Der Rationalisierung kommt bei der Entwicklung des Staatssektors und seiner ökonomischen Ergebnisse große Bedeutung zu; dadurch können die vorhandenen Grundmittel rationell mobilisiert und effektiv ausgenutzt werden, was gleichzeitig eine Einsparung an Akkumulationsmitteln bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit der Rentabilität bedeutet. Daraus geht hervor, daß die spontane und gleichzeitig zersplitterte Vorbereitung und Durchführung von verschiedenen Rationalisierungsmaßnahmen den an das Leitungsorgan der Industriebetriebe gestellten Anforderungen bei der weiteren Entwicklung des Staatssektors nicht entsprechen.

Oft werden Rationalisierungsmaßnahmen auf Ebene eines Betriebes, und zwar hauptsächlich durch materielle und finanzielle Aufwendungen, d.h. durch Rationalisierungsinvestitionen, mit dem Ziel durchgeführt, die vorhandenen veralteten Grundmittel zu ersetzen und zu modernisieren bzw. völlig neue technologische Verfahren einzuführen, um die Produktivität zu erhöhen. Abgesehen davon, ob die anderen objektiv bestehenden Probleme, wie z.B. die Aufnahmefähigkeit eines einheimischen Marktes, das Vorhandensein einheimischer Materialien[x] usw., geklärt sind, werden dabei in den meisten Fällen die subjektiven Bedingungen eines Betriebes nicht beachtet bzw. völlig ignoriert.
Die Juteindustriegesellschaft ist hierfür ein typisches Beispiel für den Staatssektor.
Dieser Gesellschaft wurden von dem Generaldepartement für Industrie mehr als 672,000 ID als Rationalisierungs-

---

x) Nach Angaben des Jahresberichts des Generaldepartements für Industrie wurde das bei der Baumaterialienindustriegesellschaft festgestellt, die fast 1.200 Mio. ID innerhalb von zwei Jahren investiert hat, obwohl die Kapazitäten aller Produkte dieser Gesellschaft und sogar die Produktivität fast unverändert geblieben sind.

investitionen bereitgestellt,[1] um die veralteten Grundmittel zu modernisieren. Während des Jahres 1969/7o wurden mehr als 5o moderne und teilweise automatisierte Maschinen und Geräte für die Weberei und während des Jahres 197o/1971 weitere zahlreiche dieser Maschinen und Geräte für die Spinnerei gekauft und in die Produktion eingeführt.
Die Folgen dieser spontan, unwissenschaftlich und isoliert vorbereiteten und durchgeführten Maßnahmen sahen den Angaben des Generaldepartements für Industrie zufolge u.a. wie folgt aus:[2]

1. Die automatisierten Geräte konnten nicht benutzt werden.
2. Einige der modernen Maschinen konnten nicht repariert werden (diese beiden Folgen waren verursacht einmal durch den Entwicklungsstand der eingesetzten Arbeitskräfte und zum anderen durch den der Reparaturwerkstätten und schließlich durch das Fehlen von Ersatzteilen).
3. Infolgedessen sank die Produktivität dieser Gesellschaft: die Ausnutzung der möglichen Produktionskapazitäten aller ihrer Produkte betrug im Jahre 1969/197o 87,6 %, im Jahre 197o/1971 68 % und im Jahre 1971/1972 sogar nur 66,4 %.[3]

Daraus geht u.a. hervor, daß der Qualifizierungsgrad der Arbeitskräfte dem hohen Entwicklungsstand der modernen Technik nicht entsprach, d.h. daß die weitere unbedingt notwendige Qualifizierung der Arbeitskräfte vernachlässigt wurde. Das trifft gleichermaßen für den Entwicklungsstand der Reparatur und den der innerbetrieblichen Organisation zu.

---

1) Jahresbericht des Generaldepartements für Industrie für 1969/197o, S. 27
2) Ebenda, für 197o/1971, S. 78-79
3) Ebenda, für 1971/1972, S. 75

Somit können wir also schlußfolgern, daß diese "Rationalisierungsmaßnahmen" nicht das aufgestellte Ziel erreicht haben, sondern das Gegenteil, also die Senkung der Arbeitsproduktivität. Dieses Beispiel gilt bis heute noch als typische Erscheinung in den Industriebetrieben des staatlichen Sektors.
Die in den staatlichen Betrieben vorgenommenen Rationalisierungsmaßnahmen sind also in den meisten Fällen mit verhältnismäßig großen finanziellen Aufwendungen verbunden, was gleichzeitig bedeutet, daß die effektivere Ausnutzung der vorhandenen ohnehin modernen und leistungsfähigen Grundmittel nur über Rationalisierungsinvestitionen erfolgt.

Diese in der Praxis sehr verbreitete Ansicht ist einseitig und demzufolge unökonomisch, da sie die wirklich vorhandenen und ohne weitere Investitionen möglichen Reserven nicht aufgedeckt und sie auch nicht effektiv ausgenutzt hat. Das ist dadurch zu erklären, daß diese Ansicht die bestehenden subjektiven und objektiven Faktoren, insbesondere aber den Entwicklungsstand der Produktivkräfte und ihre Besonderheiten, nicht alle gleichzeitig erfaßt und damit alle Bereiche und Ebenen berührt, die direkt oder indirekt durch die Rationalisierung betroffen werden. Das heißt, diese Ansicht wird durch die isolierte Betrachtungsweise des Produktionsprozesses charakterisiert.
Die Gefahr dieser Ansicht besteht einmal darin, daß die Akkumulationskraft der staatlichen Betriebe und damit des Staatssektors dadurch geschwächt wird. Sie kann zum anderen die effektive Verwirklichung dieser Maßnahmen nicht gewährleisten, was gleichzeitig die Entwicklung des Staatssektors immer mehr erschwert.
Die Anwendung moderner Technik und technologischer Verfahren, ohne die daraus abgeleiteten verschiedenen produktionsorganisatorischen und dabei politisch-ideologischen Maßnahmen vorzubereiten, zu planen und dementspre-

chend durchzuführen, d.h. ohne umfassende, den gesamten Produktionsprozeß erfassende Betrachtungsweise, kann keine Steigerung der Produktivität sichern, auch wenn weitere Investitionen eingesetzt werden.
Unter diesen Bedingungen, das trifft auch auf unser obiges Beispiel zu, bedeuten diese und ähnliche Maßnahmen eine Vergeudung an Akkumulationsmitteln als auch an Zeit und stimmen demzufolge mit dem Gesetz der Ökonomie der Zeit nicht überein.[1)]

Es existieren noch andere Probleme, die die Effektivität des staatlichen Industriesektors schwächen.
Es sind:

1. Der verstaatlichte Industriesektor und die ihm unterstehenden Institutionen finanzieren den Staatshaushalt aus ihrem jährlichen Reingewinn mit 3o %.[2)] (Laut Gesetz der Wirtschaftsorganisation waren es im Jahre 1967 25 %.)
   Dadurch wurde die Bedeutung des verstaatlichten Industriesektors bei der Finanzierung des Staatshaushaltes, d.h. der unproduktiven Bereiche, größer, was gleichzeitig bedeutet, daß die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Sektors geringer wurden.

2. Der verstaatlichte Industriesektor ist allen Steuern, einschließlich der Einkommenssteuer, unterworfen.
   Das Ziel dieser Maßnahme ist die gleichberechtigte bzw. gleichmäßige Steuerzahlung sowohl durch die staatlichen Institutionen, d.h. den Staatssektor, als auch durch die privaten Betriebe und Gesellschaften.

---

1) Vgl., J. Garscha, "Zeitfaktor und Produktionsstruktur", aus der Reihe: Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Heft Nr. 35, Verlag die Wirtschaft, Berlin 1968.
(Das Gesetz der Ökonomie der Zeit besagt, daß durch den geringsten Aufwand, sowohl an lebendiger als auch an vergegenständlichter Arbeit, ein höchstes ökonomisches Ergebnis erzielt wird. Dies ist gleichzeitig durch die rationelle Ausnutzung der Zeit bedingt.)
2) Gesetz der Wirtschaftsorganisation Nr. 98, Bagdad 1968 (arabisch)

Die Gleichstellung auf dem Gebiet der Steuerzahlung vollzieht sich aber in erster Linie auf Kosten des Staatssektors, und zugleich zugunsten des Privatsektors. Die Tatsache, daß die dem verstaatlichten Industriesektor angehörenden Betriebe hinsichtlich des investierten Kapitals, der beschäftigten Arbeitskräfte, der Gewinne als Großbetriebe gelten, bedeutet, daß diese Betriebe den Steuern, einschließlich der Einkommenssteuer, stärker unterworfen sind als die des Privatsektors. Praktisch haben wir es mit einer Steuerpolitik zu tun, die anstatt den Staatssektor zu fördern, den Privatsektor begünstigt.

3. Somit finanziert also der verstaatlichte Industriesektor den Staatshaushalt auf zwei Wegen, nämlich einmal mit 3o % seiner Jahresgewinne und zum anderen dadurch, daß er alle Steuern entrichten muß.
Dagegen hat der Privatsektor den Staatshaushalt nur auf einem einzigen Weg zu finanzieren, indem er alle Steuern zahlt. Deshalb ist klar, daß die staatlichen Institutionen durch diese Politik doppelt belastet werden; ihre Entwicklungsmöglichkeiten sind dadurch geringer.
Außerdem müssen die jährlichen Zinsen für die Inhaber der in staatliche Obligationen verwandelten verstaatlichten Kapitalien bezahlt werden. Wenn der verbliebene Rest für diesen Zweck nicht ausreicht, verpflichtet sich der Staat, den Rest der jährlichen Zinsen zu zahlen.
Der Entschädigungswert der 27 verstaatlichten Industriebetriebe beträgt über 17,45 Mio. ID; der vom verstaatlichten Industriesektor bzw. Staat innerhalb von 15 Jahren, also spätestens bis 1979, gezahlt werden muß.

4. Nach der Bezahlung der Jahreszinsen wird der Rest der Reingewinne und der Reservegelder folgendermaßen aufgeteilt:

a. 3o % für die Bezahlung der in staatliche Obligationen verwandelten bereits verstaatlichten Aktien,

b. 3o % für den Staatshaushalt,

c. 4o % für die Erweiterung der dem Generaldepartement für Industrie unterstellten Betriebe - also durch neue Produktionseinheiten oder für die Errichtung neuer Vorhaben, die die nationale Volkswirtschaft entwickeln und festigen entsprechend den vom hohen Rat des Generaldepartements bestätigten Argumenten.[1)]

Daraus ergibt sich, daß die vor der Verstaatlichung als staatlich existierende Industriebetriebe benachteiligt werden: diese Betriebe sind keine verstaatlichten Betriebe, aber sie leisten ihren Beitrag bei der Deckung bzw. Zahlung der oben genannten Entschädigung; ihre Entwicklungsmöglichkeiten sind also eingeschränkt, was dem Staatssektor und dem Staat selbst schadet.

Es muß schließlich noch erwähnt werden, daß ein Teil der in den staatlichen Betrieben geschaffenen Mehrprodukte sich von den Vertretern der Macht, die die Leitungsapparate dieser Betriebe beherrschen, angeeignet werden. Ihre Tätigkeit als leitende Funktionäre der staatlichen Betriebe ist Instrument ihrer Bereicherung.

---

1) "The Economist", ebenda, Nr. 1, Bagdad 1969, S. 118-12o

6. Die Wirtschaftspolitik des Staates in der Landwirtschaft

6.1. Durchführung der Agrarreform

Bei der Überwindung der rückständigen ökonomischen Basis und der Herausbildung eines einheitlichen Reproduktionsprozesses kommen tiefgreifenden sozialökonomischen Umgestaltungen im Agrarsektor eine Schlüsselstellung zu. Deshalb ist die Lösung der Agrarfrage zugleich eine der grundlegenden Bedingungen, entscheidende volkswirtschaftliche Widersprüche und Disproportionen, die unter anderem im Nahrungsproblem, im Problem der Erschließung der inneren Akkumulationsquellen und im Marktproblem ihren Ausdruck finden, die die Industrialisierung auf vielfältige Weise behindern, zu überwinden. Das heißt, daß die Entwicklungsrichtung und das Entwicklungstempo des Agrarsektors in entscheidendem Maße das Tempo der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft im allgemeinen und das der Industrialisierung im einzelnen bestimmen.
Ausgehend davon besteht die Möglichkeit, daß der Staat durch den staatlichen Sektor das Instrument in der Hand hält, mit dem er den Produktions- und Reproduktionsprozeß im Bereich der Landwirtschaft immer umfassender zum Zwecke der tiefgreifenden sozialökonomischen Umgestaltungen im Sinne des sozialen Fortschritts beeinflussen kann.

Die Entwicklung der Landwirtschaft im Irak erfordert, daß der Staat eine konsequente Wirtschaftspolitik auf dem Lande durchführt, d.h. der Staat muß davon ausgehen, daß die Entwicklung der Landwirtschaft und die Steigerung deren Produktivität in erster Linie eine demokratische revolutionäre Bodenreform erfordert, die im Interesse der ärmsten Bauern liegt und zur endgültigen Abschaffung des Großgrundbesitzes führt. In der "Charta der Nationalen Aktion" heißt es:

"Der Agrarsektor ist von allen Sektoren derjenige, der eine schnelle und endgültige Umwandlung am nötigsten hat, da er unter miserablen und rückständigen Bedingungen leidet, obwohl er den größten Teil unseres Volkes umfaßt. Die ländlichen Gebiete unseres Landes bedürfen einer totalen Revolution, die die Beziehungen des feudalen, tribalen und familiären Typus elimintiert, die während der Jahrhunderte der Knechtschaft vorherrschten und die von einem rückständigen, ausbeuterischen Feudalregime aufgezwungen worden waren."[1)]

Die Maßnahmen der Regierung bei der Durchführung der Bodenreform sowie die Anwendung des Gesetzes Nr. 117 von 197o, das das Gesetz Nr. 3o von 1958 in wichtigsten Punkten ergänzte und fortschrittliche Klauseln beinhaltete,[2)] waren nicht imstande, den Bauern endgültige Befreiung von der feudalen Ausbeutung zu verschaffen, da fast die Hälfte der besten fruchtbaren Böden mit ihren Bewässerungsanlagen und Maschinen in den Händen der Großgrundbesitzer gelassen wurden.[3)]

---

1) Charta der Nationalen Aktion, Veröffentlichungen des Ministeriums für Information, Bagdad 1973, S. 37 (arab.)
2) Schon ein Jahr vor der Verabschiedung des neuen Agrargesetzes hatte die Regierung das Gesetz von 1958 in zwei wesentlichen Punkten verändert, indem sie das Recht auf Entschädigung für das den Feudalherren enteignete Land und das Recht auf die freie Wahl bezüglich des ihnen verbliebenen Bodens aufgehoben hatte. Das im folgenden Jahr erlassene Gesetz Nr. 117 regelte dann das Problem der maximalen landwirtschaftlichen Besitzgröße neu und schaffte erstmalig die Grundlage für eine systematische Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften verschiedenen Typs.
Vgl. "Das ökonomische Wachstum im Irak", Verlag der Revolution, Bagdad 1972, S. 68-7o (arabisch)
3) Vgl. Z. Kairy, Das Problem der Landwirtschaft im Irak, in Al- Thakafa Al- jadida, Bagdad Nr. 4/1972, S. 21 (arabisch)

Man braucht heute, 17 Jahre nach dem Erlaß des 1. Bodenreform-Gesetzes, nur auf die Verteilung des Bodens im Irak zu schauen. Vom Ministerium für Bodenreform und vom Ministerium für Planung herausgegebene offizielle Zahlen zeigen, daß die Hälfte der gesamten Anzahl der Bauern noch kein Land besitzt, während der feudale Landbesitz und der kultivierbare Boden, der nicht aufgeteilt wurde, die Hälfte des gesamten kultivierbaren Bodens bildet (die Gesamtheit beträgt 3o Millionen Donum).
Der gesamte Boden, der vom Ministerium für Bodenreform aufgeteilt wurde, überstieg nicht 4,8 Millionen Donum; diese wurden an 118.ooo Bauernfamilien verteilt.
Wenn wir noch das Landgebiet (8 Millionen Donum) hinzufügen, das vom Ministerium für Bodenreform an 226.ooo Bauernfamilien verpachtet wurde, so beträgt die gesamte Bodenfläche, die verteilt bzw. verpachtet wurde, 13 Mio. Donum.[1] Das ist weniger als die Hälfte des kulturfähigen Bodens im Irak, der annähernd an 344.ooo Bauernfamilien verteilt oder verpachtet wurde, die ein Drittel der Landbevölkerung ausmachen.[2]
Die laufende Verschlechterung der Fruchtbarkeit des Bodens durch die Ansammlung von Salzen als Folge der staatlichen Nachlässigkeit bei dem Bau von Be- und Entwässerungsanlagen steht an der Spitze der zu lösenden Probleme in der Landwirtschaft des Irak.
Es wird geschätzt, daß ungefähr 6o % des kulturfähigen Bodens durch Salzansammlung ruiniert wurden und daß etwa 5o.ooo Donum an Boden jährlich aus demselben Grunde von der Bebauung ausgeschlossen werden müssen.[3]

---

1) Die Größe der im Rahmen der Agrarreform verteilten Parzellen bewegt sich zwischen 2oo Donum nicht sehr fruchtbaren Bodens südlich der Regenlinie und 4 Donum durch Flut bewässerten mit Tabak bepflanzten Bodens in den Nordprovinzen. Die enteigneten Großgrundbesitzer sind davon insofern ausgenommen, als sie zwischen 2ooo Donum nicht sehr fruchtbaren Bodens südlich der Regenlinie und 4o durch Flut bewässerten Bodens behalten können, also jeweils das Zehnfache.
2) Vgl. "Das ökonomische Wachstum im Irak"..., a.a.O., S. 69-71
3) Vgl. Bewertung des ökonomischen Wachstums im Irak, a.a.O., S. 7o-71

Die im Rahmen der Entwicklungspläne bereitgestellten Investitionen, die für die Bewässerungs- und Drainageprojekte vorgesehen waren (im Fünfjahrplan 1965-1969 betrug die Summe der Investitionen 77,1 Mio. ID), wurden zum größten Teil nicht durchgeführt.[1)]
Hinzu kommt noch, daß die Staudämme nur nach technischen Gesichtspunkten gebaut worden sind. Das heißt, daß bisher im Rahmen der Entwicklungspläne errichtete Dämme, von der Landwirtschaft aus gesehen, glatte Fehlinvestitionen waren, da zwar die Staudämme errichtet, aber die zur Bewässerung notwendigen Kanäle nicht gebaut worden sind. Das besagt, daß die gebauten Staudämme nicht zu Bewässerungszwecken, sondern hauptsächlich zur Verhütung der Überschwemmung bestimmt sind.

Alle bisherigen Ausführungen deuten an, daß die durchgeführte Bodenreform und damit die gesamte Politik des Staates im Bereich der Landwirtschaft nicht umfassend genug bzw. radikal genug war, um den agrarischen Überschuß und die Potenzen der Landwirtschaft zu steigern.
Das heißt, daß diese sozialökonomischen Maßnahmen nicht zu grundlegenden Veränderungen der in der Landwirtschaft bestehenden stagnierenden Produktionsverhältnisse bzw. Produktionsweise führten, die durch ein niedriges Niveau der Produktivkräfte, eine wenig entwickelte gesellschaftliche Arbeitsteilung sowie durch rückständige Formen der Produktionsorganisation und Produktionskooperation charakterisiert sind.
Das zeigt sich in dem Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter den volkswirtschaftlichen Erfordernissen, insbesondere in der wachsenden Kluft der Arbeitsproduktivität zwischen Landwirtschaft und Industrie.

---

1) Vgl. Die historische Entwicklung im Irak 1964-1975, a.a.O., S. 21-23

Die Schwierigkeiten, die sich den sozialökonomischen Umwälzungen in den Weg stellen, sind nicht nur durch die Rückständigkeit der Landwirtschaft bedingt, sondern auch dadurch, daß diese Umwälzungen häufig "von oben" mit Hilfe des Staatsapparates, der durch Armeebeamte vertreten ist, mittels bürokratischer Methoden ohne die notwendige Vorbereitung und die genügende Unterstützung der Volksmassen durchgeführt werden.

Deshalb brachte die Praxis der Agrarreform im Irak viele negative Erscheinungsformen und Hemmnisse für die Aktivierung des ökonomischen Wachstumsprozesses mit sich. Hierfür fassen wir folgende Erscheinungen zusammen:

1. Die landwirtschaftliche Erzeugung ist durch stagnierende bzw. rückständige Entwicklung gekennzeichnet. Somit ist die Entwicklung im Agrarsektor nicht mit dem Wachstum anderer Wirtschaftszweige in der Lage, schritt zu halten. Die Entwicklung in der Landwirtschaft blieb sogar hinter der Entwicklung der Einwohnerzahl zurück, so daß die Pro-Kopf-Versorgung der irakischen Bevölkerung mit Agrarprodukten aus der eigenen Erzeugung nicht möglich ist.
   Das heißt, daß die Landwirtschaft des Irak nicht fähig ist, die materiellen Voraussetzungen für die Reproduktion der Arbeitskräfte wie der gesamten Bevölkerung der nicht agraren Bereiche durch die Bereitstellung einer entsprechenden Menge an Nahrungsmitteln zu sichern. Hinzu kommt, daß eine der Funktionen der Landwirtschaft im Irak darin besteht, die Produktion der auf landwirtschaftlichen Rohstoffen basierenden Industrie, z.B. Textil- und Nahrungsmittelindustrie usw., bereitzustellen. Die verfügbaren Zahlen über diese Verflechtung weisen aus, daß im Jahre 1968 (44 %) des Gesamtproduktionswertes agrarorientierter Industrien durch die

---

1) Vgl. K. Habib, "Über einige Probleme des ökonomischen Wachstums im Irak", Bagdad 1975, S. 92-93 (arabisch)

Lieferung landwirtschaftlicher Produkte erbracht werden müßten.[1] Von dem gesamten Aufkommen der Landwirtschaft gingen im selben Jahr nur 13 % in andere Bereiche der Volkswirtschaft zur Weiterverarbeitung, insbesondere in agrarorientierte Industrien.[2] Dies zeigt, daß die Verflechtungsbeziehungen zwischen Landwirtschaft und nichtagrarischen Wirtschaftsbereichen ein sehr geringes Niveau haben.

Die Versorgung der Industriezweige sowie der Bevölkerung der nichtagraren Bereiche mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen muß zum großen Teil aus dem Import sichergestellt werden.

Im Jahre 197o hat der Irak für 3o,8 Mio. ID Lebensmittel importiert, das sind 17 % des gesamten Imports. Im Jahre 1973 beliefen sich die Importe an landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf 56,7 Mio. ID. Die nationale Produktion von Lebensmitteln macht etwa 93 Mio. ID aus, d.h. der Import deckt mehr als die Hälfte des gesamten Verbrauchs.[3] Der Import von Nahrungsmitteln zur Lösung der Versorgungsprobleme ist ein Problem, das die wirtschaftliche Unabhängigkeit der betroffenen Länder berührt.

Die Fortsetzung dieser Importe aus den "Industrieländern" führt zu neuen Formen der ökonomischen Abhängigkeit im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung.

Das hat hauptsächlich folgende Gründe:

Durch die Erhebung von Monopolpreisen für Nahrungsmittel wird die Akkumulation, die für die Industrialisierung der Entwicklungsländer erforderlich ist, gehemmt.

"So kostete z.B. USA-Hartweizen im Januar 1974 je Tonne 24o Dollar, das ist das Vierfache des Preises vom Juli 1972".[4] Im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern

---

1) Vgl. Ayazi, A.R., "Interrelationship between Agriculture and other Sektors and thier Implications", in Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics, FAO, Rom, 1o/1968, S. 5
2) Ebenda, S. 5
3) Vgl. Jahresbericht des Zentralbüros für Statistik, Ministerium für Planung, Bagdad 1974 (arabisch)
4) Frankfurter Allgemeine vom 2.5.1974

befindet sich der Irak aufgrund der Erdöleinnahmen in einer günstigen Lage.
Trotzdem muß die Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet werden, die Nahrungsmittelimporte, für die ein Teil der Ölexporterlöse eingesetzt werden muß, der damit nicht mehr als Akkumulationsquelle zur Verfügung steht, einzuschränken, was bedeutet, den Nahrungsmittelbedarf stärker aus der eigenen Landwirtschaft zu decken.
Eine entwickelte Landwirtschaft könnte im Falle des Ausbleibens von Erdöleinnahmen in der Perspektive außerdem als Akkumulationsquelle fungieren.

2. Eine andere bemerkenswerte negative Erscheinung in der Landwirtschaft des Irak besteht darin, daß die Produktivität pro Mann und pro Hektar außerordentlich niedrig ist, so daß der Einsatz an Arbeitskraft in keinem Verhältnis zum erzielten Ertrag steht. Trotz der Steigerung der Anzahl der Beschäftigten in den letzten Jahren im Agrarsektor sind die durchschnittlichen Donumerträge bei den Hauptprodukten (Weizen, Gerste, Reis und Baumwolle) konstant geblieben bzw. zurückgegangen.
Die folgende Tabelle beweist diese Tatsache:

Tabelle Nr. 35

Jahr	Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft	Durchschnittliche Donumerträge in kg / Donum
1968	1.253600	1567,5
1970	1.385700	1341,3
1973	1.540400	1384,0

Quelle: Zentralbüro für Statistik, Ministerium für Planung, Bagdad 1974 (arabisch)

Daraus ergibt sich, daß der Beitrag, den die Landwirtschaft zum Volkseinkommen zu leisten vermag, niedriger ist als der Anteil der im Agrarsektor Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen.
Der Anteil des Agrarsektors an dem Wert der nationalen Produktion ging im Vergleich zu den anderen Gütersektoren (außer Erdöl) von 36,8 % im Jahre 1964 auf 27,7 % im Jahre 1974 zurück. Hinsichtlich des geschaffenen Mehrwertes in diesem Sektor ist ein Rückgang von 9,8 % in dem oben genannten Zeitraum zu verzeichnen.[1)]

Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandprodukt beträgt seit 1964 im Durchschnitt 14 %, wobei seit 1972 ein relativer Rückgang bei gleichzeitigem absolutem Wachstum von 192,9 Mio. ID (bis 1974) zu verzeichnen ist; während der durchschnittliche Anteil der Industrie am Bruttoinlandprodukt in dem Zeitraum 1964-1974 17,3 % bei einem absoluten Wachstum von 43o,9 Mio. ID beträgt.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Anteile der beiden Sektoren am Bruttoinlandprodukt:

Tabelle Nr. 36

Anteil von Landwirtschaft und Industrie am Bruttoinlandprodukt (mit Erdöl) in den Jahren 1964 bis 1974 (Werte in Mio. ID) in laufenden Preisen

Jahr	Bruttoinland-produkt	Landwirtschaft Wert der Produktion	in %	Industrie Wert der Produkt.	in %
1964	1136,9	161,5	14,2	176,o	15,4
1965	1239,6	182,3	14,7	194,o	15,6
1966	1342,5	2oo,6	14,9	211,o	15,7
1967	1373,6	232,2	16,9	243,5	17,7
1968	1529,5	238,7	15,6	266,5	17,4

Fortsetzung folgt

---

1) Die historische Entwicklung ..., a.a.O., S. 79

Fortsetzung der Tabelle Nr. 36

Jahr	Bruttoinland-produkt	Landwirtschaft Wert der Produktion	in %	Industrie Wert der Produkt.	in %
1969	1613,5	233,3	14,4	29o,9	18,o
197o	1756,o	257,6	14,6	327,o	18,6
1971	2oo1,5	225,9	11,2	381,5	19,o
1972	2o98,o	352,5	16,8	433,2	2o,6
1973	2726,1	332,4	12,1	489,6	17,9
1974	3962,3	354,4	8,9	6o6,9	15,3

Quelle: Die historische Entwicklung 1964-1975, a.a.O.,S. 15 (der bemerkenswerte Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1973 und 1974 ist auf die Erhöhung des Erdöleinkommens zurückzuführen)

Die wachsende Kluft der Arbeitsproduktivität zwischen Landwirtschaft und Industrie ist nicht nur durch Fortschritte bei der Industrialisierung bedingt, sondern resultiert aus einem Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter den volkswirtschaftlichen Erfordernissen, was durch stagnierende bzw. wenig dynamische Produktionsentwicklung in diesem Sektor hervorgerufen wird.

Obwohl der größte Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist (im Jahre 1974 betrug dieser Anteil 56 %)[1], trägt dieser Sektor anteilmäßig zum Bruttoinlandprodukt, bezogen auf die Zahl der tätigen Arbeitskräfte, wenig bei. Das heißt, daß die Produktivität der eingesetzten Faktoren (Arbeit, Kapital und Boden) in der Landwirtschaft niedriger ist als in anderen Sektoren.

---

1) Die historische Entwicklung ..., a.a. O., S. 6o

Die Disproportionen zwischen Industrie und Landwirtschaft sind nicht allein Ergebnis der Produktivitätsunterschiede, sondern - wie bereits erwähnt wurde - die geringe Verflechtung bzw. gegenseitigen Tauschbeziehungen zwischen den beiden Sektoren belegen diese Disproportionen und findet u.a. ihren Ausdruck in dem Umfang der Lieferung von Nahrungsmitteln an die in den Städten lebende und in der Industrie tätige Bevölkerung und dem Volumen der Verkäufe von Investitionsgütern nach den Bedürfnissen der Landwirtschaft.[1)]

Der Überschuß, der im Agrarsektor erzeugt wird, wird zum steigenden Maße von der die jährlich um 3,2 % zunehmenden Landbevölkerung verbraucht und nicht dem Markt zur Verfügung gestellt. Hinzu kommt, daß die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit der weiteren Entwicklung der Industrie, insbesondere der Nahrungsmittelindustrie, steigt. Da die einheimische Produktion den Bedarf nicht decken kann, ist der Staat - um die Kontinuität des Reproduktionsprozesses zu wahren - gezwungen, Agrarprodukte zu importieren. Hier zeigt sich auch die Disproportionalität, die gleichzeitig auf den Industrialisierungsprozeß störend wirkt. Als Beispiel dafür sei die Versorgung der Baumwollspinnerei in Diubnice erwähnt. Dieser Betrieb wurde zum Zweck der Einsparung von Garnimporten gegründet. Die Regierung fragte beim Staatlichen Komitee für landwirtschaftliche Fragen (SKLF) an, ob die benötigte Baumwollmenge von 76.ooo Tonnen von den Genossenschaften bereitgestellt werden könnte.
Nach langer Wartezeit antwortete das SKLF, es könnten nur 5o.ooo Tonnen geliefert werden. Als die Baumwollspinnerei zu produzieren begann, konnten die landwirtschaftlichen Genossenschaften diese Lieferverpflichtungen aber nicht einhalten.[2)]

---

1) Vgl. Strategien gegen Unterentwicklung (Hg.) Alfred Schmidt, Frankfurt/M. 1976, S. 137
2) Dieses Beispiel beruht auf unveröffentlichten Privatinformationen.

Dieses Beispiel zeigt, daß die Genossenschaften als Leitungsorgane noch nicht in der Lage sind, die Zusammenarbeit mit den Bauern so zu gestalten, daß eine höhere landwirtschaftliche Effektivität erreicht werden kann.[1)]

3. Die Abwanderung der Bauern in die Städte bildet immer noch ein ernstes Problem.[2)]
Die offiziellen Zahlen zeigen, daß das Phänomen der Landflucht der Bauern in den letzten Jahren angewachsen ist. Im Jahre 1957 betrug die Landbevölkerung 61 % der Gesamtbevölkerung und 1973 38 % und wird schätzungsweise im Jahre 1980 nur noch 30 % betragen.[3)]
Das Problem der Abwanderung der Landbevölkerung besteht darin, daß der Industriesektor sowie die anderen nichtagraren Sektoren nicht in der Lage sind, sowohl den Zuwachs der Bevölkerung insgesamt als auch den abgewanderten zu absorbieren, was zwangsläufig zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen wird.

---

1) Ausführlicher darüber im Abschnitt 6.2 dieser Arbeit.
2) Noch immer wird die Hälfte des Bodens privat genutzt, und zwar von nur 1/4 aller Bauern. Entsprechend besitzen 70 % aller Eigentümer nur 23 % des Bodens, während 0,35 % der natürlichen und juristischen Personen über 8 % des Bodens verfügen. Daß daher die Existenz einer großen Zahl landloser Bauern und ihre Abwanderung in die Städte immer noch ein großes Problem ist, mußte die Baath-Partei im "Politischen Report" ihres 8. Nationalkongresses 1974 selbst feststellen. Noch viele landlose Bauern sind gezwungen, bei Mittelbauern als Lohnarbeiter zu arbeiten. Ihre Zahl beträgt immerhin 14 % der in der Landwirtschaft Tätigen.[x)]

   x) Vgl. The Political Report adopted bei the eighth Regional Congress of the Arab Ba'th socialst Party- Iraq, January 1974, P. 140-142

3) Vgl. Die historische Entwicklung 1964-1974 ..., a.a.O., S. 71, Tabelle Nr. 20

Das heißt, daß die aus der Landwirtschaft ausgeschiedenen Arbeitskräfte keinerlei produktive Tätigkeit verrichten oder daß die verbleibenden Landarbeiter die Arbeitsleistungen der ausgeschiedenen Arbeitskräfte mit übernehmen.

Das heißt mit anderen Worten, daß die Landwirtschaft im Irak unfähig ist, die Produktion zu erhöhen, um dem Verbrauch sowohl der Abwandernden als auch der gesamten Bevölkerung der nichtagraren Bereiche zu entsprechen, was das Nahrungsproblem weiter verschärft.

Unter Berücksichtigung der bisher angeführten Ausführungen kann also geschlußfolgert werden, daß bisher angewendete Wirtschaftspolitik auf dem Lande - trotz aller positiven Errungenschaften, die dabei erzielt wurden - sehr zögernd und widerspruchsvoll bzw. nicht entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft war. Daher sind eine grundlegende Umgestaltung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande, ein hohes Investitionsvolumen[1)] und langfristige Planung nötig.

Es sind u.a. folgende Maßnahmen in der Landwirtschaft durchzuführen:

1. Die weitere Extensivierung und Intensivierung der Landwirtschaft durch den Bau von Staudämmen, mit den für Bewässerungszwecken notwendigen Kanälen sowie Entsalzungssystemen, um dem Versalzen des Bodens Einhalt zu gebieten. Das erfordert hohe Investitionssummen, die nicht sofort gewinnbringend sind.

---

1) Der prozentuale Anteil der Ausgaben des Staates für den Agrarsektor zeigt seit 1972 eine sinkende Tendenz.
2) Zur Zeit gibt es 12 Staudämme und Regulatoren im Lande. Ihre Zahl soll laut dem neuen Fünfjahrplan 1976-1980 mehr als verdoppelt werden. Damit wird nicht nur die Energieversorgung des Landes wesentlich verbessert, sondern es wird auch möglich, über 12 Millionen Donum Agrarland zu meliorieren bzw. neu zu gewinnen. (Siehe, Entwurf des Fünfjahrplanes 1976-1980, Planungsministerium, Bagdad 1975, S. 17-18 (arabisch)

Die neuen zusätzlichen Investitionen sollen außerdem dazu dienen, den Übergang vom "Zwei-Neir-System" zur semi-intensiven Bodennutzung (im Rahmen des Entwicklungsplanes 1976-198o) zu ermöglichen.
Der Übergang zur intensiven Bodennutzung erfordert nach Einschätzung einer Expertengruppe 85o.ooo Tonnen Aluminiumsulfate und 12o.ooo Tonnen Superphosphate.[1] Die einheimische Produktion wird entsprechend der geplanten Entwicklung in der Lage sein, diese Menge von Düngemitteln zur Verfügung zu stellen.

2. Das Gesetz Nr. 117/197o hat das Eigentum an Boden eingeschränkt, aber nicht festgelegt. Deshalb "muß die maximale Grenze auf 12o Donum in den Bewässerungsgebieten mit durchschnittlicher Fruchtbarkeit und auf 3oo Donum in den Regengebieten ... und die Enteignung der restlichen Ländereien"[2] (1/3 der Gesamtfläche) beschlossen werden, um sie mit sofortiger Wirkung auf die landlosen Bauern zu verteilen und so die gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande zu verändern.

3. Da die Konzentration der Produktionsmittel bei den Genossenschaften noch nicht abgeschlossen ist, können sie auch von dieser Seite her die Produktion nicht lenken. Zur Einschränkung dieser Spontaneität und Abwendung ihrer negativen Auswirkungen auf die Industrie ist es notwendig, ein System von Wirtschaftsverträgen zu schaffen.
Die Wirtschaftsverträge sollen die Beziehungen zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Industriebetrieben hinsichtlich Qualität, Quantität und Preis der Lieferungen regeln. Das kann dazu beitragen, die Übereinstimmung von landwirtschaftlichen und industriellen Produktionen herbeizuführen.

---

1) Bewertung des ökonomischen Wachstums im Irak, a.a.O., S. 1o5 (arabisch)
2) Vgl. Z. Kairy, Das Problem der Landwirtschaft im Irak, a.a.O., S. 23 (arabisch)

Durch dieses Vertragssystem wird der agrarische Markt besser organisiert, die Spontaneität der Warenzirkulation beseitigt und die Möglichkeit der Einführung von Planungsmethoden in der Entwicklung der Landwirtschaft gegeben.

Notwendig sind auch Maßnahmen zur weiteren Entwicklung von landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften, um die einheimische Landwirtschaft stärker als bisher in den einheimischen Markt einzubeziehen und den einzelnen Bauern das Absatzrisiko abzunehmen.

6.2. Entstehung des Genossenschaftswesens

Die genossenschaftliche Entwicklung stellt unter den Bedingungen der sozialökonomischen Verhältnisse in der Landwirtschaft des Irak den typischen Weg des Übergangs von rückständigen zu den den Erfordernissen der Produktivkräfteentwicklung entsprechenden und dem gesellschaftlichen Fortschritt dienenden Wirtschaftsformen dar.
Die Gründung der Genossenschaften schafft direkt die notwendigen Voraussetzungen, um die Produktivität der menschlichen Arbeit und die Erträge pro Flächeneinheit rasch zu steigern. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität bedeutet nichts anderes als die Verbesserung des Verhältnisses zwischen der notwendigen Arbeitszeit und der Mehrarbeitszeit, was für die Steigerung des agrarischen Überschusses von grundlegender Bedeutung ist. Durch den Zusammenschluß zu Genossenschaften wird eine günstige Veränderung in der Rate der notwendigen Arbeitszeit möglich.
Die Probleme in der Landwirtschaft, die im Gefolge der Landverteilungsmaßnahmen im Zuge des Agrarreformgesetzes Nr. 3o/1958 aufgetreten sind, resultierten zum größten Teil aus dem Fehlen eines ausgebauten landwirtschaftlichen Genossenschaftssystems.
Infolge der Agrarreform waren vorerst keine nennenswerten Veränderungen des Bewirtschaftssystems festzustellen. Das Land wurde weiterhin in kleinen Wirtschaftseinheiten individuell bewirtschaftet. Es fehlte jede Form von überbetrieblicher Organisation und Zusammenarbeit.

Die Errichtung landwirtschaftlicher Genossenschaften in den Agrarreformgebieten, die durch das Agrarreformgesetz vorgeschrieben ist, und die Verpflichtung jedes Bauern, dem im Rahmen der Agrarreform Land zugeteilt wird, einer

Genossenschaft beizutreten, setzte jedoch erst 1961 zögernd ein, als (17) solcher Genossenschaften im Lande errichtet waren.[1]

Im Jahre 1964 wurde der Art. 31 des Agrarreformgesetzes ergänzt, um die Errichtung von landwirtschaftlichen Genossenschaften auch in Gebieten, die noch verpachtet waren, in der gleichen Weise durchführen zu können, wie in den Gebieten, deren Land bereits verteilt war. Es wurde geplant, bis 1965 eine Gesamtzahl von 2ooo Genossenschaften zu erreichen, die alle Bauern erfassen sollten. Die Gesamtzahl der gegründeten landwirtschaftlichen Genossenschaften belief sich Ende 1965 jedoch nur auf (167), die 36.ooo Mitglieder aufweisen,[2] d.h. nicht einmal alle Bauern, denen Land bereits im Rahmen der Agrarreform zugeteilt worden war, waren Mitglieder in einer Genossenschaft.

Man begründet den zögernden Aufbau des Genossenschaftswesens u.a. mit dem Mangel an kooperativem Bewußtsein unter den Bauern und mit dem Fehlen von ausgebildeten Beratern und Inspektoren.

Hinsichtlich der Bereitstellung von Fachkräften sollte die Errichtung des Instituts für genossenschaftliche Ausbildung, Forschung und landwirtschaftliche Beratung diese Aufgabe übernehmen.

Es war geplant, jährlich (ab 1965) 27o Genossenschaftsexperten auszubilden. Diese Erwartung hat sich aber nicht erfüllt, da man die jährliche Ausbildungsquote nicht aufrechterhalten konnte, die meist ein Drittel oder mehr unter der oben genannten Norm blieb.[3]

---

1) Vgl. "Das ökonomische Wachstum im Irak", Verlag der Revolution, Bagdad 1972, S. 72 (arab.) (Bericht)
2) Ebenda, S. 72
3) Veröffentlichung des Agrarministeriums: Die Leistungen des Agrarministeriums, anläßlich der 1o. Wiederkehr des Geburtstages des Gesetzes zur Agrarreform, Bagdad 1968 (arabisch)

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens ging also sehr langsam vonstatten und entsprach nicht den Erfordernissen der Konzentration der Produktionsmittel und damit der Überwindung der Zersplitterung der Produktionskapazitäten. Bis 1968 betrug die Gesamtzahl der Genossenschaften 473, die 62.976 Mitglieder erfaßten. Im Jahre 1971 bestanden im Irak 845 landwirtschaftliche Genossenschaften, die knapp 133.ooo Mitglieder zählten und damit 9,6 % der Bauernfamilien erfaßten und eine Gesamtfläche von 7 Mio. Donum bewirtschafteten, die 7,8 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachte.[1)]
Zur Zeit existieren im Irak drei Arten von Genossenschaften (local agricultur co-operatives, joint agricultur co-operatives und collektiv farms), die dem Generaldirektorat für Genossenschaftswesen unterstehen.[2)]

Bei den landwirtschaftlichen Kooperativen unterscheidet man lokale und regionale. Die einzelnen Parzellen sind Privateigentum und werden individuell bewirtschaftet. Die Kooperativen erhalten vom Staat Maschinen und Saatgut zu einem bis zu 5o % herabgesetzten Preis. Die Landwirtschaftsbank stellt bei Bedarf Kredite zu nur 3 % zur Verfügung. Der Staat hilft darüber hinaus auch bei der Vermarktung der Produkte. Die lokalen Kooperativen haben sich im Vergleich zu anderen Genossenschaften schnell entwickelt. Ihre Zahl betrug am 31.12.1974 1386 gegenüber 473 im Jahre 1968.[3)] Die Mitgliederzahl hat sich in diesem Zeitraum von 62.966 auf 217.723 erhöht; die von ihnen bewirtschaftete Fläche von 4.488.ooo auf 13.641.o26 Donum. Die Zahl der regionalen Kooperativen lag Ende 1974 bei 156.[4)]

---

1) Annual Abstract of Statistics 1971, Republic of Iraq, Ministry of Planning, S. 134 (arabisch)
2) Das Generaldirektorat für Genossenschaftswesen wurde im Jahre 1959 gegründet und dem Agrarreformministerium angegliedert, um Aufgaben der Organisation, Verbesserung, Entwicklung, Förderung und Überwachung landwirtschaftlicher Genossenschaften in den Agrargebieten und Miri- Sirf (staatseigenes Land) wahrzunehmen.
3) Annual Abstract of Statistics 1974, Republik of Iraq, Ministry of Planning, S. 1o6
4) Ebenda, S. 116

Von wesentlich anderer Art sind die Kollektivfarmen. Von ihnen gab es am genannten Stichtag 72 mit 11.433 Mitgliedern und einer Gesamtwirtschaftsgröße von 54o.6o6 Donum. Die Kollektivfarmen sind Produktionsgenossenschaften mit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Dazu gehört auch der Grund und Boden.[1)]

Die oben genannten Agrargenossenschaften haben u.a. folgende Aufgaben zu übernehmen:

1. Förderung der verschiedenen Anbauarten und Hilfsstellungen bei der Bebauung des Landes der Mitglieder auf individueller und kollektiver Basis.
2. Bereitstellung der benötigten landwirtschaftlichen Geräte und Transportmittel sowie Unterstützung zu ihrer Haltung und Wartung.
3. Vermarktung landwirtschaftlicher und tierischer Produkte der Mitglieder sowie Hilfe bei der Ernte, ihrer Sortierung, Lagerung, Verarbeitung, Transport und Verkauf.
4. Vergabe von Anbaukrediten und Betriebsmitteln an die Mitglieder.
5. Verbesserung der Wohnverhältnisse und der sozialen wie kulturellen Voraussetzungen.
6. Unterstützung der Mitglieder bei der Durchführung des von einer Sonderabteilung aufgestellten Anbauplanes.

Trotz der Vielfältigkeit genossenschaftlicher Aktivitäten erstreckt sich gegenwärtig die Tätigkeit der bestehenden Genossenschaften im wesentlichen auf die Zirkulationssphäre und auf niedere Formen genossenschaftlicher Produktionshilfe, d.h. vorwiegend auf die Vermittlung von Krediten für Saatgut durch die Landwirtschaftsbank,

---

1) Vgl. K. Habib, Über einige Probleme des ökonomischen Wachstums im Irak..., a.a.O., S. 9o-92 (arabisch)

das Betreiben von Konsumläden (Verkauf und der Vermittlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse) und teilweise auf die Unterhaltung von Traktoren, Bewässerungspumpen und Schädlingsbekämpfungsspritzen usw.

Neben dem genossenschaftlichen Sektor bildet sich auch ein staatlicher Sektor in der Landwirtschaft heraus, der zur Zeit zehn Staatsfarmen für den Feldbau umfaßt, die 6o6.199 Donum, ca. 1,3 % der Ackerfläche, bewirtschaften.[1] Fünf dieser Farmen entstanden in den Jahren 196o/1963 im Rahmen des technisch-wirtschaftlichen Abkommens, das im Jahre 1959 mit der UdSSR abgeschlossen wurde.[2] Die restlichen Staatsfarmen entstanden in den Jahren 197o/1974 auf Ländereien aus der Agrarreform.

Man beabsichtigt, die Staatsfarmen zu Musterwirtschaften zu entwickeln, ihren Einfluß auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu verstärken und die Herausbildung fortschrittlicher Produktionsverhältnisse auf dem Land zu forcieren.[3]

Bei dem Aufbau und der Entwicklung des Genossenschaftswesens im Irak tauchten jedoch große Probleme auf. Die führenden Persönlichkeiten des Genossenschaftswesens versuchen, die Schwierigkeiten bei der Entwicklung der Genossenschaften allein, ohne Berücksichtigung der anderen objektiven und subjektiven Faktoren, mit dem niedrigen Bildungsstand der ländlichen Bevölkerung zu rechtfertigen.

---

1) Al-Thaura, Tageszeitung, Organ der regierenden Baath-Partei, Bagdad 3/2/1977
2) Vgl. K. Al-Ani, Die landwirtschaftliche Geographie des Irak, Bagdad 1972, S. 184 (arab.)
3) Al-Thaura, Tageszeitung, Organ der Baath-Partei, Bagdad 3/2/1977

Bei der Feststellung der Größe der Probleme und den Versuchen zu ihrer Umgehung erhebt sich die Frage, ob es überhaupt möglich ist, ein solches Experiment zu verwirklichen, was bereits in anderen Entwicklungsländern mehr oder weniger erfolgreich durchgeführt wurde. Bei einem ernsthaften Versuch dazu kommt es jedoch darauf an, die folgenden Probleme zu überwinden:

Das staatliche Eingreifen beschränkte sich nicht nur auf die Gründung und den Aufbau der Genossenschaften, sondern erstreckte sich auch auf die Geschäftsführung und Verwaltung. Die Erfahrung im Irak hat gezeigt, daß die Verwaltung der Genossenschaften sich in der Anwendung des Agrarreformgesetzes auf den bürokratischen Staatsapparat stützt und nicht auf eine demokratische Gleichstellung und gleichartige Behandlung aller Mitglieder.
Die Leitung der Genossenschaften wurde bisher ausschließlich den reichen Bauern und Sirkals[x)] überlassen. Die Teilnahme der Bauernmassen an der Leitung und Planung der Landwirtschaft ist nicht gewährleistet, da keine demokratischen Wahlen im Rahmen der Genossenschaften stattfinden.
Die Möglichkeiten für die Entfaltung der genossenschaftlichen Aktivitäten sind damit blockiert, und sie übernehmen nur die Aufgaben des Absatzes anstelle der Produktion. Um die Rolle der Genossenschaften bei der Durchführung der Bodenreform zu stärken, ist es erforderlich, den Bauern demokratische Freiheiten zu gewähren.
Besonders die Gründung von Berufs- und genossenschaftlichen Organisationen, die durch demokratische Wahlen entsprechend dem Willen der Bauernmassen geleitet werden, ist von großer Bedeutung. Die Teilnahme der Bauern an den Genossenschaften darf nicht durch Zwangsmaßnahmen, bei denen der Grundgedanke des Genossenschaftswesens

---

x) Sirkals sind ehemals die Vermittler zwischen Großgrundbesitzern und Bauern gewesen.

zerstört wird und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gefährdet ist, sondern muß durch Überzeugungsarbeit und Anreiz erfolgen.

Es wurde festgestellt, daß die Führungskräfte der Genossenschaften, Inspektoren, Berater und Beamten, ihre meiste Zeit damit verbringen, Befehle auszuführen, die vom Generaldirektorat für Genossenschaftswesen aus der Hauptstadt kommen. Die Untersuchungen haben gezeigt, daß etwa zwei Drittel der Vorstandsmitglieder der Genossenschaften nur vage Vorstellungen von ihren Aufgaben, dem Sinn der Genossenschaftsstatuten usw. haben. Ein großer Teil von ihnen hatte überhaupt keine dieser Grundkenntnisse aufzuweisen.[1] Deshalb wird den Meinungen, Wünschen und Nöten der Genossenschaftsmitglieder viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.
Das führte zwangsläufig zur wachsenden negativen Einstellung der Bauern zu den Genossenschaften und ihren Führungskräften. So betrachten die Bauern die Versuche der Genossenschaften vielmehr als Eingreifen des Staates in ihr Individualitäts- und Unabhängigkeitsgefühl.
Das Mißtrauen der Bauern gegenüber den Genossenschaften kam auch durch die Beteiligung der Mitglieder an den jährlichen Hauptversammlungen am deutlichsten zum Ausdruck. So wurde festgestellt, daß weniger als die Hälfte aller Mitglieder (47 %) auf dieser Hauptversammlung anwesend waren. Nach Angaben des Generaldirektorats für Genossenschaftswesen sind außerdem nur 25 % der Mitglieder als aktiv zu betrachten.[2]

Viele der Bauern, die durchaus gewillt sein mögen, in einer Genossenschaft aktiv mitzuarbeiten, werden durch eine starke Verschuldung bei privaten Geldverleihern daran gehindert. Sie sind gezwungen, ihre Ernten im voraus an diese Personen zu verkaufen und begeben sich

---

1) Vgl. Bewertung des ökonomischen Wachstums im Irak, a.a.O., II. Teil, S. 81-83
2) Ebenda, S. 84

damit in ein Abhängigkeitsverhältnis, das auch verhindert, daß sich die Bauern an der genossenschaftlichen Vermarktung beteiligen.
Das Genossenschaftsmitglied hat jedoch keinen Beweis dafür, daß die Genossenschaft unverzögert seine benötigten Kredite gewährt, und deswegen möchte er die Verbindung zu den Händlern trotz ihrer offensichtlichen Nachteile nicht brechen. Das bedeutet, daß die privaten Geldverleiher große Teile der Bauernschaft unter ihrem Einfluß haben und können damit systematisch deren Beitritt in die Genossenschaften bzw. ihre aktive Mitarbeit und Beteiligung beispielsweise an der genossenschaftlichen Vermarktung verhindern.

Aus allen angeführten Tatsachen ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die vorhandenen Genossenschaften einer qualitativen Veränderung ihrer Struktur bedürfen, damit sie ihrer Rolle bei der Veränderung der Produktionsverhältnisse gerecht werden können und als Anziehungspunkt für die Bauern durch die Konzentration der Produktionsmittel sowie bei der Steigerung der Produktivität fungieren können. Das heißt, die Ausschaltung bürokratischer Schichten aus den Schlüsselpositionen der Genossenschaften, ihrer Dachorganisationen und der Handels- und Finanzinstitutionen und die Herstellung enger kooperativer Beziehungen zum staatlichen Sektor ist von größter Bedeutung, um die Vorzüge der genossenschaftlichen Wirtschaftsweise voll wirksam werden zu lassen.

7. Die Handelspolitik des Staates und die Absicherung des äußeren Akkumulationsprozesses

Der irakische Binnenhandel und der Außenhandel wurden bis 1964 zum größten Teil von dem privaten Sektor kontrolliert und durchgeführt. 83,2 % des Gesamtimports sowie 9o % der Exporte befanden sich in den Händen der privaten Kaufleute.[1] Die Verstaatlichungsmaßnahmen vom 14.7.1964 führten zur Verwandlung eines großen Teils dieses wirtschaftlichen Bereichs in den staatlichen Sektor, wodurch die Voraussetzungen für die Entstehung des staatlichen Außenhandelsmonopols geschaffen wurden.

Infolge des Gesetzes der Wirtschaftsorganisation Nr. 98/1964, das ab 14.7.1964 in Kraft gesetzt wurde, wurde das Generaldepartement für Handel, das dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist, gegründet. Es übt seine Tätigkeit im Bereich sowohl des Exports als auch des Imports aus. Dem Generaldepartement für Handel unterstehen folgende Gesellschaften:

1. African Iraqi Trading Company; sie ist von den Verstaatlichungsmaßnahmen von 1964 betroffen worden. Ihre Handelstätigkeiten beschränken sich auf Haushaltsgeräte (überwiegend Elektrogeräte, Rundfunk- und Fernsehempfänger).
2. General Automobil Company; sie handelt mit Kraftfahrzeugen und ihrem Zubehör. Sie hat seit 1967/68 das Monopol auf diesem Gebiet übernommen.
3. Iraqi Stores Company; sie ist ebenfalls von der Verstaatlichung von 1964 betroffen worden und handelt mit umfangreichen Artikeln der Verbrauchsgüter.

---

1) Vgl. "Das ökonomische Wachstum im Irak", a.a.O., S. 144-145 (arabisch)

4. Governement Purchasing Board. Diese Organisation handelt nur mit Nahrungsmitteln und verfügt über zahlreiche Vertretungen in sämtlichen Teilen des Landes und steht in Konkurrenz zum privaten Sektor.

5. General Gesellschaft für Baustoffe; sie handelt vorwiegend mit Zement und anderen Baustoffen, die sowohl für den Binnenmarkt als auch für den Export bestimmt sind.

6. Generaldepartement für Drogen; es untersteht dem Ministerium für Gesundheit, seine Tätigkeit wird aber vom Generaldepartement für Handel kontrolliert. Diese Gesellschaft besitzt ein Monopol für den Import von pharmazeutischen Produkten.

7. Gesellschaft für Chemikalien und landwirtschaftliche Geräte.

Die Verstaatlichung von einigen privaten Handelsunternehmen sowie die Entstehung von neuen staatlichen Gesellschaften führte allmählich zur Konzentrierung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten (abgesehen von der teilweisen Reprivatisierung des Außenhandels, die im Rahmen des Regierungsprogramms von November 1965 verkündet wurde und bis Juni 1968 Wirkung hatte[1]) in den Händen des Staates. So beherrschen gegenwärtig die staatlichen Gesellschaften weitgehend die Export- und Importoperationen bei den wichtigsten Aus- und Einfuhrgütern direkt oder kontrollieren über Genehmigungsverfahren bzw. devisengesetzliche Bestimmungen den Außenhandel.
Der staatliche Anteil an den Gesamteinfuhren betrug im Jahre 1973 83,6 % gegenüber 16,8 % im Jahre 1964.[2]
Der Anteil der staatlichen Gesellschaften an den Ausfuhren zeigt ebenfalls eine steigende Tendenz.

---

1) Vgl. K. Habib, "Über einige Probleme des ökonomischen Wachstums im Irak", Bagdad 1975, S. 30-32 (arabisch)
2) Die historische Entwicklung 1964-1975..., a.a.O., S. 168 (arabisch)

So stieg der staatliche Anteil an den Gesamtexporten in der Zeit von 1964 bis 1973 (ohne Erdöl) um 45,o %.
Die Zahlen der Tabelle Nr. 37 lassen erkennen, in welchem Ausmaß sich der Anteil des staatlichen Sektors am Außenhandelsvolumen entwickelt hat (ohne Erdöl).

Tabelle Nr. 37:

Die Entwicklung der Anteile der staatlichen und privaten Unternehmen an dem Außenhandel in den Jahren 1969 bis 1974 (ohne Erdöl)

Jahr	Import (in 1ooo ID) staatlich	privat	Anteil an dem Gesamtimport (in %) staatlich	privat
1969	91331	63918	58,8	41,2
197o	124875	43468	75,6	34,4
1971	199o97	59923	76,8	13,2
1972	193479	412o1	82,4	17,6
1973	225844	44471	83,6	16,4
1974	622o61	6444o	9o,6	9,4

Jahr	Export (in Mio. ID) staatlich	privat	Anteil an dem Gesamtexport (in %) staatlich	privat
1969	8,9	13,1	4o,3	59,7
197o	1o,3	1o,1	54,2	44,7
1971	11,8	1o,9	51,8	44,8
1972	15,9	12,7	55,6	44,4
1973	18,6	13,9	57,2	42,8
1974	17,4	1o,6	62,1	37,8

Quelle: Foreign Trade Statistics, Ministry of Economic, Bagdad 1974, S. 13
(Der ausländische Sektor wurde hier nicht berücksichtigt, sein Anteil an dem Gesamtexport beträgt im Durchschnitt o,3 %)

Obwohl die entscheidenden Kommandohöhen des Außenhandels in den Händen des Staates konzentriert sind und die Wirtschaftspolitik der regierenden Baath-Partei auf die weitere Stärkung des staatlichen Sektors in diesem Bereich orientiert ist, verfügt der private Sektor nach wie vor über den größten Teil des Binnenhandels (über etwa 95 %).[1)]

Die Regierung verzichtete darauf, den staatlichen Sektor im Bereich des Binnenhandels zu entwickeln und erklärte diese zum vorwiegenden Betätigungsfeld für die private Initiative. So ging der Aufbau des staatlichen Großhandels und anderer Absatzorgane sehr langsam vor sich und die staatliche Einflußnahme auf den Einzelhandel, vor allem über den Weg von Konsumgenossenschaften, war außerordentlich gering geblieben. Dagegen unterhält der private Großhandel eine große Zahl von Agenten und Zwischenhändlern und hat sich damit faktisch den gesamten privaten Einzelhandel unterworfen. Da der private Großhandel weitgehend das Einkaufsmonopol über die Waren des staatlichen Sektors besitzt, nimmt er auf diese Weise auch Einfluß auf die Produktion und die Rentabilität staatlicher Betriebe.

Im Jahre 1970 verabschiedete die Regierung das Gesetz Nr. 20, das das Gesetz Nr. 41 von 1943 (Gesetz der Regulierung des Binnen- und Außenhandels) ersetzte. Das neue Gesetz beinhaltete Maßnahmen zur Stärkung der Rolle des staatlichen Sektors im Bereich des Binnenhandels, um die private Einflußnahme auf den Groß- und Einzelhandel allmählich einzuschränken.[2)] Im politischen Bericht des VIII. Parteitages der irakischen Baath-Partei heißt es dazu:

---

1) Vgl. Die historische Entwicklung 1964-1975..., a.a.O., S. 171
2) Vgl. "Das ökonomische Wachstum im Irak" ..., a.a.O., S. 147

"In the field of internal trade, the public sectors activity dealing direcktly or through middlemen with the puplic increased. The public sector entered new fields of internal trade and signifcant weight ... The revolution had to guarantee through this secktor the continued provsion of basic materials, while struggling to extend its effective control over foreign and internal trade and subject them to planning. This was not easy because of the lack of trained Party members and the corrupted national personnel."[1)]

Die im Gesetz Nr. 2o von 197o festgelegten Grundsätze und Maßnahmen hinsichtlich der Regulierung des Binnenhandels wurden entweder spontan und schlagartig, oder aber überhaupt nicht durchgeführt, d.h. die Wirtschaftspolitik des Staates in diesem Bereich war zögernd, widerspruchsvoll und schwankte zwischen der sogenannten Öffnungspolitik und der direkten Eingriffe.

Von dieser unkonsequenten Politik gingen zum Teil erhebliche Störungen auf die gesamte Wirtschaft aus, wodurch die Regierung gezwungen war, einige Maßnahmen rückgängig zu machen. Selbst die regierende Baath-Partei hat in ihrem Bericht an den 8. Parteitag im Januar 1974 diese Tatsache bestätigt. Sie brachte zum Ausdruck: "Admittedly many erros in the Trade sextor have hurt the Party and the Revolution and contributed to the delay in socialist transformation... It is necessary to mention errors in the field of internal and external trade which have caused hardships to sitizens and been detrimental to some programmes of grouth. The country has seen cases of shortages or chaos in the provision of basic und secondary consumer needs."[2)]

---

1) The political Report Adopted by the Eighth Regional Congress of the Arab Baath Socialist Party - Iraq, January 1974, S. 147
2) Ebenda, S. 149

Zusammenfassend können wir also schlußfolgern, daß man bei der Herstellung richtiger Beziehungen zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor davon ausgehen muß, daß sie auf lange Zeit nebeneinander existieren werden.
Es ist die Aufgabe des Staates, diese Entwicklung bewußt zu lenken und zu kontrollieren, auftretende Spannungen rechtzeitig zu erkennen und regulierend im Interesse des weiteren wirtschaftlichen Wachstums einzugreifen und so die Entwicklungsprozesse immer wieder in Einklang zu bringen.

Warenstruktur des Außenhandels

a. Struktur der Importe

Die Warenstruktur des Außenhandels des Irak ist dadurch gekennzeichnet, daß ein großer Teil der Importkapazität für den Import von Konsumtionsmitteln verwandt wird. Diese Konsumgüter umfassen eine breite Warenskala von Lebensmitteln über Textilien bis zu technischen Konsumgütern und Luxuswaren. Von 1958 bis 1968 machten die Einfuhren an Konsumgütern 3/4 der Gesamtimporte aus.[1)]
Ab 1970 ist eine Verschiebung der Importstruktur zugunsten der Investitionsgüter sowie der Rohstoffe für industrielle Zwecke zu verzeichnen. Die Einfuhren von Investitionsgütern und Rohstoffen für die Industrie nahmen in der Zeit von 1964 bis 1973 ständig zu. So stiegen die Importe an Investitionsgütern in der genannten Periode von 31,8 Mio. ID auf 88,7, also um etwa 64 %, während die Einfuhr an Nahrungsmitteln und sonstigen Konsumtionsmitteln nur um 11,3 Mio. ID bis 1973 das 1964 erreichte Niveau überschritten wurde, wobei ihr Anteil am Gesamtimport um 18,7 im Jahre 1973 zurückgegangen war. Die Struktur der Importe ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen:

---

1) "Die wirtschaftliche Entwicklung im Irak nach 1968", Verlag Al-Thaura, Bagdad 1972, S. 140 (arabisch)

Tabelle Nr. 38

Entwicklung der irakischen Importstruktur in der Zeit von 1964 bis 1973 (Werte in Mio. ID)[x]

	1964	1965	1966	1967	1968	1969	197o	1971	1972	1973
Nahrungs- u. sonstige Konsumgüter	74,1	66,1	69,9	59,o	56,5	59,3	59,7	1oo	68,2	85,4
Rohstoffe f. Industrie	41,6	57,9	56,2	49,2	49,3	52,4	71,6	86,2	9o,o	95,9
Investitionsgüter	31,8	36,9	5o,o	42,5	38,1	44,6	5o,o	61,4	76,1	88,7
andere Waren	o,2	o,1	o,2	o,1	o,8	o,1	o,5	o,1	o,1	o,1
Insgesamt:	147,7	161,o	176,3	15o,9	144,o	157,1	181,4	247,7	234,4	27o,1

Quelle: Planungsministerium, Direktion der Wirtschaft, Bagdad 1974 (arabisch)

Die bemerkenswerte Zunahme der Importe an Kapitalgütern und Rohstoffen wird mit der Industrialisierungskonzeption gerechtfertigt. Das heißt, daß die Importe an solchen Gütern solange erforderlich sein werden, bis die innere Struktur der einheimischen Industrie soweit entwickelt ist, daß die wesentlichen Elemente für die stoffliche Reproduktion der Industrie selbst produziert werden können.[1]
Der relative Rückgang der Einfuhr an Konsumgütern, insbesondere an Luxuswaren, ist auf die Maßnahmen der Regierung, derartige Produkte zu drosseln, zurückzuführen.[2]

---

x) Die Importe des Verteidigungsministeriums wurden in dieser Tabelle nicht berücksichtigt.
1) Vgl. "Gesetz der nationalen Wachstumsplanung"..., a.a.O., S. 16o-161 (arabisch)
2) Die Importrestriktionen wurden nach der Revolution von 1958 eingeführt, aber nicht konsequent durchgeführt. Von dem Importverbot waren einige Luxuswaren sowie Produkte, die im Inland hergestellt werden, betroffen. Die Einfuhr aller übrigen Waren wurde lizenzpflichtig.

b. Struktur der Exporte

Die Warenstruktur der Exporte des Irak weist die typischen Merkmale eines Entwicklungslandes auf. In erster Linie werden landwirtschaftliche Produkte, Roh- und Brennstoffe exportiert. Das Erdöl ist nach wie vor das wichtigste Exportgut, das nach der Nationalisierung der ausländischen Gesellschaften als nationales Ausfuhrgut betrachtet wurde.
Der durchschnittliche Anteil der Erdölexporte an dem gesamten Export betrug in der Zeit von 1959 bis 1974 (93,2 %), während der Anteil der anderen Exportgüter in dem genannten Zeitraum im Durchschnitt nur 6,8 % ausmachten.[1)]
49,7 % der Gesamtexporte (ohne Erdöl) entfielen im Jahre 1973 auf Lebensmittel und Getränke; auf Rohstoffe entfielen 4o,4 % und auf nichtlandwirtschaftliche Produktionsmittel 9,9 %. Der Anteil der Produktionsmittel an dem Gesamtexport betrug nur o,o6 %.
Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Exportstruktur des Irak in den Jahren 1964 bis 1973:

Tabelle Nr. 39

(Werte in Mio. ID)

	1964	1965	1966	1967	1968	1969	197o	1971	1972	1973
Nahrungsmittel u. Getränke	7,8	9,o	11,2	8,1	8,1	8,9	1o,8	11,1	13,2	15,9
Rohstoffe	7,2	8,9	1o,1	9,6	11,4	1o,3	1o,7	12,1	13,8	13,1
Verbrauchsgüter	o,2	o,1	o,o8	o,2	o,7	o,5	o,6	1,5	2,1	3,2
Kapitalgüter	-	o,o1	o,o3	o,o3	o,4	o,1	o,1	o,2	o,2	o,1
andere Waren	o,o4	o,o4	o,o3	o,o4	o,o5	o,o2	o,oo8	o,oo7	o,o1	o,o2
Insgesamt:	15,2	18,o	21,4	17,9	2o,6	19,8	18,5	24,9	29,3	32,3
Erdöl	282	312	3o9	272	365	368	39o	523	421	677

Quelle: Die historische Entwicklung 1964-1975, Planungsministerium, Bagdad 1974, S. 27 (arabisch)

1) Vgl. K. Habib, "Über einige Probleme des ökonomischen Wachstums im Irak, a.a.O., S. 28 (arabisch)

Die Zahlen der Tabellen 38 und 39 lassen erkennen, daß die irakische Handelsbilanz (ohne Berücksichtigung des Erdölsektors) strukturelle Defizite aufweist. Im Jahre 1973 erreichten die gesamten Importe etwa 27o Mio. ID, verglichen mit 32 Mio. ID, die den Wert der Exporte, ausschließlich Erdöl, ausmachten. Das bedeutet, daß die Importe das Achtfache der Nicht-Ölexporte erreichten.
Die Diskrepanzen zwischen Außenhandelseinnahmen und -ausgaben, die sich in den letzten Jahren ständig vergrößert hatten (von 1o1,8 Mio. ID im Jahre 1959 auf 672,o im Jahre 1974,[1]) was etwa 16,8 % des Volkseinkommens ausmacht), konnten nur durch die Erdöleinnahmen verkraftet werden.
Diese negative Entwicklung der Handelsbilanz besagt, daß der Außenhandel des Irak in seiner gegenwärtigen Struktur und Richtung nicht nur nicht in der Lage ist, seine Funktion als potentieller Wachstumsfaktor zu erfüllen, sondern er hat unmittelbar negativen Einfluß auf die innere Akkumulation, so daß der Irak jährlich einen beträchtlichen Bestandteil seines Volkseinkommens bzw. seines potentiellen ökonomischen Überschusses verliert.

Die bisher angeführten Tatsachen zeigen deutlich, daß die Außenwirtschaft des Irak unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht optimal zur Lösung der Akkumulationsfrage beiträgt. Solange diese Bedingungen, die mit der strukturellen Problematik der Volkswirtschaft verbunden sind, noch nicht verändert werden, wird es aus dieser Lage für die Erhöhung des Nutzeffektes des Außenhandels keinen Ausweg geben.

Um den Außenhandel stärker für die Erhöhung der inneren Akkumulation einsetzen zu können, muß die Außenwirtschaftspolitik des Staates darauf hinzielen, folgende Aufgaben durchzusetzen:

---

1) Zentralbüro für Statistik, Statistisches Taschenbuch, Bagdad 1975, S. 4o-43 (arabisch)

1. Die Erhöhung der Effektivität des Außenhandels und seiner Rolle für die Steigerung der inneren Akkumulation erfordert eine tiefgreifende Umgestaltung in der Warenstruktur. Hierbei müssen zwei Gesichtspunkte beachtet werden:

   - Die Umgestaltung der Warenstruktur des Exports ist in erster Linie von den Ergebnissen der Industrialisierung und von der Strukturveränderung der gesamten Volkswirtschaft abhängig. Das ist ein langwieriger und komplizierter Prozeß. Auf jeden Fall muß die Strukturpolitik auf dieses Ziel gerichtet werden. Dazu gehört auch die Modernisierung der traditionellen Produktions- und Exportzweige, um die Produktionskosten zu senken und die Qualität zu verbessern.

   - Inbezug auf die Umstrukturierungsmaßnahmen des Importes ist es von großer Bedeutung, die Konsumgüterimporte, insbesondere der Luxusgüter, einzuschränken. Die Einschränkung solcher Importe durch die verschiedenen Maßnahmen, z.B. Valutakontrolle, Zoll- und Tarifregulierungen, Lizenzsystem usw., tragen dazu bei, finanzielle Ressourcen freizusetzen, die für den Import von Maschinen und Ausrüstungen zur Errichtung der einheimischen Industrie erforderlich sind. Diese Maßnahmen haben auch positive Auswirkungen für den Schutz der jungen nationalen Industrie, die solcher Zollschutz in ihrer ersten Entwicklungsetappe braucht.[1)]

---

1) Der Staat hat die Importe von industriellen Verbrauchsgütern, die im Lande erzeugt wurden, seit 1973 zugelassen und Schutzzollgrenzen für eine Anzahl von nationalen Industrien zum ersten Mal seit 1961 aufgehoben.

2. Die Handelspolitik des Staates hat auch die Aufgabe, ein einheitliches und zentrales Leitungsorgan zu schaffen und dadurch die auf zahlreiche Ministerien und Staatsorgane zersplitterte Leitung zu beseitigen. Dabei muß gleichzeitig berücksichtigt werden, daß die Planung und Leitung des Binnenhandels sowie die des Außenhandels zwei Seiten eines Komplexes sind.
Das Generaldepartement für Handel übt seine Tätigkeit im Bereich sowohl des Exports als auch des Imports aus. Da es sich immer mehr zu einem staatlichen zentralen Leitungsorgan für Export entwickelt hat, ist es notwendig, den Erfordernissen der weiteren Entwicklung des staatlichen Sektors zu entsprechen, und zwar durch die Schaffung eines zentralen gesamtstaatlichen Organs für Außenhandel, d.h. eines Außenhandelsministeriums. Das gilt gleichzeitig für den Binnenhandel, d.h. also die Schaffung eines Binnenhandelsministeriums.

Im Bereich des Binnenhandels muß der Staat einen bestimmten Teil des Innenmarktes in seinen Händen halten. Das gilt besonders für Produkte der dem staatlichen Sektor unterstellten Betriebe. Unter diesem Teil müssen ferner solche Produkte erfaßt werden, die zu den Hauptnahrungsmitteln der Mehrheit der Bevölkerung zählen, wie z.B. Reis, Tee, Fleisch usw. Besonders für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß das gegenwärtig uneinheitlich und zersplittert geleitete Realisierungssystem überprüft werden, so daß dieser Prozeß und damit die Verteilung der Produkte kontrolliert und effektiv gestaltet wird.[1)]

---

1) Vgl. Dr. Al- Sukuty und Al- Dabbag, "Der landwirtschaftliche Realisierungsprozeß im Irak für Obst und Gemüse" in Commerc, Nr. 2/August 1976, S. 30-54 (arabisch)

3. Kapitel

Zukunft des staatlichen Sektors

1. Die Bedeutung des Erdöls für die Entwicklung des staatlichen Sektors

Das Erdöl spielt die dominierende Rolle in der Entwicklung des staatlichen Sektors bzw. der nationalen Volkswirtschaft. Das heißt, daß die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft die entscheidende Quelle für die Entwicklungsprogramme bzw. für den einfachen und erweiterten Reproduktionsprozeß der Volkswirtschaft des Irak sind.

In der Zeit des Kassem-Regimes (1958-1963) wurden für die Planung des Investitionsprogramms 337,6 Mio. ID ausgegeben. Davon resultierten 287,2 Mio. ID aus den Erdöleinnahmen, das bedeutet also 86 %, während die anderen Quellen nur 14 % ausmachten, wobei der durchschnittliche Anteil der Planung an den gesamten Erdöleinnahmen 49,3 % ausmachte.[1)]

Die Erdöleinnahmen erstreckten sich nicht nur auf die Planung, sondern auch auf die gesamte Akkumulation (fix capital formation). So machten die Erdöleinnahmen, die für die Planung eingesetzt wurden, seit der Industrialisierungswelle 1958 bis 1966, durchschnittlich 86,8 % vom gesamten staatlichen Akkumulationsfonds aus und in manchen Jahren sogar 9o bis 1oo %.[2)]

---

1) Vgl. Resultate der Verfolgung der Ziele der Investitionen in der Planung und im Programm der Volkswirtschaft Iraks 1951-1971, Planungsministerium, S. 1o1 (arabisch)
2) Ebenda, S. 1o6

Nach dem Sturz des Kassem-Regimes in der Zeit von 1963 bis 1969 stiegen die Planungsausgaben auf 421,6 Mio. ID an, wobei nur 41,4 Mio. ID aus anderen Quellen stammten. Damit stammten 9o,2 % aus den Erdöleinnahmen, während der Anteil der anderen Quellen nur 9,8 % betrug.[1)]

Als die derzeitige irakische Regierung ihr wirtschaftliches Entwicklungsprogramm für die Jahre 197o-1974 proklamierte, gab sie für dieses Investitionsprogramm etwa 858 Mio. ID frei (die Summe der Investitionen stieg in den letzten zwei Jahren des Planes infolge der Erhöhung der Erdöleinnahmen auf 1539,9 Mio. ID).[2)]
Die Öleinkünfte dieser Investitionssumme machten dabei 88,4 % aus. So hat das Erdöl für die Finanzierung der Entwicklungspläne eine immer stärkere Position eingenommen.

Aus dieser kurzen Darstellung ist zu ersehen, wie stark die wirtschaftliche Entwicklung bzw. des Akkumulationsprozesses von dem Erdöl abhängig ist (siehe Tabelle Nr. 4o).

---

1) Ebenda, S. 1o7
2) Siehe Abschnitt 4.3. dieser Arbeit.

Tabelle Nr. 4o

Die Quellen zur Finanzierung der staatlichen Investitionen in der Zeit von 197o/1971 bis 1974/1975 (Werte in Mio. ID)

Quellen	197o/71 Einnahmen	in %	1971/72 Einnahmen	in %	1972/73 Einnahmen	ir
Anteil d. Planes a.d. Öleinkünften	97,3	87,6	17o,7	9o,2	1o9,3	8c
Ausländische Anleihen	1,5	1,3	8,6	4,5	1o,7	7
Heimische Anleihen	5,o	4,5	-	-	-	
Sonstige Einkünfte	7,4	6,6	1o,o	5,3	15,8	11
Insgesamt:	111,2	1oo,o	189,3	1oo,o	135,8	1oc

1973/74 Einnahmen	in %	1974/75 Einnahmen	in %
411,6	93,2	6oo,8	9o,8
12,3	2,8	12,7	1,9
-	-	-	-
17,9	4,o	48,3	7,3
441,8	1oo,o	661,8	1oo,o

Quelle: Planungsministerium, Direktion der Wirtschaft, Bagdad, Oktober 1976, S. 99 (arabisch)

2. Neue Tendenzen in der Entwicklung des staatlichen Sektors

a. Der Aufbau des nationalen Erdölsektors

Die Gründung der Iraq National Oil Company (INOC) infolge des Gesetzes Nr. 11/1964 war ein wichtiger Schritt für die Politik der ökonomischen Unabhängigkeit des Irak. Das heißt, die direkte nationale Erdölförderung durch die INOC und damit die Herausbildung eines nationalen Erdölsektors schaffte die Voraussetzungen für die Nationalisierung der ausländischen Erdölgesellschaften.

Ausgehend davon proklamierte die Baath-Partei nach der Machtübernahme (im Juni 1968) als einen wichtigen Punkt ihrer Wirtschaftspolitik, u.a. die direkte nationale Erdölförderung.
Am 16.6.1968 veröffentlichte die INOC ihr Ziel, alle Maßnahmen für direkte nationale Erdölförderung im Feld Nord Rumaila in einem Programm durchzuführen.[1)]
Die irakische Regierung hat außerdem ein Programm für das Wachstum und die Entwicklung des nationalen Erdölsektors für die Jahre 1971-1981 erarbeitet. Das Ziel des Programmes sieht vor, mit 1o % jährlichem Wachstum der nationalen Erdölförderung des Irak bis Anfang 198o wieder in internationalen Erdölförderungen einen günstigen Platz einzunehmen.
Für die Durchführung des Programms wurden 498 Mio. ID von der irakischen Regierung bereitgestellt.
Das Programm sieht u.a. vor[2)]:

---

1) In diesem Gebiet wurden schon vor längerer Zeit riesige Vorräte gefunden, die nicht von den Monopolen gefördert wurden. Vom 12. Juli 197o bis 15. August 1971 gelang es der INOC, im Nord-Rumaila-Feld zehn Bohrungen fertigzustellen - die erste Etappe der Erdölförderung. Das erste Erdöl wurde im genannten Feld am 7. April 1972 gefördert.
2) Fortschritt im Rahmen der Planung, Planungsministerium des Irak, Bagdad 1972 (arabisch)

1. Die Entwicklung der INOC für Erkundung, Förderung und Transport des Erdöls,
2. den Aufbau von Pipeline-Netzen, um das geförderte nationale Erdöl zu den Häfen zu transportieren sowie die Beschaffung von irakischen Erdöltankern,[1)]
3. Ausnutzung des höher abgefackelten Naturgases,[2)]
4. Ausbildung von Kadern auf dem Gebiet des Erdölsektors,
5. Erarbeitung eines Programms für die Entstehung und Entwicklung einer erdölverarbeitenden Industrie.

Die INOC schloß mehrere Verträge ab, die für ihre Entwicklung, Festigung und für die Entwicklung der nationalen Erdölförderung von Bedeutung sind.
Im Juni 1969 wurde ein Vertrag zwischen der INOC und der sowjetischen Gesellschaft "Maschino Export" unterzeichnet, in dem "Maschino-Export" für die INOC einen Kredit von 25 Mio. ID vergab und sich für die Lieferung aller erforderlichen technischen Ausrüstungen aus der UdSSR und einen Erfahrungsaustausch bei der Herstellung eines nationalen Erdölsektors im Irak verpflichtete.
Im gleichen Jahr wurde zwischen der irakischen Regierung und der UdSSR ein weiteres technisch-wirtschaftliches Abkommen abgeschlossen. Dieses Abkommen sah die Förderung des Erdöls im Nord-Rumaila-Feld mit 5 Millionen Tonnen Rohöl im Jahre 1972, in der ersten Etappe, vor, die sich auf 18 Mio. Tonnen im Jahre 1974, in der zweiten Etappe, erhöhen sollte. Der Vertrag sah ferner die Ausbildung von irakischen Kadern im Irak und in der Sowjetunion vor.

---

1) INOC hat einen Vertrag mit einer spanischen Firma für den Ausbau von sieben Öltankern abgeschlossen; die Kosten werden mit Rohöl bezahlt.
2) Ca. 2oo Mio. Kubikmeter Gas werden z.B. im Jahre 1969 abgefackelt.

Im April 1971 schlossen die INOC und ERAP einen Vertrag über die Errichtung eines Tiefhafens im Süden Iraks, bzw. eines Tiefwasserterminals im Golf, ab, welcher 25o.ooo Tonnen an Schiffsladungen aufnehmen kann. Die Aufladekapazität des Hafens beträgt 25 Mio. Tonnen pro Jahr und kann auf 4o Mio. Tonnen pro Jahr vergrößert werden.

Im Jahre 1972 wurde ein Vertrag zwischen der INOC und der brasilianischen Ölgesellschaft als "Service Contract" ausgearbeitet, der die Erkundung, Förderung und den Absatz im Gebiet von 7.9oo km^2 und in Gebieten, in denen noch kein Erdöl erkundet bzw. geschürft wird, vorsieht. Der Vertrag hat eine Dauer von 24 Jahren.

Am 14. April 1972 konnte der erste irakische Tanker mit Erdöl aus Nord-Rumaila beladen werden. Vom 7. April bis zum 31. Dezember 1972 wurden 2.284.311 Tonnen irakischen Erdöls aus dem Hafen Fao exportiert. Somit gab es für die INOC keine Absatzschwierigkeiten einschließlich der vorausberechneten Menge für die zweite Etappe 1974 - 18 Mio. Tonnen.

b. Übernahme der Erdölindustrie und deren Eingliederung in den staatlichen Sektor

Am 1. Juni 1972 proklamierte die irakische Regierung das Gesetz Nr. 69/1972 - die Verstaatlichung der IPC. Die Erdölförderung dieser Gesellschaft nahm 69 % der gesamten geförderten Erdölmenge des Irak ein.[1)]
Im Oktober 1973 wurden der amerikanische Anteil an BPC (Basrah Petroleum Company) sowie Culbenkiansanteil verstaatlicht, so daß 85 % der Förderung und Vermarktung des Erdöls in den Händen der irakischen Regierung lag.

---

1) Die IPC förderte - bevor sie die Erdölförderung drosselte - 78 % der gesamten Erdölmenge im Irak.

Ausgehend von den Diskrepanzen zwischen den westlichen Staaten, besonders zwischen dem französischen und dem englisch-amerikanischen Kapital und der besonderen Beziehung Frankreichs zu arabischen Ländern, sicherte die irakische Regierung in einer Note Frankreich zu, seine Interessen im Irak zu schützen. So erklärte die irakische Regierung ihre Bereitschaft, Verhandlungen mit der französischen Seite durchzuführen, wenn diese den Wunsch äußern würde, eine Vereinbarung zu treffen, die die französischen Interessen und deren Kontinuität garantieren. Die französische Regierung erklärte offiziell ihr Einverständnis mit den Maßnahmen des Irak und beachtete diese als legitim. Sie trat mit der irakischen Regierung über die Erdöllieferungen in Verhandlungen.

Die Gründung der INOC und die Übernahme der effektiven Kontrolle über die Erdölwirtschaft schaffen die Voraussetzungen des Erdölsektors, in die nationale Wirtschaft zu integrieren und damit eine erdölverarbeitende Industrie aufzubauen. Die Erhöhung der Staatseinkünfte nach der Nationalisierung und der Erdöl-Preiserhöhung im Jahre 1973 führte zu einer Vergrößerung der Möglichkeiten für die Industrialisierung des Irak. Während die Erdöleinnahmen 1969 346,2 Mio. ID betrugen, stiegen sie im Jahre 1974 auf 2325,7 Mio. ID[1], wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist:

---

1) Die Einkünfte durch Öl bilden 1/3 des Volkseinkommens, 4o % der direkten Einkünfte des herkömmlichen Staatsbudgets und mehr als 9o % der Einkünfte zur Finanzierung der Entwicklungspläne.

Tabelle Nr. 41

Jahr	Produktion in Mio. Tonnen	Exporte in Mio. Tonnen	Wert d. Exporte in Mio. ID
1969	73,3	69,9	346,2
1970	75,2	72,1	368,2
1971	82,2	78,1	526,2
1972	71,2	67,3	421,5
1973	97,8	93,2	677,4
1974	95,5	89,6	2325,7

Quelle: Planungsministerium, Direktion der Wirtschaft, Bagdad, Oktober 1976, S. 107 (arabisch)

Die Zunahme der Einkünfte aus dem Erdölsektor ermöglichte der Regierung, die für den Fünfjahrplan 1970-1974 bereitgestellten Investitionen mehr als zu verdoppeln. Der Anteil der Öleinkünfte an der Finanzierung des Planes wurde im Jahre 1973 um etwa 980 Mio. ID erhöht.[1)]

Schwerpunkt des oben genannten Planes war die Errichtung von chemischer Industrie, petrolchemischer Komplexe (Gasverflüssigungsanlagen, Raffinerien), metallurgischer Betriebe sowie der Entwicklung solcher Branchen wie elektrische und pharmazeutische Industrie.
Der Anteil des industriellen staatlichen Sektors an den gesamten bereitgestellten finanziellen Mitteln betrug nach der Vergrößerung des Investitionsvolumens 23,4 %, davon wurden 23,3 % für die chemische Industrie, 11,4 % für Gasverflüssigungsanlagen und Raffinerien und 8,8 % für metallurgische Betriebe ausgegeben.[2)]

---

1) Siehe Abschnitt 4.3. der vorliegenden Arbeit.
2) Die eingesetzten Einnahmen aus dem Erdölgeschäft für die Investitionen entspricht nicht den tatsächlichen Ausgaben. So wurden z.B. die bereitgestellten Investitionen in der Zeit von 1965 bis 1974 nur zu 62,6 % realisiert. Das übrige Geld bzw. die Differenz, die nicht in die Planung gesteckt wurde, fließt in das ordentliche Budget zurück.

Der Erdölsektor hat also einen Anstoß zur Transformation der Gesellschaft gegeben. Denn der Aufbau von Raffinerien und einer petrolchemischen Industrie spielen eine strategische Rolle bei der Industrialisierung des Landes. Die Ausdehnung solcher Industrien ruft einen Modernisierungsprozeß hervor und schafft die Voraussetzungen für die Entstehung neuer, für den Erdölsektor komplementärer Industrien.[1)]

Trotz einer zunehmenden Investitionstätigkeit des Staates in den produktiven Bereichen, ist es der irakischen Regierung bis jetzt nicht gelungen, die positiven Effekte der Erdölindustrie auf die übrige Wirtschaft zu übertragen. Es geht hierbei nicht um die Maximierung der Öleinnahmen und um die Kontrolle über den Erdölsektor auszuüben[2)], sondern es geht vielmehr darum, eine Strategie der Integration des Erdölsektors in die übrige Wirtschaft zu realisieren. Das ist eines der wichtigsten Kriterien in der politischen Konzeption bei der Entwicklung der irakischen Volkswirtschaft. Die bisherige Politik zeigt keine derartige Konsequenz bei der Lenkung dieser strategischen Entwicklung. Vielmehr zeigt sie eine ungesunde Tendenz bei der Verteilung der Gesamteinnahmen zwischen Konsumtion und Akkumulation.

---

1) Vgl. Salua Nour, "Das Erdöl im Prozeß der Industrialisierung der Förderländer", in: Erdöl für Europa, Hamburg 1974, S. 54

2) Die irakische Regierung hat eine Anzahl von Plänen zur Steigerung der Rohölproduktion vorgelegt, wie zum Beispiel der Bau der neuen Rohrleitung für den Export des irakischen Öls durch türkisches Territorium und der Bau der gesamten strategischen Rohrleitung von Haditha zum Golf. Die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik, den Export von Rohöl auszuweiten, wird sicher in 20-30 Jahre zur Verarmung der irakischen Ölreserven führen. Wenn dieser Fall eintritt, wird das Land nicht genügend Ressourcen haben, um den Bedarf der nationalen Wirtschaft zu befriedigen.

3. Einige Vorschläge zur Erweiterung und Festigung des staatlichen Sektors

3.1. Die Möglichkeit der Entwicklung des staatlichen Sektors durch regionale Zusammenarbeit

Von besonderer Bedeutung für die Lösung der Akkumulationsfrage im Irak ist die Entwicklung und Stärkung des staatlichen Sektors durch die regionale Zusammenarbeit. Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit bzw. Integration der Länder unter ihnen, die sich geographisch oder kulturell nahstehen, würde zur Entstehung regionaler Märkte von angemessener Größe führen, die die Investitionstätigkeit im staatlichen Sektor anregen würden.

Zwischen der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit bzw. Integration und der Industrialisierung bestehen somit direkte Beziehungen. Die Industrialisierung auf modernem technischen Niveau verlangt den Aufbau von Großbetrieben, deren Produktionskapazitäten die Bedürfnisse des Landes übersteigen. Daraus entsteht ein Widerspruch zwischen der optimalen Größe moderner Betriebe und der Fähigkeit des Binnenmarktes, die Erzeugnisse eines solchen Betriebes aufzunehmen. Niedrige Produktionszahlen stellen wiederum die Rentabilität bzw. die Akkumulation neuer Industriezweige in Frage und halten den Aufbau anderer Produktionen in Grenzen.
In der irakischen staatlichen Zementindustrie wird z.B. moderne Technik und Technologie angewendet. Die Betriebe dieses Industriezweiges gelten daher als große moderne Werke mit erweiterten Produktionskapazitäten.
Die Fähigkeit des Innenmarktes für Zementverbrauch ist gegenwärtig begrenzt; der innere Verbrauch stieg im Jahre 1973 nur auf 115.788 Tonnen mehr gegenüber 1968. Das ist keine nennenswerte Entwicklung, ja sogar eine stagnierte Tendenz gegenüber der Steigerung der Produktion.

Der Außenmarkt, also der Export, ist für die Realisierung des Zements und darüber hinaus für die weitere Entwicklung dieser Industrie als eine unabdingbare und immer bedeutender werdende Voraussetzung anzusehen, solange der Innenmarkt stagniert bleibt.
Im Verhältnis zum gegenwärtigen Stand des Innenmarktes haben sich die äußeren Absatzmöglichkeiten im Jahre 1973 gegenüber 1968 mehr als verdoppelt, was etwa 47 % des gesamten Absatzbereiches ausmacht. Hauptabnehmer sind die Nachbarländer Kuweit und Saudi Arabien.
Diese Tatsache beweist, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität in diesem Industriezweig sowie die Auslastung der Kapazitäten durch den Markt gesichert und gefördert wird; insbesondere spielt dabei der Außenmarkt die Rolle einer bestimmenden Triebkraft in diesem Förderungsprozeß, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist:

Tabelle Nr. 42: Entwicklung des Innen- und Außenmarktes der Zementindustrie während der Jahre 1968 - 1973 (in Tonnen)

Jahr	Gesamtverkauf 1	Anteil des Innenmarktes 2	Anteil des Außenmarktes 3	3:1
1968	1.28o.6oo	865.o82	415.518	32,4
1969	1.496.548	942.585	553.963	37,o
197o	1.697.933	1.o32.994	664.939	39,1
1971	1.797.556	1.439.983	753.573	41,9
1972	1.825.725	972.595	848.13o	46,4
1973	1.873,o81	98o.87o	892.211	47,6

Quelle: 1) Die monatliche Industriestatistik für die Jahre 1968, 1969 und 197o
2) "Der irakische Zement", herausgegeben von Cement Marketing Bureau and Construction Materials Co. Bagdad, 1973, S. 28-29 (arabisch)

Aus dem vorhergehenden Beispiel geht hervor, daß die Stabilisierung und die Erweiterung der Exportmärkte durch regionale Zusammenarbeit von wesentlicher Bedeutung für die Sicherung der Beständigkeit des erweiterten Reproduktionsprozesses und damit für die Forcierung der inneren Akkumulationskraft ist.

Die bisherigen Ansätze zur Integration innerhalb der arabischen Länder führten aufgrund der Entwicklungsunterschiede zwischen ihnen und ihren politischen und ideologischen Differenzen nicht sehr weit.
Der Generalsekretär der arabischen Wirtschaftsunion betonte in diesem Zusammenhang auf der im Mai 1969 stattgefundenen Tagung der Union, daß "infolge des unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Mitgliedsländer es sich vorläufig um eine Art von Entwicklungsunion handelt, die später zu einem wirklichen Gemeinsamen Markt führen soll."[1)]

Die Aufgaben des Gemeinsamen Arabischen Marktes beschränkten sich vorwiegend auf die Handelsbeziehungen zwischen den beteiligten Staaten - wie u.a. Zollfreiheit für den Warenverkehr, Freizügigkeit des Transports, des Transits und der Benutzung aller Transportmittel sowie die Freizügigkeit des Kapitals- und Personenverkehrs.[2)]
Das heißt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der arabischen Länder spielt zur Zeit trotz vielfältiger Formen und Ansätze noch eine relativ geringe praktische Rolle im wirtschaftlichen Leben der beteiligten Länder. Das kam auch in den Handelsbeziehungen zum Ausdruck. So blieb z.B.

---

1) Vgl. D. Wahbi Gerbal, "Zur arabischen wirtschaftlichen Integration", Damaskus 1972, S. 46 (arabisch)
2) Der Rat der arabischen Wirtschaftsunion beschloß im August 1964 das Projekt der Gründung eines "Arabischen Gemeinsamen Marktes". Zu Beginn haben sich fünf arabische Staaten diesem Markt angeschlossen, und zwar Syrien, Ägypten, Irak, Jordanien und Kuweit; später kamen Jemen und der Sudan hinzu.

das Handelsvolumen des Irak mit den übrigen Staaten des Marktes sehr gering, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist:

Tabelle Nr. 43: Das Volumen der Handelsbeziehungen Iraks mit den übrigen Ländern des AGM (in 1ooo I in den Jahren 197o-1975

Jahr	Länder des AGM		andere Länder	
	Export	Import	Export	Import
197o	7886	7336	1468o	174315
1971	1o76o	722o	12o22	24o65o
1972	1o653	6892	17961	227788
1973	1o587	6421	21936	263896
1974	85o3	9893	19627	69o194
1975	7373	14118	28223	1o3o546

Quelle: Statistisches Taschenbuch für das Jahr 1975, Planungsministerium, Zentralbüro für Statistik, Bagdad 1975 (arabisch)

Aus den bisherigen Darlegungen könnte man folgern, daß die Versuche der regionalen Wirtschaftsintegration der arabischen Staaten zum größten Teil mißlungen waren. Dies kann nicht überraschen, wenn man bedenkt, daß dem Gelingen solcher Integrationen zahlreiche Hindernisse gegenüberstehen;

- Ein erhebliches Hemmnis für den Erfolg solcher Zusammenschlüsse besteht vor allem, wie bereits erwähnt wurde, darin, daß die Mitgliedsländer des arabischen Gemeinsamen Marktes verschiedene sozial-ökonomische Entwicklungsstufen aufweisen. Während Ägypten, Syrien und Irak bereits einige relativ entwickelte Industrien besitzen, hat in Jemen, Kuweit und Jordanien die industrielle Entwicklung kaum begonnen. Hinzu kommt, daß die überwiegende Zahl der Mitgliedsstaaten dasselbe wirtschaftliche Spezialisierungssystem aufweisen und daß zwischen ihnen keine gewachsene Arbeitsteilung besteht.
  Die Möglichkeit der Integration ergibt sich auch aus dem

Entwicklungsstand der Produktivkräfte im Weltmaßstab und nicht nur aus dem Entwicklungsstand, der in diesen und jenen Ländern erreicht wurde.
Aus den angeführten hemmenden Faktoren ergibt sich die Tatsache, daß zwischen diesen Ländern gegenwärtig keine Integration, sondern eine Art wirtschaftliche Zusammenarbeit möglich ist.
Für eine deratige Zusammenarbeit lassen sich einige Kriterien formulieren;

- Es müssen stabile ökonomische Beziehungen entwickelt werden, die planmäßig und langfristig in Richtung auf die Schaffung sich gegenseitig ergänzender Wirtschaften wirken. Solche Möglichkeit zu einer derartigen Zusammenarbeit besteht zum Beispiel unter den Ländern, die zur "zentralgeplanten Wirtschaft" tendieren, wie Syrien, Irak und Ägypten. Zwischen diesen Ländern könnte eine Art Spezialisierung und Kooperation der industriellen Produktion erreicht werden, und zwar einmal durch die Abstimmung bestehender Industrien aufeinander und zweitens durch die koordinierte Planung und Errichtung von neuen Industrien.

- Die Effektivierung der Zusammenarbeit muß von den gegenwärtigen Bedingungen des Entwicklungsstandes der beteiligten Partner ausgehen und sie berücksichtigen. Hierbei müssen die Beziehungen für die beteiligten Länder wirtschaftlichem und kommerziellem Nutzeffekt entspringen.

3.2. Die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer Bildungskonzeption im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Verteilung der genutzten Arbeitskräfte im Irak auf die Bereiche der materiellen Produktion; ihr jeweiliger Anteil an dem geschaffenen Volkseinkommen und ihr Qualifikationsniveau spiegeln die Situation eines unterentwickelten Landes wider. Eine Volkswirtschaft ist unterentwickelt, weil die Arbeitsproduktivität niedrig ist; diese geringe Produktivität ist das Ergebnis einer unzulänglich ausgebildeten Arbeitskraft; wenn aber die Erwerbstätigen nicht genügend ausgebildet wurden, dann nur deswegen, weil die Erziehungs- und Ausbildungseinrichtungen noch unterentwickelt sind.[1)]

Im Jahre 1975 waren von den etwa (2o974oo) Berufstätigen in der Volkswirtschaft des Irak 7,9 % in der Industrie beschäftigt (siehe Tabelle Nr. 44), wobei nur 5,3 % der Industriearbeiter über eine Facharbeiterausbildung verfügen.[2)]

In den Studien des Ministeriums für Planung heißt es dazu: In allen Bereichen der Wirtschaft besteht großer Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Um diesen Bedarf zu decken, müssen 6o % der Grundschulabgänger eine Berufsschule besuchen (nur 12 % der Grundschulabgänger besuchen gegenwärtig die Berufsschule). Die Kapazität der vorhandenen Berufsschulen deckt nur 35 % des bestehenden Bedarfs.[3)]

---

1) Siehe, Brun Knall, "Die Rolle der Erziehung und Ausbildung im Wachstumsprozeß der Entwicklungsländer, in Grundfragen der Entwicklungsplanung, Berlin 1964, S. 215
2) Mustafa Teeba, Probleme des Wachstums und Fortschritts im Irak, Bagdad 1976, S. 69 (arabisch)
3) Planungsministerium, Die sozialen Ziele des perspektivischen Plans, Bagdad 1976 (arabisch)

Tabelle Nr. 44

Verteilung der Berufstätigen auf die Bereiche der Volkswirtschaft des Irak (im Jahre 1975)

Bereiche	Berufstätige Prozent
Landwirtschaft	36,7
verarbeitende Industrie	7,9
Bauwirtschaft	3,4
Bergbau	o,2
Gas, Wasser und Elektrizität	1,o
Handel	8,1
Transport	8,3
Dienstleistungen	17,7
sonstige	16,7
Bereiche insgesamt	1oo,o

Quelle: Planungsministerium, Zur Koordinierung der wirtschaftlichen Planung mit der Planung des Bildungswesens, Bagdad 1975, S. 34 (arabisch)

Die Zahl der erwachsenen Analphabeten betrug im Jahre 1965 (4524500), was etwa 75,1 % der Gesamtbevölkerung ausmachte. Diese Zahl stieg sogar im Jahre 197o auf (5669903) (72,4 % der Gesamtbevölkerung). Heute beträgt die Zahl der Analphabeten über 4 Millionen.[1)]
Der größte Teil der Analphabeten konzentriert sich in den ländlichen Gebieten, etwa 82,5 %, in den Städten 58,1 %.

Das niedrige Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte ist das Ergebnis des bisher praktizierten Bildungssystems. Als wesentlicher Mangel im Bildungssystem des Irak hat sich ergeben, daß die Grundschule nur darauf abgestimmt ist, die Schüler auf den weiteren Schulbesuch, nicht aber

---

1) Mustafa Teeba, Probleme des Wachstums und Fortschritts im Irak, Bagdad 1976, S. 61 (arabisch)

auf ihre spätere praktische Tätigkeit in der Gesellschaft vorzubereiten. Es handelt sich überwiegend um konsumptive Bildung. Hinzu kommt, daß das Bildungssystem im Irak aus einem alten Industrieland, nämlich England, übernommen wurde, das zum größten Teil nicht den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht. Dieser Mangel kann nur durch die Umgestaltung der Grundschulbildung abgebaut werden, die auf eine wirksame Beteiligung an der Produktion und dem gesellschaftlichen Leben vorbereitet werden soll.

Was die Entwicklung des Bildungswesens noch stark hemmt, ist die Tatsache, daß in staatlichen und Verwaltungspositionen ein hoher Anteil von Personen zu finden ist, der dank besserer sozialökonomischer Ausgangspositionen ein bestimmtes Maß an Bildung erwerben konnte. Die genannten Kreise sind nicht bereit, sich an dem Prozeß zur Vermittlung des Bildungsgutes zu beteiligen, weil dadurch ihre eigene Sonderstellung in der Gesellschaft untergraben wird.[1)]

Obwohl das Bildungswesen im Irak zum wichtigen Instrument gesellschaftlicher Umgestaltungen erklärt wurde, wurde es jedoch nur sehr wenig in den bisher durchgeführten Entwicklungsplänen berücksichtigt.

In dem Bericht des 8. Parteitages der regierenden Baath-Partei heißt es dazu:[2)]

"The new phase requires a reappraisal of the whole education system with the idea of rebilding it on lines compatible with the objectives of the Revolution. What is needed in particular is a special stress on science and technology in education, in order to provide the Revolution with personnel required in the various fields of development."

---

1) Vgl. Gahnem Hamdun, Die Bildung im Dienste des ökonomischen Wachstums, in Al-Thakafe Al- Jadide, monatliche Zeitschrift, Bagdad, März 1973 (arabisch)

2) The political Report adopted by the Eighth Regional Congress of the Baath-Party-Iraq, Jan. 1974, S. 257

In den Entwicklungsplänen 1965-1969 und 197o-1974 wurde nur die quantitative Seite der Arbeitskräfte erfaßt. Die wichtigsten Fragen der Bildungsökonomie wurden völlig ignoriert, wie z.B. worin besteht die optimale Relation zwischen Bildungsaufwand und Sachinvestitionen? Was sind die Wechselwirkungen zwischen Bildungsaufwand, Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung? usw. Das heißt, es wurden keine detaillierten Ziele hinsichtlich der Deckung des ständig wachsenden Bedarfs an qualifizierten Fachkräften in den verschiedensten Qualifikationsebenen für die Sicherung der geplanten industriellen Produktion gestellt. So enthalten die "Entwicklungspläne" als Aufgaben für das Bildungswesen nur jene Ausführungen, die die Abschaffung des Analphabetentums, die Ausdehnung des Schulwesens und eine nach der sozialökonomischen Seite hin nicht näher erklärte Gesundung der Schulstruktur fordern.
Damit ist keine wesentliche Voraussetzung gegeben, daß das Bildungswesen tatsächlich zielstrebig zur Veränderung der Sozialstruktur eingesetzt wird.
Es liegt auf der Hand, daß ein Land sich nur dann organisch entwickeln kann, wenn neben den Investitionen im Sachkapital ein besonderes Augenmerk auf die Erziehung und Bildung gelegt wird.[1)]
Die Notwendigkeit von Investitionen im menschlichen Bereich ist dabei um so größer, je unterentwickelter eine Volkswirtschaft ist.[2)] Damit wird auch die Tatsache erklärt, warum sich der Irak trotz des großen Kapitalsstroms, der in seine Wirtschaft hineingeflossen ist, so wenig entwickelt hat.

---

1) Man hat unbedeutende finanzielle Mittel für die Ausdehnung des Schulwesens eingesetzt. Im Entwicklungsplan 197o-1974 wurden z.B. nur o,9 % der bereitgestellten Gesamtinvestitionen für das Bildungswesen eingesetzt.
2) Knall, B., Die Rolle der Erziehung und Ausbildung im wachstumsprozeß der Entwicklungsländer,...,a.a.O., S. 216

Im Irak scheint deshalb der hemmende Produktionsfaktor nicht im ungenügenden Sachkapital zu liegen, als vielmehr in der Tatsache, daß die Menschen dieses Landes nicht in der Lage sind, den Entwicklungsanforderungen zu entsprechen.
So wurde dem Faktor Arbeit in der ökonomischen Zielfunktion des Landes keine beachtenswerte wachstumsfördernde bzw. -hemmende Bedeutung beigemessen.
Dagegen sah man in der Bereitstellung von Kapitalgütern für die Industrialisierung die allein entscheidenden Bedingungen für die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung.[1)]
Daraus ergab sich, daß die Absorbtionsfähigkeit der irakischen Wirtschaft für die Sachkapitalinvestitionen infolge der fehlenden ausgebildeten Arbeitskräfte begrenzt blieben. Um dieses Problem zu lösen, versucht die irakische Regierung seit dem Jahre 1973 verstärkt, ausländische Fachkräfte einzusetzen.

Aus allen angeführten Tatsachen ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die Planung der quantitativen und qualitativen Entwicklung sowie des rationellen Einsatzes und der effektiven Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in enger Verbindung mit der Planung der Produktion und der Arbeitsproduktivität steht.
Hierbei müssen folgende Gesichtspunkte beachtet werden:

- Bildungs- und Erziehungsprozesse sind überwiegend langfristiger Natur. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Entwicklung des Bildungswesens langfristig zu planen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die langfristige Planung des notwendigen Bedarfs an Arbeitskräften nach ihrer Qualifikations- und Berufsstruktur, d.h. wie sind langfristig die Schulabgänger auf die Bildungswege und die Hoch- und Fachschulkader auf die Wirtschaftsbereiche,

---

1) Siehe Abschnitt 5.2. der vorliegenden Arbeit.

Zweige und Betriebe zu verteilen, damit sie entsprechend der von ihnen erworbenen Qualifikation in den produzierenden und nichtproduzierenden Bereichen eingesetzt werden können.

- Eine besonders wichtige Rolle spielt im Prozeß der Bildungsplanung die Ermittlung der Zahl der Berufstätigen und die Bilanzierung der verschiedenartigen Bewegungen des Arbeitskräftepotentials.
  Die Bilanz wird nach Arbeitsgruppen, Geschlecht, Wirtschaftsbereichen, Zweigen, Berufsgruppen, Qualifikationsniveau sowie nach Stellung der Werktätigen im Betrieb gegliedert.

- Im Mittelpunkt der Planung des Bildungswesens steht die Planung der Anzahl der Schüler sowie Studierenden und Absolventen nach Bildungsstufen, Wissenschaftszweigen, Fachrichtungen usw., die Planung der erforderlichen Lehrer und Erzieher, die Entwicklung der Kapazitäten der Bildungseinrichtungen, die Planung der Lehrmittel sowie die Planung der notwendigen finanziellen Mittel.

Schlußbemerkungen

Im Irak beherrscht gegenwärtig der staatliche Sektor die struktur- und entwicklungsbestimmenden Zweige der Volkswirtschaft. 85 % des gesamten Industriekapitals und der größte Teil des Außenhandels konzentrieren sich jetzt in den Händen des Staates.
Das quantitative Wachstum und die qualitative Entwicklung des staatlichen Sektors sowie seine führende Rolle bei der Mobilisierung der inneren Akkumulationsmöglichkeiten in der Gesellschaft wird durch die spezifische Lage des Landes bestimmt:

- durch das Vorhandensein der nebeneinanderbestehenden sozialökonomischen Formen und der daraus resultierenden unterschiedlichen Klasseninteressen;
- durch den Kampf um die Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und den Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft und
- durch die bestehenden spezifischen sozialökonomischen komplizierenden Probleme.

Diese sozialökonomischen Besonderheiten beeinflussen maßgeblich den Inhalt, den Charakter und die Aufgaben des staatlichen Sektors.

Für die Zukunft des staatlichen Sektors im Irak und seine Stellung in der Gesellschaft sind noch einige Fragen der Vervollkommnung seines gesellschaftlichen Inhalts von besonderer Wichtigkeit.
Dabei ist vor allem der Prozeß seiner inneren Demokratisierung - und dieser wiederum in den industriellen Zweigen dieses Sektors - von erheblicher Bedeutung.

Die Stellung des unmittelbaren Produzenten im staatlichen Sektor und dessen Möglichkeiten, selbst seine Entwicklungsrichtung mitzubestimmen, ist mit der Vertiefung des demokratischen Wesens dieses Sektors unlösbar verbunden.

Die Tatsachen im Irak beweisen, daß der Leitungsapparat des staatlichen Industriesektors zum größten Teil unter der Herrschaft bürokratischer Elemente, die sich aus hohen zivilen Angestellten kleinbürgerlicher Herkunft und hohen Militärs zusammensetzt, steht.
Innerhalb der Aufsichtsräte, des höchsten Organs der staatlichen Betriebe, besitzen diese Elemente mehr als die Hälfte der Sitze bzw. Stimmen.[1)]
Die oben genannten bürokratischen Kreise versuchen nicht nur, den staatlichen Verwaltungsapparat allein, sondern auch den Apparat der Wirtschaft in steigendem Maße unter ihre Kontrolle zu bringen und in ihrem Interesse zu nutzen.

Diese Tatsachen besagen, daß trotz des fortschrittlichen Charakters und Inhalts der Bildung eines einheitlichen Leitungsapparates für den staatlichen Industriesektor seine Beherrschung durch die oben genannten Schichten eine reaktionäre entscheidende Seite des Prozesses seiner Weiterentwicklung darstellt.
Die Gefahr dieses Prozesses besteht u.a. darin, daß der fortschrittliche Charakter jeder Maßnahme so bekämpft wird, daß sie in der Praxis keine bedeutende Rolle spielt bzw. nur gewisse positive Auswirkungen aufzuweisen hat, daß verhindert wird, jene weiteren Maßnahmen in Angriff zu nehmen, die die bereits durchgeführten festigen sollen.

---

1) Vgl. Jahresbericht des Ministeriums für Industrie für 1974/1975, S. 12-15 (arabisch)

Eine andere Erscheinung, die die Entwicklungsrichtung des staatlichen Sektors stark beeinflußt, ist die Höhe der Verwaltungsebene des Regierungsapparates und des staatlichen Sektors. Der Staatsapparat im Irak beschäftigt gegenwärtig mehr als eine halbe Million Angestellte und Beamte, die zusammen mit ihren Familien etwa 1/3 der irakischen Bevölkerung ausmachen. Die Gesamtausgaben dieses Apparates für Gehälter, Unkosten der administrativen undemokratischen Leitungsmethoden usw. belaufen sich jährlich auf 25o Mio. ID, was im Durchschnitt 23 % der gesamten nationalen Ausgaben ausmacht.[1)]

Die bereits erwähnten Erscheinungen haben auch negativen Einfluß auf die wirtschaftliche Effektivität des staatlichen Sektors.[2)]
Die offiziellen Zahlen weisen darauf hin, daß die große Anzahl der Regierungsprojekte mit jährlichem Verlust betrieben wird. Aus dem Budget vom Jahre 1973 ging hervor, daß die Gesamtgewinne der industriellen und Handelsgesellschaften der Regierung auf 615 Millionen und die Ausgaben auf 7oo Millionen ID eingeschätzt wurden; das ergibt einen Verlust von 85 Mio. ID. Ausschließlich der nichtproduktiven und nichtkommerziellen Projekte sanken die Gesamtumsätze auf 564 Mio. ID; das ist ein Verlust von 81 Mio. ID, was 14 % des Gesamtgewinns ausmacht.[3)]
Diese erheblichen Verluste entstanden u.a. durch die Inflation des bürokratischen Apparates, durch das Anwachsen der Ausgaben und die Verschwendung von Staatsgeldern.

---

1) Vgl. Dr. Muhamed Al-Emam, "Zur Entwicklung des Verwaltungsapparates im Irak", Bagdad 1976, S. 11-14 (arabisch)
2) Siehe Abschnitt 5.2. der vorliegenden Arbeit.
3) Vgl. Dr. Kadum Habib, "Zu einigen Wachstumsproblemen im Irak", Bagdad 1975, S. 38-44 (arabisch)

Hier muß noch die Rückständigkeit der bürokratischen Verwaltung erwähnt werden. Menschen werden in verantwortliche Stellungen eingesetzt, nicht wegen ihrer Fähigkeiten, sondern aus anderen Gründen, wie Sippen- und Familienbeziehungen mit den herrschenden Kräften. Die von der regierenden Baath-Partei verbreitete Losung: "Der passende Mann an dem passenden Platz" wird in der Praxis nicht durchgesetzt.

Aus den angeführten Ausführungen können wir die folgende Schlußfolgerung ziehen:
Die Umwandlung des staatlichen Sektors in einen führenden Wirtschaftssektor bedeutet keineswegs, daß seine Entwicklungsrichtung endgültig entschieden ist.[1] "Hier existieren, wie in jeder gesellschaftlichen Übergangserscheinung, antagonistische und nichtantagonistische Verhältnisse des Klassenkampfes und der Zusammenarbeit der Klassen bei der Lösung der vor dem Land stehenden Probleme.
Daher verläuft die Entwicklung des staatlichen Sektors widersprüchlich und ist mit großen Schwierigkeiten verbunden.
Hinzu kommt, daß der Klasseninhalt des Staates im Irak einen widersprüchlichen Charakter trägt. Dies ergibt sich vor allem daraus, daß die Staatsmacht eine Koalition zwischen verschiedenen sozialen Schichten und Grup-

---

1) Der staatliche Sektor im Irak wird neuerlich sozialistischer Sektor genannt. Nach unserer Meinung kann der staatliche Sektor im Irak weder als sozialistischer noch als Staatskapitalismus bezeichnet werden (er enthält aber einige Grundzüge des Staatskapitalismus). Er ist kein sozialistischer Sektor, weil die politische Macht zwischen den verschiedenen sozialen Klassenkräften, darunter der Kleinbourgeoisie und der mittleren Bourgeoisie, geteilt wird und die Umverteilung des in diesem Sektor geschaffenen Mehrprodukts kommt nur zu wenig zugunsten der werktätigen bzw. der Mehrheit der Bevölkerung zur Anwendung. Gleichzeitig ist er auch "noch kein Staatskapitalismus", weil die Großbourgeoisie nicht die Staatsmacht besitzt.

pen darstellt. Die Interessen dieser unhomogenen sozialen Kräfte werden von Staatsmännern vertreten, die zum größten Teil aus dem Offizierskorps und dem Kleinbürgertum entstammen.
Die Entwicklungsrichtung des staatlichen Sektors wird weitgehend von der zukünftigen Entwicklung der Kräfteverhältnisse innerhalb der sozialen Kräfte bestimmt. Das heißt, die Gegensätze und die Konflikte zwischen den sozialen Schichten können zu Veränderungen in der Staatsmacht führen, was sich sehr rasch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik niederschlagen kann und sie die Rolle und Zukunft des staatlichen Sektors angreifen können.[1)]

Unter solchen Bedingungen sind - wie die Praxis in einigen Entwicklungsländern gezeigt hat - zeitweilige Rückschläge und Niederlagen möglich. Doch es droht gegenwärtig im Irak die Gefahr, daß die bisherigen bedeutenden sozialökonomischen Errungenschaften zunichte gemacht werden. Folgende wesentliche Merkmale bestätigen die Richtigkeit dieser Meinung:

1. In dem Maße, wie die kleine und mittlere Bourgeoisie mit dem bürokratischen Apparat verwächst, "kümmert sie sich um die Sicherung der eigenen privilegierten Stellung und ist letztlich zur Abmachung mit den reaktionären Kräften bereit."

2. In den letzten Jahren ist eine wachsende Tendenz der bürokratischen Elemente in verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Lebens zu beobachten. Diese Elemente, die faktisch in den wichtigsten Positionen des Staatsapparates sitzen, haben ihre Positionen dazu benutzt, einen wesentlichen Teil des ökonomischen Überschusses des staatlichen Sektors für ihre eigennützigen Ziele zu verwenden. Viele dieser Elemente sind in den letzten Jahren sehr reich geworden.

---

1) Siehe, Abschnitt 3 dieser Arbeit

3. Charakteristisch für die gegenwärtig im Irak herrschenden Kräfte sind: "die Unterschätzung der wirklichen Rolle der Volksmassen, die ständige Furcht vor deren organisatorischer Vereinigung, ihr Mißtrauen gegenüber der Werktätigen und ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen." Diese Charakteristika begünstigen selbstverständlich das Klima für die reaktionären Verschwörungen.

Die Überwindung dieser Schwierigkeiten und Widersprüche setzt in erster Linie der Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte voraus. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt verlangt dies die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, so daß die Möglichkeit gegeben wird, die Mehrheit der Bevölkerung an der sozialökonomischen Entwicklung zu beteiligen.

Literaturhinweise

1. Paul A. Baran — "Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums", Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin 1966

2. Dieter Senghaas — "Peripherer Kapitalismus", Analyse über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt am Main 1974

3. Heinz Rudolf Sonntag — "Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus" in Kursbuch 3, 1973

4. Joachim Hirsch — "Probleme einer materialistischen Staatstheorie", in Sozialstruktur und politische Systeme. Hersg. Urs Jaeggi, Köln 1976

5. Engels, F. — "Marx/Engels Werke" Band 37, Dietz Verlag, Berlin 1967

6. Bassam Tibi — "Militär und Sozialismus in der Dritten Welt", Frankfurt 1973

7. Bassam Tibi — "Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel", Frankfurt 1971

8. Autorenkollektiv — "Basis und Überbau der Gesellschaft", Dietz Verlag Berlin 1974

9. E. Mandel — "Staat und Ideologie im Zeitalter des Spätkapitalismus", Bruno S. Frey. Werner Meißner (Hersg.), Frankfurt am Main 1974

10. Marios Nikolinakos — "Internationale Akkumulation und strukturelle Gewalt", Veröffentlichungen des Wirtschaftszentrums Berlin 1975

11. Effenberger, H. — "Wirtschaftssystem und Industrialisierung in den Entwicklungsländern", in: Volkswirtschaftliche Schriften, Berlin 1968

12. Autorenkollektiv — "Geschichte der Araber von den Anfängen bis zur Gegenwart", Akademie-Verlag Berlin 1974 Band 3, Teil II

13. Hartmut Elsenhans — "Die Überwindung von Unterentwicklung", in Handbuch der Dritten Welt I, Hamburg 1974

14. Hartmut Elsenhans — "Zur Rolle der Staatsklasse bei der Überwindung von Unterentwicklung", in Strategien gegen Unterentwicklung, Alfred Schmidt, Hersg., Frankfurt, New York 1976.

15. Khalatbari, P. — "Ökonomische Unterentwicklung - Mechanismus, Probleme, Ausweg", Akademie Verlag, Berlin 1971

16. Schultz, G. — "Technische Revolution und Struktur und Wandel in der Industrie", Berlin 1966

17. Schmidt, Alfred — "Strategien gegen Unterentwicklung", (Hg.) Alfred Schmidt

18. Autorenkollektiv — "Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen", Dietz Verlag, Berlin 197o

19. Myrdal, G. — "Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen", Stuttgart 1955

2o. Brun Knall — "Die Rolle der Erziehung und Ausbildung im Wachstumsprozeß der Entwicklungsländer", in Grundfragen der Entwicklungsplanung, Berlin 1964

21. Brun Knall — "Grundsätze und Methoden der Entwicklungsprogrammierung", Wiesbaden 1969

22. Günter Thole — "Tendenzen der Außenpolitik Asiens und Afrikas", in: Deutsche Außenpolitik, Berlin Heft 1/7o

23. Horst Didden — "Irak - Eine sozioökonomische Betrachtung", Opladen 1969

24. Maurice Dobb — "Ökonomisches Wachstum und Planung", Wien 1968

25. Salua Nour — "Das Erdöl im Prozeß der Industrialisierung der Förderländer in: Erdöl für Europa, Hartmut Elsenhans (Hrsg.), Hamburg 197

26. S. Al-Surie — "Feudalismus in Qut Liwa", Bagdad 1958 (arabisch)

27. Kattab Al-Ani — "Die landwirtschaftliche Geographie des Irak", Bagdad 1972 (arabisch)

28. Juad Haschim — "Bewertung des ökonomischen im Irak 195o-197o, Bagdad 197 (arabisch)

29. Autorenkollektiv — "Probleme der Industrialisierun in den Entwicklungsländern", Verlag Dar Al-Takadom, Moskau 1974 (arabisch)

3o. Z. Schahad — "Die wirtschaftliche Entwicklung und die Industrialisierungspolitik Iraks", Bagdad 1966 (arabisch)

31. I.M. Haschim — "Die Planung der Volkswirtschaf des Irak zwischen Bereitstellung und Verwirklichung", Bagdad 1969 (arabisch)

32. K. Habib — "Über einige Probleme des ökonomischen Wachstums im Irak", Bagdad 1975 (arabisch)

33. Wahbi Gerbal — "Zur arabischen wirtschaftliche Integration", Damaskus 1972 (arabisch)

34. Mustafa Teeba — "Problem des Wachstums und Fort schritts im Irak", Bagdad 1976 (arabisch)

35. Muhamed Al-Emam — "Zur Entwicklung des Verwaltung apparates im Irak", Bagdad 197 (arabisch)

Dissertationsschriften

36. El-Safty Raschad — "Entwicklungsplanung und Input-Output-Analyse in der Vereinig ten arabischen Republik", Bonn 1969

37. Al- Moohoor, K.H. — Der Beitrag der Erdölindustrie zur Entwicklung der irakischen Volkswirtschaft, Göttingen 1967

38. Benhassine, M.L. — "Die Industrialisierung Algeriens und der Akkumulationsprozeß als Mittel ihrer Verwirklichung", Hochschule für Ökonomie, Berlin 1967

39. R. Zaki Botros — "Zur Strategie der Erhöhung der Akkumulation in den ökonomisch schwachentwickelten Ländern", Hochschule für Ökonomie, Berlin 1973

40. M. Engert — "Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung in der Vereinigten arabischen Republik", Hochschule für Ökonomie, Berlin 1966

Zeitschriften und Zeitungen

41. K. Habib — "Studie über die Probleme der industriellen Entwicklung im Irak von 1917-1963", in: Zeitschrift der Almstanseria-Universität, Bagdad 1971, 2. Ausgabe (arabisch)

42. H. Linsen — "Die volkswirtschaftliche Planung und ihre Effektivität in Entwicklungsländern", in: Zeitschrift des zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften, Heft 2, Berlin 1975

43. A. Zuairie — "Agrarreform und das Problem der Einwanderung vom Lande in die Stadt", in: Al-Thakafe Al-Jadida, Bagdader Zeitschrift, Nr. 5/Aug. 1969 (arabisch)

44. Z. Kairy — "Das Problem der Landwirtschaft im Irak", in: Al-Thakafe Al-Jadida, Nr. 4/1972

45. Ayzi A.R. — "Interrelationship between Agriculture und other Sektors und thier Implications", in: Monthly Bulletin of Agricultural Economics und Statistics, FAO, Rom, 1o/1968

46. The Economist — The Quarterly Journal of the Iraqi Economic Association, Bagdad, Nr. 3-4/1966 und 4/1967

47. Al-Sinai — A Bilinqual Magazine issued by Iraqi Federation of Industries, Bagdad, Nr. 3-4/67 und 3/1971

48. Sautel-Umal — Bagdader Zeitung, Organ der Generalunion der Gewerkschaften Iraks, Nr. 154

49. Commerce — Quarterly Magazine issued by Bagdad Chamber for Commerce, Bagdad, Nr. 2/Aug. 1976

5o. Al-Thaura — Tageszeitung, Organ der regierenden Baath-Partei Iraks, Nr. 12 vom 21.7.76 und 3.2.1977

51. Frankfurter Allgemeine — vom 2.5.1974

Berichte (arabisch)

52. Jahresberichte des Generaldepartements für Industrie für die Jahre 1964/65, 1965/66, 1967/68, 197o/71 und 1971/72

53. Die historische Entwicklung 1964-1975, Bericht Nr. 1 des Planungsministeriums, Bagdad 1974

54. Die Rolle der Schädlinge in der landwirtschaftlichen Produktion, Bericht der 1. irakischen Landwirtschaftskonferenz, Bagdad 1969

55. Unsere Errungenschaften im Jahre 1951-1971, Bericht des Industrieministeriums, Bagdad 1972

56. The Political Report adopted by the Eight Regional Congress of the Arab Baath Socialist Party-Iraq, January 1974

57. Ergebnisse der Entwicklungspläne im Irak (1951-1971), Bericht des Planungsministeriums, Bagdad 1972

58. Der Fortschritt im Rahmen der Planung, Bericht Nr. 4 des Planungsministeriums, Bagdad 1974

59. Capital Formation in Industrie for the Jear 197o/1971, Bericht des Industrieministeriums, Bagdad 1972

6o. Charta der Nationalen Aktion, Bericht des Ministeriums für Information, Bagdad 1973

61. Jahresbericht des Zentralbüros für Statistik, Planungsministerium, Bagdad 1974

62. Das ökonomische Wachstum im Irak, Bericht der Wirtschaftsabteilung der Tageszeitung Al-Thaura, Bagdad 1972

63. Die Leistungen des Agrarministeriums anläßlich der 1o. Wiederkehr des Geburtstages des Gesetzes zur Agrarreform, Bericht des Agrarministeriums, Bagdad 1968

64. Resultat der Verfolgung der Ziele der Investitionen in der Planung und im Programm der Volkswirtschaft Iraks 1951-1971, Bericht des Planungsministeriums, Bagdad 1971

65. Der irakische Zement, Bericht d. Cement Marketing Bureau and Construction Materials Co., Bagdad 1973

66. Die sozialen Ziele des perspektiven Planes, Bericht des Ministeriums für Planung, Bagdad 1976

67. Jahresbericht des Industrieministeriums für das Jahr 1974/1975, Bagdad 1975

Gesetze

68. Die provisorische Verfassung und die sozialistischen Gesetze, Bagdad 1968 (arabisch)

69. Gesetz Nr. 82/1964 über den Staatshaushalt der irakischen Republik (arabisch)

7o. Gesetz der nationalen Entwicklungsplanung 1974-1974 (arabisch)

71. Gesetz des Staatshaushaltes für das Jahr 1968, Nr. 45/1968 (arabisch)

72. Gesetz der Wirtschaftsorganisation Nr. 98, Bagdad 1968 (arabisch)

73. Gesetz der Exekutive der irakischen Republik Nr. 74/59 (arabisch)

Lebenslauf

Nasar Al-Nakasch wurde am 1.7.1937 in Irak/Bagdad geboren.
1956 Abschluß des Abiturs in Bagdad.
Von 1962 bis 1966 Studium an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst.
Von 1966 bis 1969 Leiter für Bedarfsforschung im Chemiehandel-Potsdam.
Von 1969 bis 1971 Leiter der Abteilung Statistik im African-Iraqi Trading Co.(in Bagdad).
Von 1971 bis Ende 1973 operativer Dolmetscher in der deutschen Handelsvertretung im Irak.
Im Sommersemester 1975 Aspirant an der Freien Universität Berlin.